

## Verhandlungsschrift

über die am **Montag, dem 13. Dezember 2010**,  
in der Welser Stadthalle stattgefundene

### **9. Sitzung des Gemeinderates**

Beginn der Sitzung: 13.03 Uhr

Ende der Sitzung: 17.17 Uhr

Die Verhandlungsschrift der 8. Sitzung des Gemeinderates vom 08.11.2010 liegt zur  
Einsichtnahme auf.

## **A n w e s e n d e**

**Vorsitzender:** Bürgermeister Dr. Peter Koits

### **SPÖ-Gemeinderatsfraktion**

1. Vizebürgermeister Hermann Wimmer

Stadträtin (ohne Gemeinderatsmandat):  
Silvia Huber

Gemeinderäte:

Hannelore Aigner

Gertrude Aitzetmüller

Raimund Buttinger

Klaus Hoflehner

Mag. Bernhard Humer

Ernst Kirchmayr

Rupert Leitner

Brigitte Lindlbauer

Mag. Petra Lipp

Johann Reindl-Schwaighofer

Barbara Wildfellner

### **FPÖ-Gemeinderatsfraktion**

2. Vizebürgermeister Dr. Bernhard Wieser

Stadträte (ohne Gemeinderatsmandat):

Gerhard Kroiß

Dr. Andreas Rabl

Gemeinderäte:

KommR. Willibald Baumgartner

Dipl.-Ing. Gunter Haydinger

Heribert Helm

Margarete Josseck-Herd

Mag. Günter Lehner

Dietmar Marehard

Mag. Georg Parzmayr

Christa Raggl-Mühlberger

Egon Schatzmann

Manfred Wiesinger

### **ÖVP-Gemeinderatsfraktion**

3. Vizebürgermeisterin Anna Eisenrauch

Stadtrat (ohne Gemeinderatsmandat):

Peter Lehner

Gemeinderäte:

Dr. Peter Csar

Stefan Haböck

Herbert Pernkopf

Brigitte Wartinger

Markus Wiesinger

Augustine Zittmayr-Hacker

Walter Zaunmüller

### **GRÜNE-Gemeinderatsfraktion**

Gemeinderäte:

Andrea Bauer

Dipl.-Ing. Renate Leitinger

Prof. Mag. Walter Teubl

### **Vom Magistrat:**

MDStv. SenR. Dr. Bernd Spitzer  
sowie leitende MitarbeiterInnen des Magistrates

### **Schritfführer:**

W.OAR. Johann Höpfl  
Beate Wiesinger

### **Entschuldigt:**

GR. Manfred Hochhauser (SPÖ)

# Verlauf der Sitzung

Der Bürgermeister eröffnet die Sitzung, begrüßt alle Anwesenden und stellt fest, dass

- a) die Sitzung ordnungsgemäß einberufen wurde,
- b) die Verständigung gemäß der vorliegenden Einladung vom 07.12.2010 an alle Mitglieder des Gemeinderates schriftlich erfolgt ist und am gleichen Tage öffentlich an der Amtstafel kundgemacht wurde,
- c) die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

## Aktuelle Stunde

Bgm. Dr. Koits: Von der FPÖ-Gemeinderatsfraktion liegt ein Themenvorschlag zur heutigen „Aktuellen Stunde“ vor und ich ersuche um eine entsprechende Begründung dieses Themas.

## Deutschkenntnisse und Integration:

StR. Dr. Rabl: Wir haben die heutige „Aktuelle Stunde“ zum Anlass genommen, um einmal mehr das Problem „Deutschkenntnisse und Integration“ einzubringen bzw. aus aktuellem Anlass darauf hinzuweisen.

Wie sich nämlich aus einer Mitteilung von Seite des Landesschulrates ergibt, sind inzwischen in acht von zehn Volksschulen mehr als 50 % der Kinder solche mit nicht-deutscher Muttersprache. Nun weiß ich sehr wohl, dass eine nichtdeutsche Muttersprache noch nichts darüber aussagt, ob ein Kind dem Unterricht folgen kann oder nicht, aber ich habe mit den Direktoren speziell von einer Schule gesprochen und gehört, dass es doch auch massiv an Sprachkenntnissen mangelt. Und diesbezüglich ist ein teils massiver Nachholbedarf gegeben.

Ich glaube somit, dass es notwendig ist, in den Kindergärten die Sprachförderung nochmals massiv auszudehnen. Es gibt hier ein Projekt der Stadt Linz – das wurde so beschlossen – bei dem man so vorgeht, dass dann, wenn ein Kind im ersten Kindergartenjahr nicht ausreichend Deutsch spricht, zwei mal 30 Minuten, im zweiten Kindergartenjahr schon drei mal 60 Minuten und im dritten Kindergartenjahr drei mal 120 Minuten wöchentlich an Sprachförderung bekommt. Ich meine, das ist ein durchaus vernünftiger und richtiger Weg, die Kinder auf die Schule vorzubereiten, das heißt, ihre Sprachkenntnisse in Deutsch sollten jedenfalls ausreichen, um dem Unterricht folgen zu können.

Aus diesem aktuellen Anlass heraus möchte ich also darum ersuchen, dass die entsprechende Abteilung bzw. die zuständige Referentin aktiv wird und einen entsprechenden Maßnahmenkatalog vorbereitet.

Die „Aktuelle Stunde“ möchte ich darüber hinaus zum Anlass nehmen, sie alle sehr herzlich einzuladen, zur Weihnachtsfeier im Welser Tiergarten zu kommen. Sie erhielten heute eine wunderschön gestaltete Einladung zur Feier am 18.12., um 17.00 Uhr. Es ist das eine traditionelle Feier oder eine Feier, die es schon seit etlichen Jahren im Tiergarten gibt.

Bgm. Dr. Koits: Es hat sich zu diesem Thema niemand mehr zu Wort gemeldet, ich nehme allerdings an, dass die zuständigen Referenten entsprechend handeln werden.

Somit kommen wir jetzt zu unserem Tagesordnungspunkt 1 und ich ersuche um Berichterstattung.

Berichterstatter Vizebürgermeister Dr. Bernhard Wieser

1.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels,  
mit der eine Abfallordnung für die Stadt Wels erlassen wird (Abfallordnung 2011)  
SB-Awi-8-2010

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Umwelt-, Energie- und Abfallwirtschaftsausschuss am 09.11.2010:

Die als Anlage 1 beigefügte Verordnung, mit der eine Abfallordnung für die Stadt Wels erlassen wird (Abfallordnung 2011), wird beschlossen.

GR. Markus Wiesinger: Diese Verordnung bringt nicht bloß Licht, wie der Referent zuerst in seiner Berichterstattung meinte, sondern auch viel Schatten und zu diesem möchte ich jetzt gleich kommen.

Zuerst ist festzuhalten, dass das Abfallwirtschaftsgesetz praktisch schon seit Juli 2009 in Kraft ist und für mich ist es irgendwo unverständlich, warum man 1 ½ Jahre brauchte, um auch hier in Wels dieses Gesetz in Form einer entsprechenden Verordnung umzusetzen.

Ein weiterer Wermutstropfen ist natürlich in der elfprozentigen Erhöhung zu sehen, welche auf die früher absolut regierende SPÖ zurückzuführen ist. Diese führte in den Jahren 2009 und 2008 keine Indexerhöhung durch und ich möchte schon anführen, dass in Zukunft, falls wieder einmal eine Indexanpassung zur Durchführung ansteht, nicht noch einmal eine Anpassung um 11 Prozent passieren sollte.

Es schwingt immer ein bestimmtes Thema mit – sie haben es zuerst ganz kurz angesprochen – nämlich die Grünschnitt-Sammelstellen. Wir haben im Jahr 2008 darauf hingewiesen, dass es hier massive Probleme gibt und ich möchte festhalten, dass es mit der allgemeinen Einführung der Bio-Tonne nicht zur Einstellung der Grünschnitt-

Sammelstellen kommen darf. Ganz im Gegenteil glaube ich, dass der Bedarf nach solchen Sammelstellen größer denn je ist. Mit Zustimmung der ÖVP wird es sicher keine Abschaffung oder Reduzierung der Grünschnitt-Sammelstellen geben.

Die Einführung der 60-Liter-Tonne ist als richtiger und wichtiger Schritt zu sehen. Wichtig wird in diesem Zusammenhang sein, dass im Amtsblatt ein Hinweis darauf kommt, dass man von der 90-Liter-Tonne auf die 60-Liter-Tonne wechseln kann. Im Amtsbericht wird ja richtigerweise festgestellt, dass fast 30 Prozent des Aufkommens beim Restmüll als biogener Abfall zu bezeichnen sind und so wird es künftig dort oder da sicher zu einer Reduzierung des Restmülls kommen, wenn jetzt die Bio-Tonne verstärkt in Verwendung gerät. Und so mag es durchaus sinnvoll sein, wenn man von einer 90-Liter-Tonne auf eine 60-Liter-Tonne wechselt.

Weiters erscheint wichtig, im Amtsblatt darzulegen, was unter dem Sperrmüll zu verstehen ist. Ich glaube, das weiß nicht jeder, obwohl das Wissen hierüber wichtig wäre. Es stellt immer schon eine Forderung der ÖVP dar, dass es möglich sein soll, den Sperrmüll gratis abzugeben, so wie das in anderen Bezirken Oberösterreichs möglich ist. So konnte im Bezirk Wels-Land der Sperrmüll immer gratis abgegeben werden. Es war somit an der Zeit, dass diesbezüglich die Stadt Wels nachzog.

Die Einführung der flächendeckenden Bio-Tonne ist aus Sicht der ÖVP besonders erfreulich. Das stellt ebenfalls eine langjährigen Forderung dar und es wurde diese auch in unserem Wahlprogramm aufgenommen.

So wie im Ausschuss werden wir jedenfalls dieser Verordnung zustimmen, ebenso der unter Tagesordnungspunkt 2. stehenden Gebühren-Verordnung.

GR. Dipl.-Ing. Leitinger: Wir haben dieser neuen Abfallordnung und der dazugehörigen Abfallgebühren-Verordnung in den Ausschüssen ebenfalls zugestimmt. Darum ist es uns allerdings umso wichtiger, dass im Amtsblatt ziemlich weit vorne bzw. an prominenter Stelle darauf hingewiesen wird, dass die Welserinnen und Welser künftig die Bio-Tonne sozusagen gratis bekommen bzw. dass sie nicht mehr direkt dafür zahlen müssen. Sie sollten demnach dieses Angebot nützen und damit auch bei der Größe der Restmülltonne sparen, so wie es der Kollege von der ÖVP schon erwähnte.

Vzbgm. Dr. Wieser: Was das Amtsblatt betrifft, haben wir veranlasst, dass noch im Dezember eine entsprechende Aufklärung oder Information hinausgeht. Natürlich werden wir auch im Jänner bzw. in den Folgemonaten wiederholt auf die neue Situation hinweisen.

Der Kollege Wiesinger von der ÖVP sprach von gewissen Schattenseiten. Diese liegen in der Vergangenheit und für die Zukunft habe ich das Licht gesehen; ich nehme wohl an, dass das so verstanden wurde.

Der Antrag zu Punkt 1. der Tagesordnung wird

einstimmig angenommen.

GR. Marehard ist bei der Abstimmung zu Punkt 1. der Tagesordnung noch nicht in der Sitzung anwesend.

Bgm. Dr. Koits: Ich danke dem Herrn Referenten und ersuche den Herrn Magistratsdirektor, alles zu veranlassen, damit im Amtsblatt die entsprechenden Informationen hinausgehen, wobei ich jetzt nicht weiß, ob es für die Dezember-Ausgabe schon zu spät ist oder nicht. Ist es schon zu spät, dann wird man eben im Jänner oder Februar entsprechend informieren müssen.

Berichterstatter Vizebürgermeister Hermann Wimmer

2.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels  
betreffend die Einhebung einer Abfallgebühr  
(Abfallgebühren-Verordnung 2011)  
FD-StV-10-2010

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Finanzausschuss am 15.11.2010, der Gemeinderat möge die als Anlage 2 beigefügte Abfallgebühren-Verordnung 2011 beschließen.

Einstimmig angenommen.

GR. Marehard ist bei der Abstimmung zu Punkt 2. der Tagesordnung noch nicht in der Sitzung anwesend.

3.)

Beschluss des Gemeinderates der Stadt Wels, mit dem die Kunsteisbahn-Tarifordnung 2004 neuerlich abgeändert wird  
(2. Novelle zur Kunsteisbahn-Tarifordnung 2004)  
SF-FzB-27-2010

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Sportausschuss am 18.11.2010, der Gemeinderat möge die als Anlage 3 beigefügte 2. Novelle zur Kunsteisbahn-Tarifordnung 2004 beschließen.

Einstimmig angenommen.

GR. Marehard ist bei der Abstimmung zu Punkt 3. der Tagesordnung noch nicht in der Sitzung anwesend.

4.)

Beschluss des Gemeinderates der Stadt Wels, mit dem die Bädertarifordnung 2000 neuerlich abgeändert wird  
(4. Novelle zur Bädertarifordnung 2000)  
SF-FzB-27-2010

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Sportausschuss am 18.11.2010, der Gemeinderat möge die als Anlage 4 beigefügte 4. Novelle zur Bädertarifordnung 2000 beschließen.

Einstimmig angenommen.

GR. Marehard ist bei der Abstimmung zu Punkt 4. der Tagesordnung noch nicht in der Sitzung anwesend.

5.)

Nachtragsvoranschlag der Stadt Wels für das Rechnungsjahr 2010;  
Feststellung  
FD-Fin-100-2009

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Finanzausschuss und Stadtsenat, jeweils am 15.11.2010:

Der 1. Nachtragsvoranschlag (Anlage 5) der Stadt Wels für das Rechnungsjahr 2010 wird gemäß § 54 Abs. 1 StW. 1992 i.d.g.F. mit folgendem Einnahmen- und Ausgabenrahmen festgestellt:

Einnahmen des ordentlichen Haushaltes:	€ 183,295.500,--
Ausgaben des ordentlichen Haushaltes:	€ 183,295.500,--
Einnahmen des außerordentlichen Haushaltes:	€ 56,569.900,--
Ausgaben des außerordentlichen Haushaltes:	€ 56,569.900,--

Einstimmig angenommen.

GR. Marehard ist bei der Abstimmung zu Punkt 5. der Tagesordnung noch nicht in der Sitzung anwesend.

6.)

Voranschlag der Stadt Wels für das Rechnungsjahr 2011;  
Feststellung  
FD-Fin-100-2010

Bgm. Dr. Koits: Ich darf Ihnen jetzt vorweg zu den Punkten 6., 7. und 8. der Tagesordnung mitteilen, dass wir diese, so wie wir das in früheren Jahren bei Behandlung des Voranschlages, der „Mittelfristigen Finanzplanung“ und bei eventueller Aufnahme von Darlehen bewerkstelligten, sozusagen unter einem vom Referenten vorgetragen und dann auch unter einem diskutiert werden. Die Abstimmung erfolgt dann aber getrennt über jeden einzelnen Antrag zu diesen genannten Punkten.

Vzbgm. Wimmer: Die Tagesordnungspunkte 6, 7 und 8 in der heutigen Gemeinderatsitzung sind als jener Bereich zu sehen, der für das nächste Haushaltsjahr bzw. soweit es die „Mittelfristige Finanzplanung“ betrifft, für die nächsten drei Jahre von sehr entscheidender Bedeutung für unsere Stadt ist.

Ich darf mich zunächst einmal dafür bedanken, dass die Tarif- und Gebührenanpassungen, die mein Referat direkt betreffen, zuerst schon beschlossen wurden. Für mich oder eigentlich für uns alle wäre es fatal, hätte es zu einer dieser Indexanpassungen keine Zustimmung gegeben, denn es sind diese bereits im heute vorliegenden Budgetentwurf eingearbeitet, der jetzt unter Punkt 6. zur Diskussion steht.

Meines Erachtens lässt sich dieses Budget wie folgt zusammenfassen: Verbesserungen sichtbar, aber negative Folgen der Wirtschafts- und Finanzkrise deutlich spürbar. Auch 2011 beeinflussen die durch die Wirtschafts- und Finanzkrise entstandenen negativen Folgewirkungen nach wie vor die Einnahmen des Bundes, der Länder und natürlich auch unseren Haushalt. In Hinblick auf den dramatischen Rückgang bei den Ertragsanteilen im letzten und im laufenden Haushaltsjahr kann jedoch gesagt werden, dass der Budgetvollzug 2010 besser verläuft als noch zum Zeitpunkt der Voranschlagserstellung zu befürchten war. Diese leichte Entspannung sollte sich auch über die nächsten Jahre fortsetzen, wobei uns die jüngste Vergangenheit zeigte, wie kritisch derartige Prognosen zu betrachten sind. Die EU-Kommission erwartet gemäß ihrer Herbstprognosen für 2011 eine Fortsetzung der wirtschaftlichen Erholung in Europa; die Wirtschaftsentwicklung wird allerdings in den einzelnen Ländern unterschiedlich ausfallen. Für Österreich werden 2011 1,7 % und 2012 2,1 % Wirtschaftswachstum vorhergesagt. Damit wird Österreich leicht über dem prognostizierten Wachstum der EURO-Zone liegen. Die heimischen Institute WIFO und IHS gehen für 2011 von einem BIP-Plus von 1,9 % bzw. 2 % aus. Sowohl die EU-Kommission als auch die Österreichische Nationalbank gehen bei ihren Analysen davon aus, dass das wirtschaftliche Wachstum 2011 im EURO-Raum aufgrund der globalen Rahmenbedingungen und der geplanten fiskalischen Budgetkonsolidierungsmaßnahmen gedämpft wird.

Die Stärke der deutschen Wirtschaft und die von dort ausgehenden positiven Effekte sind nach Ansicht der EU-Kommission ein großes Plus für die Konjunktur in Europa und hier wird insbesondere Österreich aufgrund der wirtschaftlichen Verflechtungen von der Konjunkturlokomotive Deutschland mitprofitieren.



Auf der Negativseite bleiben die Sorgen um die Finanzmärkte. Es gibt immer wieder mediale Hinweise, wonach in Bankbilanzen noch größere Probleme lauern. Man könnte sagen, dass zwar der Dreck unter den Teppich gekehrt wurde, er aber noch nicht entsorgt worden ist. Aber gerade dadurch kommt zum Ausdruck, dass nicht nur eine vernünftige nationale Finanz- und Wirtschaftspolitik wichtig ist, sondern die internationalen Verflechtungen eine große Bedeutung bis hinein in unsere Stadtkasse haben. Dies alles oder noch viel mehr macht es auch für Österreich notwendig, glaubhafte mittelfristige Rahmen der Finanzpolitik vorzugeben, um die Erwartungen des privaten Sektors und der Wirtschaft zu stabilisieren und das Vertrauen in die Erholung zu stärken.

Mit dem gerade Gesagten möchte ich zum Ausdruck bringen, wie wichtig hier ein verantwortungsvoller und maßvoller Umgang mit den uns zur Verfügung stehenden Mitteln sowohl in der Planung als auch im Vollzug ist. Daher sah ich mich im Budgetvollzug für 2010 veranlasst, sehr restriktiv vorzugehen, was nicht von allen mitgetragen wurde bzw. hat mir das nicht ausschließlich Freunde beschert. Bereits im Herbst dieses Jahres habe ich eine Haushaltssperre im Ausmaß von 25 % verhängt und letztlich wurde diese Sperre in der Gemeinderatssitzung vom 1. Juli auf 10 % festgelegt, und zwar in Bezug auf die Ermessensausgaben. Und das hat sich als richtig und notwendig erwiesen. So kann der Abgang im Voranschlag 2011 in Höhe von 6,4 Mio. Euro bei einem Gesamtvolumen von immerhin 184 Mio. Euro im ordentlichen Haushalt, unterstützt durch das im Vergleich zum Budget 2010 erwartete bessere Ergebnis, ausgeglichen werden. Aus heutiger Sicht ist nämlich zu erwarten, dass die zur Ausgleichsfindung des ordentlichen Haushalts 2010 präliminierte Zuführung einer Rücklage für Vorfinanzierungen von Investitionsausgaben in der Höhe von 6,5 Mio. Euro auf das Jahr 2011 übertragen werden kann. Gleichzeitig muss ich aber zum Ausdruck bringen, dass, wie bereits erwähnt, ein direkter Ausgleich des Voranschlages 2011 trotz großer Bemühungen nicht möglich war und auch die „Mittelfristige Finanzplanung“ für 2012 ein Defizit von 5,6 Mio. Euro ergibt.

Wenn dann in weiterer Folge die Zahlen noch entsprechend präsentiert werden, ist erkennbar, dass diese Abgänge nicht nur durch den Rückgang bei den Einnahmen aus Bundesertragsanteilen verursacht werden. Jedenfalls wird aber der Ansatz für 2011 bei 63 Mio. Euro liegen, was ungefähr dem Niveau des Jahres 2008 entspricht. Ich darf aber in diesem Zusammenhang darauf hinweisen, dass die Prognose des Bundesministeriums für Finanzen aus dem Juni 2008 und für die Periode 2009 bis 2012 fast 30 Mio. Euro mehr für die Stadt Wels vorhersagte und wäre diese Prognose tatsächlich eingetroffen, müssten wir über manche Darlehensaufnahme heute gar nicht diskutieren.

Neben diesem Aspekt macht mir aber eine ganz große Sorge das Ansteigen bei den Transferleistungen an das Land Oberösterreich. Hier geht es beispielsweise um den Krankenanstaltenbeitrag, die Beiträge gemäß dem Chancengleichheitsgesetz usw. Waren hier 2010 noch 26,17 Mio. Euro eingeplant, so müssen wir 2011 bereits einen Betrag von 27,87 Mio. Euro vorsehen. Dies entspricht also einer Steigerung um 1,7 Mio. Euro, wobei der Steigerungsfaktor zwischen 2002 und 2011 74 % oder 10,1 Mio. Euro beträgt. Ich würde mir wirklich wünschen, auch einmal auf der Einnahmenseite eine ähnliche Steigerung erleben zu dürfen.

Warum weise ich auf diese Position immer wieder hin? Ich möchte damit aufzeigen, dass sich alle Ebenen, also Bund, Länder sowie Städte und Gemeinden finden müssen und gefordert sind, einen Ausweg aus den Budgetproblemen zu finden. Es kann gleich-

zeitig nicht so sein, dass immer mehr Aufgaben und Belastungen auf die Ebenen der Städte und Gemeinden abgeladen werden, wo dann die Mittel für Investitionen fehlen. So betrachte ich es als außerordentlich dramatisch, wenn seitens des Landes Oberösterreich damit gerechnet wird, dass bei einer unveränderten Ausgangslage von den 444 Gemeinden demnächst schon mehr als 300 Gemeinden den laufenden Haushalt aus eigener Kraft nicht mehr ausgleichen können. Das ist ein Umstand, der insgesamt für Oberösterreich sehr bedauerlich ist, aber wir sind Gott sei Dank noch in der Lage, aus eigener Kraft diesen Haushaltsausgleich zu schaffen.

Weil ich zuerst kurz von der Übertragung von Aufgaben des Bundes an die Städte und Gemeinden gesprochen habe, erlaube ich mir auf eine aktuelle Diskussion einzugehen, die in Richtung Abschaffung der Wehrpflicht abzielt. Erst gestern fand eine Veranstaltung statt, an welcher die Frau Vizebürgermeisterin, Herr Vizebürgermeister Dr. Wieser und ich teilgenommen haben, nämlich die Barbarafeier und da wurde ganz massiv auf diese Problemlage hingewiesen. Und in der Diskussion wurde von mir eingebracht, dass hier wieder einmal versucht wird – natürlich kann der Bürgermeister Häupl, weil der Wahlkampf in Wien so lustig war, diese Volksbefragung einfordern – die Gemeinden zusätzlich in die Pflicht zu nehmen, und zwar durch die Auflösung des Zivildienstes, was bisher in der Diskussion nicht gesagt wurde. Was bedeutet die Auflösung des Zivildienstes in der Realität? In unserer Stadt sind von der Polizei bis hin zum Krankenhaus, zu den Altenpflegeeinrichtungen, zum Roten Kreuz, zur Feuerwehr, überall Zivildienstler beschäftigt und wenn es diese plötzlich nicht mehr gibt, weil es auch keine Wehrpflicht mehr gibt, dann bedeutet das womöglich für die Stadt Wels, genauso wie in verschiedensten Bereichen für andere Kommunen, dass wir diese Leistungen mit übernehmen müssten und dazu sind wir heute nicht in der Lage. Daher meine ganz klare Forderung an all jene, die über die Abschaffung der Wehrpflicht diskutieren, vor dem Treffen von Entscheidungen auch darüber zu sprechen, wie man eigentlich mit diesen Sozialeinrichtungen umgeht und wer die Aufgaben und die Kosten übernehmen soll, wenn es die Zivildienstler nicht mehr gibt.

Ich komme nun aber zu einer sehr erfreulichen Entwicklung in unserer Budgetplanung, welche die Kommunalsteuer betrifft. Der Ansatz für das Jahr 2011 beträgt 29,6 Millionen und das ist ein Plus von 1,6 Millionen bzw. von 2,9 % gegenüber dem Jahr 2010. Ich möchte von dieser Stelle aus allen Unternehmern und ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern dafür danken, dass sie dieses Aufkommen erwirtschaften, was nicht selbstverständlich ist. Wir haben allerdings in Wels eine besondere Situation, weil wir eine gut strukturierte Wirtschaft haben und weil wir, wie ich meine, in den letzten Jahren auch eine gute Wirtschafts- und Finanzpolitik betrieben haben. So haben wir Betriebsansiedelungen gefördert und wir werden das weiter tun.

Ein weiterer sehr wichtiger Aspekt ist im Personalbudget zu sehen. Der Ansatz im Jahr 2011 beträgt 63 Mio. Euro. Das sind um 0,5 % oder 330.000 Euro mehr als der Ansatz für 2010. Warum bezeichne ich diese geringe Erhöhung als Einsparung? Erstens ist damit eine Reduzierung um 20 Dienstposten verbunden. Zweitens würde eine Fortschreibung des Personalbudgets je nach Höhe des Lohnabschlusses, der Anzahl an Beförderungen und gesetzlichen Vorrückungen gegeben sein, dann gäbe es wohl eine Steigerung zwischen 3 und 5 % oder mindestens 3 Mio. Euro. Dass das in dieser Höhe nicht der Fall ist, das stellt relativ gesehen eine Einsparung dar, die ganz wesentlich zur Ausgleichsfindung bei diesem Budget beigetragen hat.

Bei den Subventionen haben wir 2011 einen Ansatz von 7,89 Mio. Euro. Das bedeutet für die Ermessenssubventionen ein Minus von 14,3 % und bei den Pflichtsubventionen eine Steigerung von 4,7 Prozent, wobei diese Steigerung auf die nunmehr bestehende gesetzliche Verpflichtung zurückzuführen ist, den Abgang bei Kinderbetreuungseinrichtungen privater Natur zu 100 Prozent zu übernehmen. Das ist ein Betrag, der weit jenseits von zusätzlich 500.000 Euro jährlich liegt und ich befürchte, dass es hier noch eine weitere beträchtliche Steigerung geben wird.

Sehr erfreulich ist die Entwicklung bezüglich Sachaufwand. Der Ansatz im Jahr 2011 beläuft sich auf 47 Mio. Euro und das ist um 1,2 % oder 0,6 Mio. Euro weniger als im Jahr 2010. Und wenn ich die im ordentlichen Haushalt platzierten Verstärkungsmittel hier abziehe, komme ich auf eine Reduzierung beim Sachaufwand von rund 2,2 Prozent.

Der Schuldendienst belastet uns im Jahr 2011 mit 2,2 Mio. Euro. Das sind 1,2 % der ordentlichen Einnahmen. 2010 betrug der Schuldendienst noch 0,8 Mio. Euro bzw. 0,45 % des ordentlichen Haushaltes. Der Schuldendienst steigt bis 2013 – das ist der Worstcase, den ich unterstelle, das heißt, wenn alle Projekte, die in der „Mittelfristigen Finanzplanung“ stehen, termingerecht durchgeführt werden – auf 7 Mio. Euro bzw. 3,87 % der Einnahmen des ordentlichen Haushaltes. Ich darf dazu Folgendes feststellen. Der Gesetzgeber auf Landesebene hat für die Gemeinden entsprechende Sicherungsmechanismen eingebaut und für bestimmte Finanztransaktionen eine aufsichtsbehördliche Genehmigung. Diese aufsichtsbehördliche Genehmigung wäre, auf Wels bezogen, erst ab einem Schuldendienst im Ausmaß von 27 Mio. Euro erforderlich. Sie sehen daraus, wie weit wir von diesen gesetzlichen Schranken entfernt sind und daher gelten meine Sorgen nicht in erster Linie der Höhe der Verschuldung, sondern der Steigerung bei den Transferleistungen, wie ich das schon zuerst beschrieben habe. Selbst konsolidiert, wie das Herr Dr. Rabl immer gern sieht, würde der Schuldendienst im Jahr 2013 nicht mehr als 10 Mio. Euro ausmachen.

Ich glaube trotzdem, dass wir unsere Hausaufgaben weiter machen oder weiter zu erledigen haben. Gleichzeitig bin ich mir aber auch sicher, dass sich die Städte und Gemeinden im Rahmen ihrer Vertretungen, also im Rahmen des Österreichischen Städtebundes und Österreichischen Gemeindebundes, weiterhin vehement dagegen wehren müssen, dass im Rahmen der diskutierten Verwaltungsreform nicht wie in der Vergangenheit Aufgaben übertragen werden, ohne dass dafür ein entsprechender Ausgleich eingeräumt wird. Ich habe bereits das Beispiel mit der in Diskussion stehenden Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht und des damit zusammenhängenden Zivildienstes angeführt. Es ist demnach zu fordern, dass der Bund seiner Aufgabe, die Städte und Gemeinden mit genügend Finanzmitteln auszustatten, nachkommt, damit diese weiterhin vor Ort mit ihren Investitionen als wichtigste Impulsgeber für eine positive Entwicklung in der Wirtschaft und auf dem Arbeitsmarkt agieren können.

Ich möchte jetzt meine Ausführungen unterbrechen und den Herrn Finanzdirektor ersuchen, das, was ich jetzt grob umrissen habe, mit dem entsprechenden Zahlenmaterial zu untermauern.

GR. Marehard kommt um 13.23 Uhr, während der Ausführungen von Vzbgm. Wimmer, zur Sitzung.

FinDir. Dr. Barth: Das Budget 2011 und die „Mittelfristige Finanzplanung“ bis 2013 zeigen folgendes Bild, wobei ich zunächst auf die wesentlichen Faktoren oder Prämissen, von denen ein Budget bestimmt wird, eingehen möchte.

Auf der Einnahmenseite sind das im Wesentlichen die Ertragsanteile. Hier haben wir uns an den Prognosen des Bundes vom September 2010 orientiert. Aus diesen Prognosen lässt sich ableiten, dass der Voranschlag 2010 um 2,2 Mio. Euro überschritten wird. Nachdem das Ergebnis für das Jahr 2010 nunmehr bereits vorliegt, können wir feststellen, dass es 2,3 Mio. Euro mehr als für das Jahr 2010 veranschlagt geworden sind.

Beim Budgetansatz für 2011 geht man davon aus, dass eine Steigerung von 6,47 % im Vergleich zu dieser Vorschau auf 2010 stattfinden wird. Allfällige einnahmenseitige Steuermaßnahmen des Bundes sind darin noch nicht berücksichtigt.

Im Jahr 2012 sollen dann die Ertragsanteile um 4,56% und 2013 um weitere 4,26 % steigen.

Bei den „eigenen Steuern und Abgaben“ bzw. bei den eigenen Einnahmen sieht die Situation wie folgt aus. Der Herr Finanzreferent erwähnte bereits die Kommunalsteuer und diese zeigt für 2010 eine deutlich bessere Entwicklung als wir bei der Voranschlagserteilung angenommen haben. Im Jahr 2009 hatten wir gegenüber 2008 eine Stagnation, aber heuer werden wir das Ergebnis für 2009 um rund 0,8 Mio. Euro überschreiten. Für das Budgetjahr 2011 erwarten wir eine Steigerung von 2,9 % bzw. sind wir für die Planungsperiode bis 2013 von weiteren Steigerungen im Ausmaß von 3 % ausgegangen.

Bei den Abfallgebühren ist die heute beschlossene Indexerhöhung im Ausmaß von 5,9 % bereits erwähnt worden. Diese Erhöhung ist im Voranschlag schon eingeflossen, genauso wie die Umstellung des Bio-Tonnen-Systems.

Bei den Einnahmen aus Leistungen und bei den „sonstigen Einnahmen“ ging durch die Einführung des Gratis-Kindergartens die Bedeutung verloren.

Die Parkgebühren, die Eintrittspreise ins Hallenbad und ins Theater unterliegen gewissen Indexanpassungen.

Hinsichtlich des Personalaufwandes sieht die Situation so aus, dass aufgrund von Nichtnachbesetzungen bzw. aufgrund verzögerter Nachbesetzungen freier Dienstposten sogar eine Unterschreitung des Budgetansatzes 2010 von 0,7 Mio. Euro zu erwarten ist. Für das Jahr 2011 haben wir aufgrund des Gehaltsabschlusses eine Steigerung von 1,5 % angesetzt. Andererseits wird sich umgelegt auf ganze Dienstposten von 2010 auf 2011 ein Minus von 20 Dienstposten ergeben. In den Planjahren haben wir mit einer generellen Erhöhung von 3 % kalkuliert.

Als weitere Prämisse auf der Ausgabenseite sind die Transferzahlungen zu nennen. Hier gibt es wie jedes Jahr ganz gravierende Steigerungen. In Summe steigen die Transferzahlungen an das Land um 6,1 %. Der Krankenanstaltenbeitrag steigt mit 7,9 % an und damit summenmäßig wie immer am höchsten. Was die Transferzahlungen aus dem Chancengleichheitsgesetz, aus dem Pflegegesetz und aus dem Sozialhilfegesetz betrifft, so ergibt sich summenmäßig insgesamt eine Steigerung um 1,7 %. In den Planjahren wird aufgrund der Informationen seitens des Landes mit

folgendem Steigerungsraten gerechnet: Krankenanstaltenbeitrag wieder sehr hoch mit 6,6 % bzw. 7,1 %. Die Sozialumlagen insgesamt werden um 2,66 bzw. 3,08 Prozent steigen.

Auf der Ausgabenseite haben wir natürlich den Verwaltungs- und Sachaufwand stehen. Hier haben wir grundsätzlich sehr knapp budgetiert und Steigerungen nur mit entsprechenden Begründungen zugelassen.

Im Ermessensbereich der Subventionen nahmen wir eine Kürzung von generell 10 Prozent vor.

Und die Finanzierung des Schuldendienstes wurde anhand des Finanzbedarfs bzw. anhand der Darlehen, die wir in den Budget- bzw. Planjahren für Investitionszwecke vorgesehen haben, berechnet.

Im ordentlichen Haushalt sieht es also bei den Einnahmen – ohne Rücklagen, Sollüberschuss etc. – so aus, dass die Ertragsanteile auf 63 Mio. Euro steigen werden und die Einnahmensteigerung bei den „eigenen Steuern und Abgaben“ von 44,4 auf 46,1 Mio. Euro ist fast ausschließlich durch die Steigerung der Einnahmen aus der Kommunalsteuer bedingt. Die „sonstigen Einnahmen“ steigen von 30,4 auf 32,9 Mio. Euro. Bei den Einnahmen von Trägern öffentlichen Rechts wird es eine Steigerung um 0,5 Mio. Euro auf 10,3 Mio. Euro geben und es ist diese in erster Linie bedingt durch eine zusätzliche Finanzzuweisung aufgrund des Finanzausgleichsgesetzes.

Insgesamt sieht man auf dieser Ebene eine Steigerung der Einnahmen von rund 10 Mio. Euro.

Sieht man sich dann auf Ebene des ordentlichen Haushaltes die Entwicklung der Ausgaben an, so erkennt man eine wesentlich geringere Dynamik. Hier haben beim Personalaufwand und bei den Sachaufwendungen die Einsparungsmaßnahmen schon gegriffen. Die Steigerung beim Personalaufwand wird von 63,1 Mio. auf 63,4 Mio. Euro gegeben sein, also nur um 0,3 Mio. Euro. Der Sachaufwand wird sogar von 45,9 auf 45,2 Mio. sinken.

Steigerungen sind hingegen bei den Beiträgen an Träger öffentlichen Rechts zu sehen, nämlich im Ausmaß von 1,7 Mio. Euro. Und beim Schuldendienst sowie beim Leasing kommen wir von 1 Million auf 2,8 Mio. Euro.

Gleich geblieben ist hingegen der Anteil der Subventionen im Betrag von 7,9 Mio. Euro insgesamt.

Anhand dieses Schaubildes sehen sie die Entwicklung der Ertragsanteile im Detail. Daraus ist erkennbar, dass wir inklusive dieser zusätzlichen Finanzzuteilung, von der ich schon zuvor sprach, im Jahr 2011 knapp das Jahr 2008 erreichen werden. In der Periode bis 2013 werden wir dann eine Steigerung auf 69,2 Mio. Euro haben.

Hier sieht man die Prognosen des Ministeriums für die letzten Jahre. Die grüne Linie zeigt die Entwicklung der oberösterreichischen Gemeinden vor der Wirtschaftskrise, also mit Berechnung vom Juni 2008. Dann sehen wir eine rote Linie, die die Prognosen zur Budgeterstellung 2010 und folgende Jahre wiedergibt, wobei die Berechnung vom Oktober 2009 stammt. Und letztlich sehen sie als Linie, die am tiefsten liegt, jene vom

September 2010. Die Differenz für ganz Oberösterreich macht somit ca. 250 Mio. Euro aus, also von der günstigsten bis hin zur schlechtesten Prognose. Auf Wels umgerechnet bedeutet dies, dass wir im Vergleich zur Prognose knapp vor Eintritt der Wirtschaftskrise weiterhin pro Jahr etwa 8 Mio. Euro verlieren.

Bei der Kommunalsteuer erkennen wir eine recht erfreuliche Entwicklung. Die Hochrechnung für 2010 beläuft sich auf 28,8 Millionen und für 2011 rechnen wir mit Einnahmen aus der Kommunalsteuer im Ausmaß von 29,6 Mio. Euro.

Die Transferzahlungen an das Land zeigen uns nach wie vor ganz beträchtliche Steigerungsraten. Vom Budget 2010 auf das Budget 2011 gibt es insgesamt eine Steigerung um 6,1 Prozent auf 23,7 Mio. Euro. Das bedeutet im Zeitraum von 2002 auf 2011 eine Steigerung um 10,1 Mio. Euro bzw. um 74 Prozent.

Im Detail sieht es bei den Transferzahlungen an das Land wie folgt aus. Der Hauptbrocken ist im Krankenanstaltenbeitrag mit 14,8 Mio. Euro zu sehen. Aufgrund des Chancengleichheitsgesetzes zahlt die Stadt einen Beitrag im Ausmaß von 5,2 Mio. Euro. Die Schulerhaltungsbeiträge steigen auch jedes Jahr deutlich an und sie werden im Jahr 2011 schon 1,3 Mio. Euro ausmachen. Und der Pflegegeldbeitrag beläuft sich auf 1,1 Mio. Euro.

Hier sehen sie die Grafik bezüglich Personalkosten. Für heuer werden wir, wie schon gesagt, um ca. 700.000 Euro weniger brauchen als im Budget für 2010 angenommen. Die Steigerung auf 63,4 Mio. Euro bedeutet eine prozentuelle Erhöhung um 1,6 Prozent.

Die Personalaufwandsquote zeigt das Verhältnis des Personalaufwandes zu den laufenden Einnahmen. Aufgrund steigender Einnahmen und der betragsmäßig nur leichten Steigerung beim tatsächlichen Personalaufwand haben wir 2011 doch wieder eine Senkung der Quote festzustellen. Früher haben wir immer so um die 33 Prozent dargestellt, 2011 wird mit einer Quote in Höhe von 36 Prozent gerechnet.

Auf der jetzigen Grafik sehen sie wieder drei Balken. Sie stehen für drei Positionen, die unser Budget sehr wesentlich beeinflussen. Ein Balken steht für die Ertragsanteile ohne Ersatz für die Werbeabgabe und die Getränkesteuer. Dann zeigt der blaue Balken das, was wir wiederum an das Land abführen müssen und letztlich zeigt der rote Balken, was uns an Differenz zwischen Ertragsanteilen und Abfluss an's Land übrig bleibt. Sieht man sich nur die letzten Jahre an, so stellt man von 2008 auf 2011 ein Minus von 5 Mio. Euro fest, während beispielsweise der Personalaufwand in dieser Periode um knapp 8 Mio. Euro steigt. Sie sehen also, wo im Vergleich zu früheren Jahren die wichtigsten Abweichungen stattfinden.

Ein wesentlicher Punkt ist auch stets im Ergebnis der laufenden Gebarung zu sehen. Im ordentlichen Haushalt für 2011 zeigt sich, dass die Einnahmen-Ausgaben-Schere wieder deutlich zusammengeht. Sie steht zwar noch nicht bei Null bzw. dort, wo wir in früheren Jahren bereits standen, nämlich bei einem Überschuss, aber im Vergleich zum letzten Jahr haben wir doch eine erfreuliche Umkehr.

Die freie Finanzspitze – darunter versteht man das Ergebnis der laufenden Gebarung abzüglich Schuldendienst – zeigt aufgrund der wirtschaftlichen Entwicklung doch eine

deutlich negative Tendenz. Die minus 8,2 Mio. Euro im Jahr 2011 werden in der Planungsperiode bis 2013 auf minus 12,6 Mio. Euro anwachsen.

Sieht man sich die Eckdaten an, so haben wir im ordentlichen Haushalt ein Volumen von 184 Millionen und im außerordentlichen Haushalt ein Volumen von rund 30 Millionen, womit sich insgesamt knapp 214 Mio. Euro ergeben. Den ordentlichen Haushalt konnten wir ausgleichen, nachdem das Ergebnis für 2010 besser wird als budgetiert, das heißt, wir können den im Jahr 2010 geplanten Einsatz von 6,5 Mio. Euro auf das Jahr 2011 übertragen, sodass es möglich erscheint, einen Ausgleich zu bekommen.

Die wesentlichsten Investitionen, dargestellt in der „Mittelfristigen Finanzplanung“, betreffen das Programm kino, die Kindergärten und Horte, die Investitionszuschüsse für private Kindergärten, das Schulsanierungskonzept, Investitionen im Sozialbereich mit 1,870 Mio. Euro im Jahr 2011, ansteigend auf 7,8 Mio. Euro im Jahr 2012 und 5,3 Mio. Euro im Jahr 2013 in Zusammenhang mit dem Bau eines neuen Altenheimes.

Dann haben wir für die Autobahn-Anschlussstelle Wimpassing große Beträge vorgesehen. Für andere Straßen, Brücken etc. sind 2011 etwa 1,1 Mio. Euro vorgesehen. Die Neugestaltung der Innenstadt wird in den nächsten drei Jahren jeweils 400.000 Euro in Anspruch nehmen. Für Investitionen im Tierheim und im Tiergarten sind 2011 585.000 und 2012 490.000 Euro enthalten. Der Aufwand für die öffentliche Beleuchtung, hervorgerufen insbesondere durch die Umstellung auf LED-Beleuchtung, zieht sich in den nächsten drei Jahren mit jeweils ca. 1 Mio. Euro durch. Der IT-Betrieb ist ebenso enthalten wie der Fuhrpark der Stadt inklusive diverser Geräte.

Für Erneuerungs- und Sanierungsmaßnahmen bei den Welser Sportvereinen sind 2011 4,1 Mio. Euro enthalten. 2011 und 2012 wird es für die Sanierung der Senioren-Wohnanlage in der Knorrstraße je 600.000 Euro an Zuschussmittel geben.

Weiters gibt es zum Teil recht hohe Förderungsbeträge für Externe. Wir finden hier den Investitionszuschuss für das Science-Center, für die Mühlbachverlegung, für Sakralbauten, für den Reiterbund, für Betriebsansiedelungen.

In Summe ergeben sich 2011 Investitionsmittel in Höhe von 20,3 Millionen, 2012 in Höhe von 21,5 Millionen und 2013 in Höhe von 19,4 Mio. Euro.

Weitere Investitionsausgaben werden im Rahmen der IMMO KG getätigt. Das betrifft die Volksschule Lichtenegg mit den Turnsälen und die Sanierung der Ballspielhallen bzw. deren Zubau bei der Hauptschule in Lichtenegg. Hiefür werden 2011 knapp 3 Mio. Euro aufgewendet und 2012 ca. 11 Mio. Euro. Und dann haben wir noch den Kindergarten Wels-Nord mit insgesamt rund 3 Mio. Euro, der über die Welser Heimstätte abgewickelt werden soll.

In der Planungsperiode 2011 bis 2013 haben wir somit folgende Situation bei den Investitionsmitteln, wenn man die Ausgaben im eigenen städtischen Budget, bei der IMMO KG und bei der Welser Heimstätte zusammenrechnet. Das sind 2011 rund 26 Mio. Euro, 2012 rund 33 Mio. Euro und 2013 etwa 19 Mio. Euro. Insgesamt ergibt sich in der Planungsperiode ein Betrag von 78,5 Mio. Euro.

Hinsichtlich der im städtischen Budget enthaltenen Projekte erwarten wir uns natürlich Bedarfszuweisungen bzw. Förderungsmittel vom Land, sodass in der Planungsperiode

Darlehensaufnahmen in Höhe von 18 Mio. Euro im Jahr 2011, in Höhe von 14 Mio. im Jahr 2012 und von 16 Mio. Euro im Jahr 2013 zu tätigen sein werden.

Jetzt komme ich zur Entwicklung des Schuldendienstes im städtischen Budget. 2011 rechnen wir mit einem Schuldendienst in Höhe von rund 2,2 Mio. Euro und aufgrund der Investitionen werden es im Jahr 2013 rund 7,2 Mio. Euro sein.

Wenn wir das Ganze konsolidiert betrachten, also wenn wir das APH Vogelweide einbeziehen, das über die Heimstätte abgewickelt wurde und Investitionen im Bereich der IMMO KG, so ergibt sich insgesamt 2011 ein Schuldendienst im Bereich von 4,2 Mio. Euro, steigend in der Planungsperiode auf 10,1 Mio. Euro.

Zum Schuldenstand selbst ist zu sagen, dass Ende 2011 ein Betrag von 74,5 Mio. Euro zu erwarten ist, 2013 ein solcher von 101 Mio. Euro, und zwar jeweils ohne die Darlehen, die wir für die EWW AG halten. Konsolidiert betrachtet ergeben sich Ende 2011 Schulden im Ausmaß von 116 Mio. Euro bzw. knapp 150 Mio. Euro am Ende dieser Planungsperiode.

Auch die Pro-Kopf-Verschuldung darf ich ihnen jetzt in beiden Positionen darlegen. Für das städtische Budget ergibt sich eine Pro-Kopf-Verschuldung am Ende des nächsten Jahres im Betrag von 1.273 Euro, steigend auf 1.729 Euro per Ende 2013. Konsolidiert betrachtet ergibt sich per Ende 2011 ein Betrag von 1.989 Euro, steigend auf 2.559 Euro per Ende 2013.

Zum Schluss darf ich auch noch das Maastricht-Ergebnis erwähnen. Hier ergibt sich aufgrund der Investitionen, die getätigt werden und der Entwicklung des Haushaltes insgesamt ein doch deutlich negativer Wert für 2011 im Betrag von 20,5 Mio. Euro. 2012 wird sich das Ergebnis auf minus 14,5 Mio. und 2013 auf minus 18,4 Mio. Euro belaufen.

Vzbgm. Wimmer: Vielen Dank, Herr Finanzdirektor, für die detaillierte Präsentation diverser Bereiche. Und dazu darf ich gleich etwas sagen, was ich auch schon im Finanzausschuss in dieser Weise getan habe. Es geht hier um die Darstellung der konsolidierten Gebarung, die an sich eine Spielerei darstellt. Nachdem wir aber nichts zu verbergen haben, führen wir das sehr gerne durch. Im Benchmarking mit anderen Städten sind diese konsolidierten Zahlen allerdings nicht heranzuziehen. Wenn man beispielsweise in den Medien gelegentlich derartige Vergleiche lesen kann, so geht es immer um den ursächlichen Schuldendienst einer Stadt und nicht um einen Schuldendienst inklusive ausgegliederter Gesellschaften. Trotzdem haben wir das seit zwei Jahren in das Darstellungsprogramm aufgenommen, nachdem das auch ein Wunsch anderer Fraktionen war, das heißt, man wollte einen noch genaueren Überblick bekommen. Aber, wie ich schon sagte, es ist ohnehin nichts zu verbergen bzw. beruht alles, was hier dargestellt wird, auf Beschlüssen, die im Gemeinderat gefasst wurden.

Ich glaube, dass wir auch mit der „Mittelfristigen Finanzplanung“ einen sehr wichtigen Meilenstein setzen. Es geht hier um die Ausfinanzierung bereits beschlossener Projekte und um die Möglichkeit, noch zu beschließende Projekte etc. finanziell unterzubringen.

Was den ordentlichen Haushalt betrifft, zeigt sich im Voranschlag 2011 die positive Entwicklung, dass das zuletzt stattgefundene dramatische Auseinanderklaffen der Einnahmen- und Ausgabenschere deutlich reduziert werden kann. Allerdings ist der



Saldo noch immer negativ. Wenn sie sich zurückerinnern, werden sie feststellen, dass die letzten zwei Jahre wohl die schwierigsten auf längere Zeit waren. 2009 und 2010 sah es so aus, dass die Einnahmen sanken, die Ausgaben jedoch stiegen. Mittlerweile hat sich aber das Bild gedreht: Es steigen die Einnahmen und tendentiell gehen die Ausgaben zurück, womit die Schere langsam zusammengeht. Nachdem es aber noch immer einen offenen Saldo gibt, liegt es an uns gemeinsam, Maßnahmen in der Richtung zu setzen, dass diese Schere noch weiter zugeht. Ich würde mir halt wieder jenen Zustand erwünschen, wie wir ihn etwa bis zum Jahr 2007 hatten, das heißt, dass wir im ordentlichen Haushalt wieder entsprechende Überschüsse erreichen, um damit Investitionen im außerordentlichen Haushalt abdecken können.

Wie sie gesehen haben, beläuft sich der außerordentliche Haushalt 2011 auf Ausgaben und Einnahmen in Höhe von jeweils 29,5 Mio. Euro, wobei die reinen Investitionsausgaben – zieht man also die Finanztransaktionen ab – einen Gesamtbetrag von 20,33 Mio. Euro ergeben. Das stellt immerhin ein Plus im Ausmaß von 14,2 % gegenüber dem außerordentlichen Haushalt 2010 dar, wieder bezogen auf die reinen Investitionsausgaben. Damit sind wir an sich dem Beschluss des Gemeinderates vom 1. Juli dieses Jahres, dem sogenannten Sparbeschluss, wo auch die Frage der Investitionen und Darlehen abgehandelt wurde, nachgekommen. Zur Bedeckung der Investitionsmittel im Jahr 2011 sind neben Fördergeldern und Bedarfszuweisungen noch Darlehensaufnahmen in Höhe von 18,25 Mio. Euro erforderlich. Der Herr Finanzdirektor hat auch jene Maßnahmen genannt, die im ausgelagerten Bereich, etwa bei der IMMO KG, platziert wurden.

Ich bringe das zum Ausdruck, weil meiner Ansicht nach diese Investitionen auch in Anbetracht der schwierigen finanziellen Situation notwendig sind, um positive Konjunktur- und Arbeitsmarktakzente zu setzen. An dieser Stelle darf ich aus dem Beschluss des Gemeinderates vom 1. Juli 2010 zitieren, wo einstimmig festgestellt wurde, dass die Aufnahme von Darlehen als geeignetes Mittel zur Aufrechterhaltung der Investitionstätigkeit gesehen wird. Wir wussten also schon damals, dass wir dann, wenn wir Projekte umsetzen wollen, diese Projekte über Darlehensaufnahmen finanzieren müssen. Das ist allerdings nichts Ungewöhnliches, vielmehr wirtschaftsüblich und bei allen Gebietskörperschaften so üblich. Man muss darauf achten, dass der Schuldendienst gewisse Grenzen nicht überschreitet und nicht den ordentlichen Haushalt zu sehr belastet.

Es wird aus diesem Voranschlag ersichtlich, dass im ordentlichen Haushalt weiterhin ein Sparkurs notwendig ist, damit wir die noch immer vorhandenen Probleme aus der Finanz- und Wirtschaftskrise meistern und damit das sehr ambitionierte Volumen bei den Investitionen erhalten können. In Hinblick auf die im Voranschlag 2011 und in der „Mittelfristigen Finanzplanung“ bis 2013 vorhandenen Abgänge ist es daher notwendig, rasch Konsolidierungsmaßnahmen durch Strukturverbesserungen, Ausgabeneinsparungen und einnahmenverbessernde Schritte einzuleiten bzw. umzusetzen. Dem Reformprojekt 2010 kommt daher mit konsequenten Maßnahmen im Personal- und Organisationsbereich, mit Produkt- und Leistungsüberprüfungen, und zwar mit dem Ziel der Ausgabenkürzung bzw. der weiteren Reduzierung der Ausgabendynamik, größte Bedeutung zu. Ich spreche hier von jenem Projekt, das mit diesem Beschluss des Gemeinderates vom 1. Juli 2010 ebenfalls eingerichtet wurde. Es wurde eine Experten-Gruppe unter Leitung des Herrn Magistratsdirektor eingerichtet und ein Lenkungsausschuss unter dem Vorsitz des Herrn Bürgermeister. Dort ist es somit angesiedelt, Vorschläge auszuarbeiten, die sich mittel- und langfristig positiv auf das Budget aus-

wirken. Dort wird auch zu entscheiden sein, ob Leistungsreduktionen in Zukunft notwendig sind, um die Ausgaben zu kürzen. Und letztlich wird man auch die Bevölkerung fragen müssen, was sie um dieses oder jenes Geld an Leistungen durch die Stadt Wels erbracht sehen möchte.

Ich meine, dass wir uns mit diesem Projekt auf dem richtigen Weg befinden. Es fanden bereits zwei Sitzungen des Lenkungsausschusses statt, wobei uns gerade in der letzten Sitzung ganz interessante Ansätze präsentiert wurden. Natürlich ist mir klar, dass etwa die Verwaltungsreform kein Thema ist, das über Nacht abgehandelt werden kann, was man auch mit einem Blick auf die Situation des Bundes und des Landes ersieht. Ich selbst bin jetzt bald 30 Jahre in der Politik tätig und in dieser Zeit wird seitens des Bundes immer wieder über eine Verwaltungsreform gesprochen, allerdings mit sehr mäßigem Erfolg. Daher setze ich meine Erwartungshaltung auch in Wels nicht zu hoch an. Ich weiß aber, dass es sehr wohl gelingen wird, dort und da strukturelle Veränderungen durchzuführen, um speziell auch Synergien zu heben, Synergien zwischen dem Magistrat und den Beteiligungsgesellschaften. Hier verspüre ich leichten Optimismus, aber man muss sicher mit Ruhe und entsprechender Geduld an dieses Projekt herangehen.

Zum Abschluss, meine sehr geehrten Damen und Herren, darf ich mich ganz besonders bei den Mitgliedern des Stadtsenates und bei den Fraktionsvorsitzenden bedanken, und zwar dafür, dass es in der Vorbereitung dieses doch sehr schwierigen Budgets sehr konstruktive Gespräche gegeben hat, dass letztendlich weitgehende Übereinstimmung erzielt werden konnte, wobei es natürlich so ist, dass nicht jede einzelne Budgetposition die Zustimmung aller finden kann. Jedenfalls glaube ich aber, wenn man das Gesamtprodukt sieht, dass mit dem notwendigen Ernst Sparmaßnahmen durchgesetzt wurden, Sparmaßnahmen, die letztlich nicht der Finanzreferent allein durchsetzte bzw. müssen solche Maßnahmen von allen Fraktionen des Gemeinderates, von den Mitgliedern des Stadtsenates, aber auch von den Mitarbeitern des Hauses durchgesetzt werden. Daher gilt mein Dank auch an die Mitarbeiter des Magistrates, an den Herrn Finanzdirektor und seine Mitarbeiter, die wahrlich Schwerarbeit leisten mussten. Den Gesprächen, die ich mit den politischen Referenten führte, sind ja bereits Gespräche des Herrn Finanzdirektor mit den Abteilungsleitern vorausgegangen und diese Gespräche auf Beamtenebene haben sich letztlich auch nicht ganz einfach dargestellt.

Ich darf sie daher ersuchen, dem Voranschlag für das Rechnungsjahr 2011 und dann auch der „Mittelfristigen Finanzplanung“ und der damit verbundenen Darlehensaufnahme die jeweilige Zustimmung zu geben.

Der Antrag zu TOP 6 lautet nach Vorberatung im Finanzausschuss und im Stadtsenat, jeweils am 15.11.2010:

Der Voranschlag (Anlage 6) der Stadt Wels für das Rechnungsjahr 2011 samt Beilagen wird gemäß § 53 Abs. 1 StW. 1992, LGBl. Nr. 8/1992, i.d.g.F., mit folgendem Einnahmen- und Ausgabenrahmen festgestellt:

Ausgaben des ordentlichen Haushaltes:	€ 183,997.200,--
Einnahmen des ordentlichen Haushaltes:	€ 183,997.200,--
Ausgaben des außerordentlichen Haushaltes:	€ 29,527.200,--
Einnahmen des außerordentlichen Haushaltes:	€ 29,527.200,--

Bgm. Dr. Koits: Ich danke vielmals dem Herrn Finanzreferenten und seinem Team. Es folgt jetzt die allgemeine Debatte.

GR. Reindl-Schwaighofer: Der Finanzreferent hat es bereits getan, aber ich möchte als Sprecher der SPÖ-Fraktion bzw. namens der SPÖ-Fraktion den Mitarbeitern des Hauses Magistrat, und natürlich speziell den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Finanzdirektion mit Herrn Dr. Barth an der Spitze, ein herzliches Dankeschön aussprechen für diese hervorragende und solide Arbeit. Besonders möchte ich mich aber beim Herrn Finanzreferenten bedanken. Wir haben es ja in den letzten Monaten miterlebt, wie er es geschafft hat, den Spannungsbogen aufzubauen und eine qualifizierte Diskussion über die Inhalte bzw. über die Budgetzahlen zu erreichen. Ich möchte mich auch für seine Hartnäckigkeit bedanken, die er beispielsweise mit der 10-prozentigen Haushaltssperre an den Tag legte. Der Kollege Wimmer selbst hat ja zuerst erwähnt, dass es nicht immer lustig ist, solche Dinge durchzusetzen. Also, ein herzlicher Dank namens der Fraktion auch an dich.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Herr Vizebürgermeister hat es zuerst schon angesprochen, das heißt, wir müssen uns auch die Rahmenbedingungen anschauen, unter denen dieses Budget entstanden ist bzw. auch die „Mittelfristige Finanzplanung“. Ich sage nichts Neues, wenn ich darauf hinweise, dass wir im Jahr 2009 ein Sinken der Realwirtschaft um 3,6 % in Österreich hatten, nämlich als Folge einer internationalen Finanz- und Bankenkrise. Wir sind jetzt damit konfrontiert, dass die Europäische UNION einen europäischen Stabilisierungsmechanismus zur Rettung ganzer Volkswirtschaften, also diesen berühmten Rettungsschirm aufspannen musste. Und wie das Ganze ausgehen wird, wissen wir letztlich noch immer nicht, weil ja bekanntlich noch einige Nationalstaaten Probleme mit ihrer Bankenlandschaft haben. Wirksame Schritte wie die strengere Regulierung der Finanzmärkte und der Bankenaktivitäten kommen weltweit nicht vom Fleck. Auch in Österreich sind diesbezüglich eigentlich alle Zuständigen säumig und als Folge droht uns mittelfristig wieder eine Finanzkrise. Sie kennen ja bestimmt die dazugehörige Diskussion.

Zum Thema, wer eigentlich die Kosten der Krise zahlt, warten wir noch immer auf Ergebnisse, wobei für uns als Sozialdemokraten relativ klar ist, dass hier das Verursacherprinzip Geltung hat und gelten muss.

Die Bundespolitik beschert uns ein Sparbudget und diesbezüglich kennen wir alle ebenfalls die Diskussion. Ich wage zu sagen, dass die Einsparungen, die im Bildungs-, Pensions- und Familienbereich getätigt wurden oder die jetzt zur Diskussion stehen, nicht der Weisheit letzter Schluss sein können. Dabei ist uns allen klar, dass Sparen angesagt ist, aber Zukunftsfelder wie Bildung, Forschung, Arbeitsmarkt und Wirtschaft, genauso die soziale Qualität unseres Zusammenlebens, müssen gestärkt werden; sie dürfen nicht dem Sparstift zum Opfer fallen.

Jedenfalls wird auch in diesen Bereichen noch die Frage zu beantworten sein, wer die Auswirkungen der Krise zu zahlen hat. Für uns als SPÖ liegt klar auf der Hand, dass eine Krisenbewältigung und Sparbudgets ohne Vermögenssteuern nicht mehr machbar sind.

Der Herr Vizebürgermeister hat schon angesprochen, dass die Auslagerung von Leistungen des Bundes auf die Gemeinden zur Praxis wurde. Ich erinnere daran, dass wir im Vorjahr um das Passwesen Diskussionen führten. Und heuer mussten wir seitens

des Landes per Gesetz zur Kenntnis nehmen, dass die Deckung des Abgangs beim Betrieb von privaten Kindergärten gänzlich von den Kommunen zu leisten ist. Und das im Lichte der Situation – das wurde ebenfalls schon erwähnt – dass mittlerweile schon zwei Drittel aller oberösterreichischen Gemeinden als sogenannte Abgangsgemeinden gelten, das heißt, sie können ohne Millionenzuschüsse des Landes nicht mehr ausgeglichen budgetieren. Meine Damen und Herren, so macht das Land Oberösterreich aus seinen Budgetproblemen unsere. Das, glaube ich, ist eigentlich für die Gesamtsituation ein Armutszeugnis.

Die Transferzahlungen in Richtung Land sind auch als so ein heikler Punkt zu sehen. Diese steigen wieder einmal ganz massiv an und man muss sagen, dass diese Transferzahlungen ihrer Höhe nach von uns nicht kontrollierbar sind. Andererseits schlagen sie sehr stark auf unser Budget durch.

Wenn ich jetzt auf einige Zahlen aus dem Welser Budget eingehe, so möchte ich das unter drei Prämissen verstanden wissen. Es gibt nämlich meiner Ansicht nach drei wichtige gesellschaftliche Bereiche, die für die Zukunft wichtig sind und die uns auch als Kommune und als Gesellschaft zukunftsfähig machen, wenn wir dort aktiv sind bzw. Aktionen setzen. Dabei geht es erstens um den Wirtschafts- und Arbeitsmarkt, zweitens um die Migrations- und Integrationspolitik sowie drittens um die demografische Entwicklung.

Wir finden im Budget eine Vielzahl von Positionen, die genau mit dem Ziel, den Wirtschafts- und Arbeitsmarkt zu stützen, korrespondieren. Egal, ob wir uns die Ansätze für Wirtschaftsförderungsmaßnahmen vornehmen oder ob wir die Ausgaben für das Stadtmarketing bzw. im Rahmen des Tourismusverbandes in die Betrachtung ziehen, es ist das alles sicher sehr wichtig. Aber auch die Mittel für eine aktive Arbeitsmarktpolitik im Bereich der Jugend sind hier sehr sinnvoll eingesetzt.

Die Kommunalsteuer ist ein wesentlicher Einnahmefaktor. Mit diesen 29,6 Millionen, die wir nächstes Jahr erwarten, ist eine ganz wichtige Einnahmequelle für die Stadt erschlossen, nur möchte ich in diesem Zusammenhang darauf hinweisen, dass sprudelnde Kommunalsteuern kein Naturgesetz darstellen. Grundlage für diese sprudelnden Einnahmen sind eigentlich das ständige Bemühen, Betriebsansiedlungen zu erreichen, aber auch das Bemühen um das Halten von in Wels bereits ansässigen Betrieben. Es wäre für Wels – lassen sie mich das sagen – schlichtweg eine Katastrophe, würden sich zwei Welser Leitbetriebe wie Kellner & Kunz oder Felbermayr wegen unserer Säumigkeit auf den Weg machen und in Umlandgemeinden ihre Betriebsansiedlungen verwirklichen. Jeder, der unsererseits viel unterwegs ist, kann nachvollziehen, was ich sage. Es gibt rundherum viele unerschlossene Betriebsansiedlungsgebiete und für unsere Kasse wäre solch eine Absiedlung bestimmt keine gute Geschichte. Wir brauchen also in diesem Bereich einen sofortigen Schulterschluss in Bezug auf das Ermöglichen von Betriebsansiedlungen am Flughafengelände, um eben sehr wesentliche Betriebe nicht an irgendwelche Umlandgemeinden zu verlieren. Wir brauchen zielführende Ergebnisse, und zwar rasch, im Rahmen von Gesprächen mit der BIG, dem Land und auch mit der Weißen Möwe, die eben in Richtung Teilnutzung des Flughafengeländes für Betriebsansiedlungen gehen.

Der Bereich der Investitionen durch die Stadt wurde ebenfalls schon angesprochen. Die direkten Investitionen der Stadt und der IMMO KG machen 26 Mio. Euro aus und damit

kann man sehr wohl feststellen, dass wir wieder ein wichtiger Impulsgeber für die regionale Wirtschaft sind.

Wenn ich jetzt den zweiten von mir genannten großen Bereich anspreche, die Migration und Integration, dann ist wohl für uns alle klar, dass wir es hier mit einem Bereich zu tun haben, in dem wir den gesellschaftlichen Konsens aufrecht erhalten sollen, müssen, und dass wir zu versuchen haben, gesellschaftliche Widersprüche und die gesellschaftliche Spaltung aufzuhalten. Bei oberflächlicher Betrachtung könnte der Eindruck entstehen, dass im Budget für 2011 zu wenig an Mitteln für diesen Bereich vorhanden ist. Zugegeben, 100.000 Euro für Integrationsprojekte, das klingt im ersten Moment nicht viel, aber es ist das – wir haben ja in der letzten Gemeinderatssitzung die überarbeitete Form des Maßnahmenkataloges beschlossen – im Wesentlichen jener Betrag, mit dem dieser Maßnahmenkatalog gespeist werden soll.

Ich möchte nun einige Bereiche nennen, die meiner Ansicht nach in der gesellschaftlichen Verantwortung ein wichtiger Beitrag im Rahmen der Integration sind. Das Integrationsthema ist jedenfalls ein Thema, das alle betrifft und alle Maßnahmen, die wir hier setzen oder die in Richtung Integration funktionieren, sind gesellschaftlich wichtig. Und hier getraue ich mir zu sagen, dass alle Maßnahmen, die wir in Richtung Breitensport setzen, gleichzeitig Investitionen zur Verbesserung der Integrationssituation sind. An dieser Stelle verweise ich darauf, dass in Wels die Integration durch Sport mittlerweile eine beachtliche Realität geworden ist. Jede Infrastrukturverbesserung in diesem Bereich stellt gleichzeitig eine Maßnahme im Rahmen der Integrationspolitik dar.

Ein großer Bereich ist jener der Bildung, den wir, so glaube ich, unbestreitbar als eine der wichtigsten Grundlagen für die Integration betrachten. Ich möchte auf unsere Diskussion über Deutschkenntnisse, die Qualifizierung von Migranten, über Probleme der Nostrifikation etc. hinweisen. Und wenn wir im nächsten Jahr eine halbe Million für die Abarbeitung des Schulsanierungskonzeptes, 3 Millionen für die Volks- sowie für die Hauptschule in Lichtenegg und 2,59 Millionen für den Kindergarten in Wels-Nord ausgeben, dann sind das auch wichtige Beiträge zur Integrationspolitik in unserer Stadt.

Nun möchte ich noch den dritten einleitend genannten Punkt ansprechen, nämlich die demografische Entwicklung, um deutlich zu machen, was ich diesbezüglich meine. Es wird zwar die Frau Sozialstadträtin Silvia Huber sicher noch intensiver auf die Situation im Pflegebereich eingehen, aber ich darf trotzdem auch diesen Punkt anstreifen.

Die demografische Entwicklung wird uns im Alten- und Pflegebereich in den nächsten 20 Jahren vor Riesenherausforderungen stellen. Wir wissen, dass wir im Bereich der über 80-jährigen eine sehr, sehr hohe Steigerung haben werden. Und wenn man zusätzlich weiß, dass rund ein Drittel der über 80 Jahre alten Personen pflegebedürftig ist, kann wohl jeder verstehen, wenn ich sage, dass es ganz, ganz notwendig ist, im Bereich der Infrastruktur bzw. der Altenbetreuung und -pflege weiterhin unseren ambitionierten Ausbaukurs fortzusetzen. Wir haben in der Stadt Wels, egal ob wir die Betreuung zu Hause oder die stationäre Betreuung betrachten, mittlerweile eine hervorragende Struktur, nur müssen wir auch zukunftsfähig werden, beispielsweise mit dem Neubau des Pflegeheimes in der Magazinstraße.

Bei all den ambitionierten Vorhaben müssen wir aber auch die selbstgesteckten Sparziele konsequent verwirklichen. Die verhängte Haushaltssperre im März, die dann im Sommer auf 10 % abgesenkt wurde, hat sich positiv ausgewirkt. Die Ausgaben-

kürzungen im Bereich der Sachaufwendungen und „Sonstigen Ausgaben“ im Ausmaß von 1,2 % oder von mehr als einer halben Million Euro sind ebenso nicht gering zu schätzen, so wie das einige über Pressemeldungen schon gemacht haben, genauso wie die Sparbemühungen beim Dienstpostenplan, durch die wir 20 Dienstposten weniger haben werden.

Bei Berücksichtigung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und dem damit verbundenen massiven Ausfall an Bundesertragsanteilen ist das vorliegende Budget eine hervorragende Grundlage für einen künftigen Aufbau. Wichtig wird aber auch sein, dass wir neben einem effizienten Budgetvollzug Sparpotentiale in den Abläufen beim Magistrat heben. Der Lenkungsausschuss, von dem der Herr Vizebürgermeister heute schon gesprochen hat, wird sicher Ergebnisse liefern, wir werden darüber gemeinsam diskutieren und wir werden auch Umsetzungsschritte setzen, sofern sich dafür entsprechende Mehrheiten ergeben. Was wir als Sozialdemokraten jedoch ablehnen, das ist eine Vorgangsweise dahingehend, dass die Einschränkung von Dienstleistungen und die Auslagerung von Leistungen als Vehikel des Sparens gesehen wird. Es soll nicht im Bereich der Dienstleistungen für den Bürger gespart werden, sondern wir schauen uns diverse Prozessabläufe im Bereich des Magistrates an.

Ich möchte mich jetzt nochmals bei allen Beteiligten für das Zustandekommen dieses Budgets herzlich bedanken und ich ersuche alle Fraktionen, die Finanzbeschlüsse mit uns gemeinsam zu tragen.

StR. Lehner: Das Budget für 2011 ist in vielen Bereichen von Sparsamkeit geprägt. Bei den Ausgaben, Subventionen und anderen Bereichen wurden teils massive Einschnitte gemacht. Eines kann man von diesem Budget auf jeden Fall sagen: Es ist handwerklich sehr gut gemacht und dafür gebührt besonders Herrn Direktor Barth ein entsprechendes Dankeschön. Es ist nämlich wichtig, dass wir ein Budget auch handwerklich gut abführen, weil die Zukunft von uns und von unseren Kindern hängt auch davon ab, dass Zahlen nicht nur in den Köpfen entstehen, sondern ebenso richtig abgebildet werden.

Was zeigt ein Vergleich mit den anderen Statutarstädten? Hier ist der Blick auf Wels ein durchaus positiver. In Wels haben wir prozentuell im Verhältnis zur laufenden Gebarung einen Abgang von 4 %, in Linz macht dieser 6,7 % aus und in Steyr sogar 7 Prozent. Das heißt also, dass in Wels einiges schon sehr gut gelaufen ist und wir uns auf dem richtigen Weg befinden. Nun, der richtige Weg ist eingeschlagen, aber das Tempo stimmt noch nicht. Schauen wir in die Zukunft, so erkennen wir einen Schuldenberg, der vor uns anwächst. Die Pro-Kopf-Verschuldung der Welserinnen und Welser steigt in den nächsten Jahren dramatisch. Wir verlieren damit Handlungsspielraum für künftige Investitionen. Derzeit sind uns solche aber sehr wohl möglich und dafür, dass diese Investitionen in den nächsten Jahren getätigt werden, sei an dieser Stelle ein Dankeschön ausgesprochen.

Sehr viele Gemeinden zeigen uns, dass ein rigoroser Sparkurs gefahren wird und die ersten, die darunter leiden, sind die Mitarbeiter in den vielen Zulieferbetrieben, in vielen Unternehmen, sie ansonst derartige Investitionsvorhaben in den Gemeinden realisieren würden. In Wels ist aber auch in den nächsten Jahren noch ein großes Investment zu erwarten. Dazu bekennen wir uns als ÖVP-Fraktion, weil diese Investitionen auch in sehr wichtigen Bereichen durchgeführt werden. Es geht hier sehr stark um Bildung, sehr viel um Sport, im Welios laufen noch Investitionen und es geht um den Bereich Innovation. Das sind jene Bereiche, in denen wir uns in den nächsten Jahren positionieren

müssen und wo wir weiterarbeiten müssen, um ein gedeihliches Miteinander in unserer Stadt zu haben.

Wir haben allerdings – das hat auch der Herr Finanzreferent angesprochen – in unserem Land eine Struktur, die im Laufe der Jahre unfinanzierbar wird. Die Bundesertragsanteile schwanken dramatisch. Wir sind in die Krise geschlittert und die Bundesertragsanteile sind in den Keller gefallen. Im Gegenzug sind aber die Ausgaben der Städte und Gemeinden hoch geblieben. Hier gilt es, uns als Stadt Wels wirklich mit aller Kraft dafür einzusetzen, dass sowohl im Bund und im Land als auch in der Stadt sämtliche Reformmöglichkeiten angedacht werden, um die Schuldenlast, die ja eigentlich an die nächste Generation übergeben wird, zu vermindern.

In dieser Krisenzeit haben wir aber auch gesehen, dass zwar die Einnahmen aus den Bundesertragsanteilen relativ schnell sanken, die Kommunalsteuereinnahmen von den Welser Betrieben sind jedoch relativ gleich geblieben bzw. steigen sie jetzt schon wieder an. Dafür ein herzliches Dankeschön an die Welser Betriebe. Viele waren sehr wohl von enormen Umsatzeinbrüchen gequält. 30 bis 40 Prozent des gewohnten Umsatzes brachen plötzlich weg. Was haben die Betriebe gemacht? Sie führten massive Strukturreformen durch. Sie haben Reformen in ihren Betrieben durchgezogen, und zwar mit dem Ziel, die Welserinnen und Welser weiter in den Betrieben beschäftigen zu können. Hier müssen wir uns ein Beispiel nehmen. Wir müssen schauen, welche Dienstleistungen die Stadt erbringen kann oder muss. Und hier bin ich nicht beim Kollegen Reindl-Schwaighofer. Vielmehr bin ich der Auffassung, dass wir ganz klar hinterfragen müssen, wo unsere hoheitlichen Aufgaben liegen und wo sind jene Aufgaben, die wir in den letzten Jahren und Jahrzehnten übernommen haben, die aber eigentlich nicht zu unseren Kernaufgaben zählen. In der Welser Unternehmerschaft liegt sehr viel Innovationspotential in Richtung Einsparungsmöglichkeiten und ich meine, wir könnten dieses Potential für uns generieren.

Ich glaube, wir müssen diese Diskussion führen, weil sonst kommen wir zu einer speziellen Überlegung, die ich aber massiv ablehne, nämlich zu einer Diskussion über Steuererhöhungen. Diese Überlegungen passieren zwar nicht so direkt auf Gemeindeebene, aber im Prinzip machen wir etwas nicht viel anderes. Damit wir unsere Gebarung zusammenbringen, erhöhen wir diverse Gebühren und Abgaben, was die Welserinnen und Welser im nächsten Jahr massiv trifft. Wir haben im nächsten Jahr in vielen Bereichen mit diesen Erhöhungen zu rechnen. Kommen aber zu diesen Gebühren- und Tarifierhöhungen auch noch Steuererhöhungen dazu, dann passiert eines: Es wird die Kaufbereitschaft bzw. der Konsum in Österreich massiv zurückgehen und was das für die Volkswirtschaft bedeutet, das wissen wir. In der Krise hat uns nämlich in erster Linie die Konsumbereitschaft der Österreicherinnen und Österreicher gerettet und wenn wir diese durch überhöhte Steuern, aber auch durch überhöhte Abgaben bzw. Gebühren gefährden, bricht unsere Volkswirtschaft womöglich massiv zusammen. Das wollen wir als ÖVP-Fraktion keinesfalls haben, weshalb es lieber Mut zu schmerzhaften Reformen geben sollte. Hier gilt es, unpopuläre Maßnahmen zu treffen. Ein Beispiel dafür haben wir heute auf der Tagesordnung stehen; dieser Punkt betrifft die Kleingewerbeförderung. Bei diesen unpopulären Maßnahmen müssen wir natürlich immer schauen, was wir damit erreichen, wie sich dann die Ausgaben gestalten, welche Ziele wir damit verfolgen. Wenn wir durch Investitionen oder durch Förderungen ein Ziel der Stadt Wels besser erreichen, werden wir uns natürlich darum bemühen, aber wenn wir irgendwo glauben, dass etwas nicht ganz so optimal läuft, muss man auch den Mut haben, in diesem Bereich Einsparungen zu treffen. Dazu sind wir alle aufgerufen und da müssen

wir zusammenhalten bzw. zusammenstehen, um für Wels in den nächsten Jahren etwas zu erreichen.

Wir haben – das sei doch einmal erwähnt – einen Schuldendienst, der recht massiv ist. Für mich gibt es in diesem Zusammenhang ein Krisenszenario, das wir immer wieder bedenken müssen, nämlich die Zinsentwicklung. Derzeit gehen wir wohl von einer relativ niedrigen Zinsentwicklung aus – wir befinden uns in einer Niedrigzinsperiode – aber wenn sie steigen, haben wir wieder das Szenario in Bezug auf die Chancen, die wir unserer nächsten Generation nehmen. Unsere Aufgabe als Stadt muss es daher sein, die Chancen zu wittern und die Chancen zu erspüren, die sich in dieser Stadt ergeben. Und wir haben auch in der Krise gesehen, dass es mit der Kommunalsteuer recht gut läuft. Das bedeutet, dass wir schauen müssen, dass es in Wels Betriebsansiedelungen gibt bzw. dass es bestehenden Betrieben möglich erscheint, sich zu erweitern. Wir brauchen daher den angesprochenen Schulterchluss und die gemeinsame Arbeit für die Umwidmung eines Teils des Flugplatzes Wels. Darüber hinaus bedarf es allerdings noch weiterer Anstrengungen, Betriebe hier ansiedeln zu können. Die Betriebe sind das Rückgrat für die Einnahmen der Stadt und wir wollen für sie arbeiten, weil die Betriebe einerseits Kommunalsteuer in beträchtlicher Höhe abführen und weil sie meiner Meinung nach diejenigen sind, wo die Integration am besten funktioniert. Mitarbeiter in Betrieben, egal woher sie kommen, haben ein gemeinsames Ziel und dieses Ziel verbindet. So wird in recht positiver Weise tagtäglich in den Betrieben Integration vorgeführt. Desto mehr funktionierende Betriebe wir in Wels haben, desto besser wird auch die Integration funktionieren. Da schließt sich der Kreis. Und letztlich werden damit wiederum Einnahmen für die Stadt generiert, die wir brauchen,

Daher gibt es von unserer Seite ein klares Bekenntnis zu den Welser Betrieben und damit zur Bildung als Basis für gut ausgebildete Mitarbeiter, die wir in diesen Betrieben brauchen. Wie wir auch mit dem Leuchtturmprojekt Welios zeigen, wird die Innovation das Thema dieses Jahrhunderts sein; wir brauchen ganz einfach kreative und innovative Kräfte. Wir brauchen innovative Kräfte und gemeinsam mit den vorgesehenen Investitionen haben wir als Stadt Wels insgesamt eine große Chance. Ein Blick auf die Landkarte genügt, um zu sehen, dass wir uns im Herzen Europas befinden und wir wollen ein Herz mit positiven Impulsen sein. Daher ein klares Bekenntnis zu Struktur-reformen, zu inhaltlichen Reformen, zum Mut beispielsweise im Lenkungsausschuss oder auch in anderen Foren dieses Hauses. Hier brauchen wir viel, viel mehr Dynamik und kein falsch verstandenes Robin-Hood-Verhalten. Wenn wir schon gemeinsam beschließen, Reformen anzugehen, braucht es auch ein klares Miteinander, wenn es um diverse Bereiche geht.

Wenn ich vom Miteinander spreche, dann ergibt sich heute auch ein klares Ja zum Kompromiss, den ja dieses Budget darstellt. Jedenfalls ist es ein gemeinsames Bekenntnis dazu, dass wir in Wels investieren wollen.

StR. Dr. Rabl: Ich hab' es mir ein bisschen zur Angewohnheit gemacht, in der Historie etwas zurückzugehen. Ich habe das schon im Vorjahr gemacht und ich werde es diesmal fortsetzen.

Im Jahr 2007 hat Herr Vizebürgermeister Wimmer den Begriff Budget so erklärt – ein Fremdwort – dass es sich dabei um einen vollgefüllten Koffer handelt, natürlich vollgefüllt mit Geld. Im nächsten und auch im übernächsten Jahr ging es nicht mehr um



den Koffer, sondern um ein Plastiksackerl und was sich jetzt noch zusätzlich geändert hat, ist der Umstand, dass das Plastiksackerl ein Loch hat; leer ist es ja sowieso schon seit dem Vorjahr.

Ein Budget bringt uns manchmal Erfreuliches, aber auch, wenn man sich diverse Zahlen ansieht, mitunter Unerfreuliches. So steigt die Pro-Kopf-Verschuldung, und zwar, wie wir heute schon mehrfach hörten, auf 1.273 Euro. Die Neuverschuldung beläuft sich insgesamt auf 26 Millionen. Und wenn man bedenkt, dass der Schuldendienst um 168 Prozent steigt, so weiß man, wo wir sind. Für die Tilgung verwenden wir inzwischen 1 Mio. Euro. Auch Herr Stadtrat Lehner bemerkte völlig richtig, dass uns diese Schuldentilgung von ca. 1 Mio. Euro sukzessive jene Gestaltungsspielräume nehmen wird, die wir bisher im Budget vielleicht noch hatten.

Der Grund für diese Situation ist bekannt, nämlich schon seit Jahren. Es geht um strukturelle Probleme, die die Stadt Wels hat. Und wenn da irgendwie schnell hingeworfen wird, dass die Höhe der Ertragsanteile nicht passt oder dass es die Transferzahlungen an die Träger öffentlichen Rechts sind, die uns immer mehr belasten, so ist dem nur bedingt zuzustimmen. Richtig ist zwar, dass im Jahr 2008 die Entwicklung der Bundesertragsanteile ganz anders prognostiziert wurde, nämlich wesentlich höher, weil wir uns damals in einer Phase der Hochkonjunktur befanden, aber andererseits ist auch richtig, dass man bereits 2009, spätestens im Frühjahr 2010 ganz genau wusste, was auf uns zukommen würde. Wir wussten, dass die Bundesertragsanteile in den Keller rasseln und nicht umsonst sind wir bei Erstellung des Budgets für 2010 noch davon ausgegangen, dass der Abgang wesentlich höher ausfallen würde, als sich das jetzt abzeichnet, nämlich bei 12 Mio. Euro. Dass das nicht so gekommen ist, dafür ist die Welser Wirtschaft verantwortlich, die Unternehmer und auch die fleißigen Mitarbeiter, die gute Arbeit leisteten, weshalb die Welser Wirtschaft konkurrenzfähig blieb und die Kommunalsteuereinnahmen steigen inzwischen wieder an.

Geblichen sind uns aber die strukturellen Probleme. Und da reicht es auch nicht aus, einen Lenkungsausschuss einzuberufen, so wie das im Sommer dieses Jahres passiert ist. Da setzten sich Beamte und Vertreter der politischen Parteien zusammen und bei der ersten Sitzung danach, die drei Monate später stattfand, diskutierte man darüber, welche Vorgehensweise man wählen sollte. Und drei Monate später diskutierte man wieder ein bisschen darüber, was weiter gemacht werden soll.

Eine Strukturreform bedeutet doch eine Aufgabenreform und eine Aufgabenreform ist nicht das, was Beamte zu erledigen haben, das heißt, diese haben eigentlich umzusetzen, was die Politik vorgibt. Die Aufgabenkritik und die Aufgabenreform liegt also in der politischen Verantwortlichkeit. Und hier bin ich der Meinung, dass der Finanzreferent keine Leadership bewiesen hat, als er diese Vorgangsweise mit dem Lenkungsausschuss wählte. Sich zu distanzieren und zu sagen, „wenn ich nicht mehr weiter weiß, dann gründ' ich einen Arbeitskreis“, und da binde ich alle ein, das ist eine Vorgangsweise, die wahrscheinlich deshalb gewählt wurde, weil man selbst nicht präsentieren wollte, was vielleicht bitter ist, nämlich Einsparungsmaßnahmen. Erst aufgrund der laufenden Entwicklung, die sich herausstellte, sah man, dass Einsparungen vielleicht doch nicht im ursprünglich geglaubten Ausmaß notwendig seien, weil eben die Einnahmen und damit die Budgetlage besser sind als vorausgesehen. Das ändert aber trotzdem nichts an den Strukturproblemen der Stadt Wels und wir müssen uns in diesem Zusammenhang überlegen, dass wir heute dort sind, wo wir im Jahr 2001

waren. Für jene, die noch nicht so lang im Gemeinderat sind, darf ich kurz eine Information darüber geben, was das Jahr 2001 bedeutete.

2001 war jenes Jahr, in dem die Schulden der Stadt Wels einen Höchststand erreichten und wir Teile des E-Werks bzw. Teile der Stromschiene verkaufen mussten. Damals sind 46 Mio. Euro in das Budget geflossen, nämlich zur Abdeckung von Schulden. Der Grund dafür, dass die Stadt Wels jahrelang schuldenfrei war, liegt ja nicht darin, dass wir so große Überschüsse erzielten, nein, wir haben Familiensilber verkauft und den Erlös dafür verwendet, Schulden zurückzuzahlen. Man muss aber doch sagen, dass wir uns über einen sehr langen Zeitraum – dafür muss man auch dem Vizebürgermeister Wimmer durchaus Dank zugestehen – schuldenfrei halten konnten. Diesen Weg haben wir jedoch seit zwei Jahren verlassen, und zwar ganz massiv. Und wenn ich mir ansehe, mit welchen Schulden wir jetzt konfrontiert sind – im Jahr 2013 werden es übrigens nach der Prognose rund 100 Mio. Euro sein – dann reicht unser zweiter Teil an der Strom GmbH gar nicht mehr aus, um diese Schulden abdecken zu können.

Deshalb muss ich einmal mehr sagen, dass die Politik gefordert ist, eine Strukturreform umzusetzen, nicht die Beamten, nicht der Lenkungsausschuss, vielmehr die Politik. Wir haben uns deshalb im Vorjahr als Freiheitliche Fraktion sehr intensiv bemüht, Einsparungsvorschläge auszuarbeiten und einzubringen. Wir haben sogar den Magnus Staehler zu uns nach Wels eingeladen, einen Bürgermeister, der seine Gemeinde Langenfeld sanierte und schuldenfrei machte, eine Gemeinde, die immerhin genauso groß wie Wels ist. Langenfeld hat ziemlich genau die gleiche Einwohnerzahl wie Wels und sie hatte ursprünglich die gleiche strukturelle Problematik.

Sieht man sich diese Strukturprobleme an – darauf möchte ich schon noch ein bisschen genauer eingehen – so muss man sich beispielsweise die Frage stellen, ob sich die Stadt einen Museumsbetrieb, so wie er jetzt abläuft, tatsächlich noch leisten kann oder will. Wenn es aus Eintrittskarten pro Jahr Einnahmen in Höhe von 30.000 Euro gibt, nämlich bei einem durchschnittlichen Eintrittspreis von 4,50 Euro – das ist der Eintrittspreis pro Erwachsenen – ergeben sich bei 300 Tagen pro Jahr, an denen das Museum in etwa offen hat, 20 Besucher am Tag. Wir haben hier einen Abgang von knapp 1 Mio. Euro und neun Beschäftigte. Ich muss mir die Frage stellen, ob ich für durchschnittlich 20 Besucher am Tag wirklich neun Beschäftigte im Museum brauche. Gibt es nicht alternative Möglichkeiten, ein Museum anders zu führen, wenn ich schon weiß, dass sich die Welser Museen nicht unbedingt einer maximalen Beliebtheit erfreuen? Natürlich gibt es hier Alternativen. Entweder ich attraktiviere etwas, ich bewerbe es besser und versuche damit, mehr Besucher ins Museum zu locken oder ich muss mir andere, alternative Öffnungszeiten überlegen, andere Betriebsmodelle. Aber, es einfach so zu belassen wie es ist, das wird sich die Stadt Wels über kurz oder lang nicht mehr leisten können.

Ein zweites Beispiel. Wir haben ein Programmkinos, das mir in gewisser Weise nach wie vor am Herzen liegt. Ich habe versucht, die Entscheidung über die Planung irgendwie aufzuhalten, was jedoch leider nicht gelungen ist. Aber diese Entscheidung ist für mich weiterhin nicht nachvollziehbar. Wir haben derzeit ein Programmkinos. Das im Greif situiert ist, und zwar mit einer relativ mäßigen Besucherfrequenz. Und von Seite dieses Programmkinos wird gesagt, dass man neue Kinosäle braucht, also nicht nur einen, sondern gleich zwei und diese Kinosäle sollen im Medien Kultur Haus angesiedelt werden. Die Kosten dafür werden sich wahrscheinlich auf 1,5 Mio. Euro stellen. Wir sparen sonst an allen Ecken und Enden, haben jedoch für einen Verein, der ohnehin

nicht sehr viele Welsler abdeckt, 1,5 Mio. Euro. Wir sparen andererseits bei den Werknutzungsentgelten, das heißt, wenn in den Schulen Werken stattfindet, erspart sich die Stadt gewisse Beiträge. Wir sparen bei den Instandhaltungskosten von Schulen. Ursprünglich waren das 60.000 und jetzt sind es 30.000 Euro. Die Gebäude werden also nur mehr mangelhaft instandgehalten. Wir sparen beim Schulsanierungskonzept. Wenn es mit der Umsetzung dieses Konzeptes so weitergeht und wir jedes Jahr nur 600.000 Euro für diverse Maßnahmen kriegen, dann sind wir statt im Jahr 2010, wie es angebracht wäre, erst im Jahr 2020 fertig. Das ist anscheinend alles kein Problem, aber für das Programm kino bzw. eine kleine Minderheit haben wir 1,5 Mio. Euro.

Ich glaube, diese Entscheidung bezüglich Planungsauftrag für das Programm kino war eine politisch absolute Fehlentscheidung, die ich sehr bedaure. Ich kann das in der Öffentlichkeit nicht genug betonen. Und ich meine, dass man sich jetzt noch überlegen könnte, bevor es richtig losgeht, diese Entscheidung zu revidieren. Wahrscheinlich wird es aber nicht mehr rechtzeitig sein.

Es gibt noch andere Bereiche, beispielsweise die VHS. Die Volkshochschule der Stadt Wels wurde kürzlich wieder von jener der Arbeiterkammer getrennt. Sie ist ein Minusbringer der Extraklasse, ein Defiziterzeuger, wie man sich das kaum vorstellen kann. Das hat sich noch um 20 Prozent verschlimmert. Die Beiträge sind zurückgegangen.

Genauso muss ich mir beim Stadttheater Greif die Frage stellen, ob das die Konzepte sind, die ich haben will. Will ich diese Defizitbringer so belassen wie sie sind? Ich weiß doch, dass sie Millionendefizite bringen und muss mir angesichts dessen als Stadt etwas überlegen. Ich muss mich fragen, was es an neuen Möglichkeiten gibt und wie ich etwas attraktiver gestalten kann.

Dass es auch attraktiver geht, das sieht man am Beispiel der Stadtbücherei. Diese hat die Entlehngebühren verdoppelt und man muss sich vorstellen, was eine Verdopplung normalerweise bedeutet. Offensichtlich wird es aber von der Bevölkerung schon angenommen, wenn ich einen Bereich habe, der attraktiv ist, wenn ich einen Lesebereich habe, der viel bietet. Da kann ich auch etwas bewegen. Und es stellt das für mich ein Vorbild dafür dar, wie es auch anders gehen kann.

Ich würde mir von der zuständigen Referentin schon erwarten, dass sie in diesen Bereichen, wo es Defizite gibt, sehr rasch Lösungen dahingehend vorschlägt, wie man sparen kann und dass sie sehr rasch auch strukturelle Lösungen vorschlägt, denn wir können es uns einfach nicht leisten, diese Bereiche einfach unbeachtet liegen zu lassen und nichts zu tun.

Es gibt aber auch noch zahlreiche andere Bereiche, wo Strukturreformen notwendig sein könnten. Ich spreche die Jugendzentren an. Ich war dankenswerterweise mit Silvia Huber bei einem Jugendzentrum und wir haben uns natürlich darüber unterhalten, ob es nicht angesichts der jetzigen Aufspaltung Alternativen geben könnte, also ob es nicht sinnvoller wäre, diese sozusagen auf zwei größere Jugendzentren zusammenzulegen. Das muss man sich somit ebenfalls anschauen, aber das ist bestimmt nicht das Einzige, worüber man sich Gedanken machen könnte.

Somit ist anzunehmen, dass es viele Bereiche in der Stadt Wels gibt, wo man zwar möglicherweise nur wenig Geld sparen kann, aber doch mit etlichen kleinen Schritten einen gewissen Einsparungserfolg erzielt. In Summe könnte das doch eine größere

Geldsumme sein, die uns weiterbringt. Wir müssen etwas weiterbringen, weil sonst haben wir das Problem, dass wir für verschiedene Maßnahmen definitiv kein Geld haben.

Der Kollege Reindl-Schwaighofer hat es zuerst angesprochen und ich finde, dass 100.000 Euro für Integrationsmaßnahmen einfach zu wenig sind. Es ist dies das Hauptproblem der Stadt Wels und wir wissen, dass 80 % der Bevölkerung der Ansicht sind, dass die Integration in Wels ein Problem darstellt. Somit weiß praktisch jeder, dass das ein Problem ist und wenn wir dafür 100.000 Euro das ganze Jahr über zur Verfügung haben, dann ist das praktisch nichts. Bedenken wir, dass wir solch einen Betrag an einem Tag für die Veranstaltung zum Energy Globe Award ausgeben.

Wenn ich solch ein Problem kenne – das zieht sich jetzt schon über Jahrzehnte hinweg – muss ich mir doch einmal überlegen, ob es nicht sinnvoll wäre, dieses aktiver anzugehen, als ich das bisher getan habe. Da bringt es mir auch nichts, wenn ich vielleicht schon das 4. Integrationskonzept beschließe, denn falls ich solch ein Konzept finanziell nicht entsprechend unterstützen kann, wird es mir nichts bringen, da es mangels Geld einfach in der Schublade liegen bleibt. Das sagt doch irgendwo der Hausverstand.

Allein die Sprachkurse in den Volksschulen – eine sinnvolle Maßnahme, um sie vielleicht vom Image zu befreien, dass in die Volksschulen sowieso nur lauter Ausländerkinder gehen, die nicht Deutsch können – kosteten schon 90.000 Euro, würde man das Konzept, das in Linz vollzogen wird, auf Wels umlegen.

Was ist denn die Folge der ganzen Misere, die wir in Wels haben? Wir haben eine Abwanderung von Wels, die bedauerlich ist. Die Jungfamilien siedeln von Wels ab, weil in den Umlandgemeinden der Baugrund billiger als in Wels ist und zum Zweiten haben dort die Kindergärten und Schulen eine vermeintlich bessere Qualität. Das kann aber doch bitte nicht die Lösung dafür sein, wie wir Stadt- und Bevölkerungspolitik betreiben sollten. Ziel muss es vielmehr sein, die Bevölkerung, auch den Mittelstand, in Wels zu halten. Deshalb unterbreiteten wir ja den Vorschlag, dass dort, wo die Errichtung eines Stadions geplant war, was wir Gott sei Dank verhindern konnten, Baugründe für Jungfamilien zur Verfügung gestellt werden sollten. Ich hoffe, lieber Peter Lehner, dass das Konzept, das du angekündigt hast, bald fertig wird, denn ich kenne schon viele Familien, die nur noch darauf warten, dass dort Baugründe zur Verfügung gestellt werden. Es wäre schön, falls wir das endlich umsetzen könnten. Das würde uns in Wels einen neuen Impuls in der Bevölkerungspolitik bringen.

Man muss sich aber auch noch etwas anderes überlegen. Man muss sich überlegen, welche Alternativen eigentlich dem Einsparungspotential aus einer Strukturreform gegenüberstehen. Das hat zuerst Peter Lehner richtig angesprochen und ich meine ebenfalls, dass dann Steuererhöhungen das Einzige sind, was uns übrig bleibt. Solche Erhöhungen können auf Bundes- und Landesebene erfolgen, natürlich auch auf Gemeindeebene. Wenn ich beispielsweise höre, dass Linz eine Steuer auf Bauvorhaben einheben will, dann ist das nichts anderes als eine Steuererhöhung für die Bevölkerung. Die Begründung für solch eine Steuer lautet dahingehend, dass die Infrastruktur eigentlich allen zur Verfügung gestellt wird, was schon irgendwo stimmt, aber andererseits ist das nichts anderes als eine Flucht aus der ganzen Schuldenproblematik. Da wird es dann auch nicht ausreichen, so wie Gemeinderat Reindl-Schwaighofer meint, dass für die Schulden eh die anderen da sind, das heißt, das Vermögen zu besteuern bzw. jene sind zur Verantwortung zu ziehen, welche die Krise verursacht haben. Ich

darf an dieser Stelle daran erinnern, dass die Schuldenmisere von den Staaten, den Ländern und Gemeinden verursacht wurde, denn diese haben viel zu groß gelebt bzw. viel zu sehr über ihre Verhältnisse. Somit ist es zu einer Kreditverteuerung für verschiedene Länder gekommen, weil es zuvor eine Ratingabsenkung gab. Es waren demnach nicht die Unternehmer, welche die Staaten in die Schuldenkrise führten und es waren nicht die Konsumenten, die einfach über ihre Verhältnisse lebten. Nein, nein, es waren die Staaten selbst, die über ihre Verhältnisse lebten. Und genau den gleichen Fehler machen wir auch, egal ob das auf Landes- oder Gemeindeebene geschieht. Also, die Gemeinden sind nicht umsonst in dieser Finanzsituation, an welcher nur zum Teil das Land oder der Bund schuld sind. Es geht schon auch darum, was ich als Gemeinde alles machen bzw. wie ich mich entwickeln will. Und insgesamt glaube ich somit, dass das, was wir da diskutieren, beispielsweise eine Vermögenssteuer, nicht dazu geeignet ist, die Probleme tatsächlich zu beheben; wir müssen vielmehr sparen.

Sieht man sich jetzt das Budget an – bei allem Wachrütteln, das jetzt stattfindet und bei allen Hinweisen auf die Sparproblematik, die von allen Fraktionen abgegeben werden – möchte ich doch auch die positiven Aspekte dieses Budgets hervorheben. Einer der für mich positivsten Aspekte dieses Budgets – es betrifft das gleichzeitig die größte Investition – stellt das Sportkonzept dar. Wir haben uns in dieser Frage als Freiheitliche Partei sehr gut durchgesetzt, weil einerseits das Stadion verhindert wurde, andererseits diverse Sportstätten saniert werden, was bei einem Stadionneubau sicher nicht möglich gewesen wäre. Diese Sportstättenanierung ist etwas, das allen Sportlern und der breiten Sport-Öffentlichkeit zugute kommt. Daher danke ich dem Vizebürgermeister Wimmer sehr herzlich, weil dieses Konzept durchaus zukunftssträftig ist, ein Konzept, das alle zufriedenstellt. Dafür sei dir, wie ich schon gesagt, sehr herzlich gedankt.

Man kann im Rahmen dieses Konzeptes – das möchte ich ebenfalls betonen – durchaus darüber nachdenken, wie es beispielsweise mit dem Fußballplatz des FC Wels weitergehen soll. Das sagte ich schon und ich habe das auch medial kommuniziert. Natürlich wird man sich überlegen müssen, ob es nicht sinnvoll und zielführend wäre, diesen vom Wohngebiet eingeschlossenen Fußballplatz woanders hinzuverlegen. Das bedeutet aber nicht gleich, dass ich ein neues Stadion errichten will. Ganz im Gegenteil bedeutet dies, dass ich einen Fußballplatz vom Standort A zum Standort B hinverlege. Was erspart sich die Stadt dadurch? Erstens kann ich die Parkplatzsituation verbessern und zweitens kann ich den vorhandenen Grund verkaufen, um dann mit dem Erlös das neue Stadion zu finanzieren, wenn ich entsprechende Förderungen vom Land bekomme. Wir reden hier nicht über ein 30-Millionen-Euro-Projekt, sondern über eines, das vielleicht 4 bis 6 Millionen Euro kostet, noch gar nicht berücksichtigt die Zuschüsse, die vom Land erteilt werden. Ich glaube also, dass es sinnvoll ist, auch über solche Standortfragen nachzudenken, denn nur deswegen etwas an einem bestimmten Platz zu machen, weil etwas schon immer dort situiert war, das ist nicht unbedingt angesagt bzw. muss man sich die Sinnhaftigkeit einer bestimmten Situierung sehr wohl überlegen.

Es gibt noch ein paar weitere Punkte, die mir auch als Referent am Herzen liegen. So glaube ich, dass der Tierpark mit diesem Budget einen revolutionären Schritt macht. Wir bekommen endlich ein Affenhaus und es werden davon auch die Bartaffen profitieren. (Gelächter!)

Ich bin davon überzeugt – ich danke sehr, Herr Finanzdirektor – dass dort in Zukunft alles ordnungsgemäß untergebracht werden kann. Dieses Affenhaus bietet uns daher ausgezeichnete Möglichkeiten, einen Schritt vorwärts zu tun.

Das betrifft im Übrigen auch das Tierheim. Diesbezüglich gibt es ebenfalls einen Masterplan, der entsprechende Neuerungen zum Wohle der Tiere umsetzen will. Das ist ebenso ein Schritt in die richtige Richtung.

Mein Ressort betrifft auch die Umstellung auf LED-Beleuchtung. Damit haben wir ein Investitionsvolumen, wie es das im Bereich der Beleuchtungsmaßnahmen noch nie gegeben hat. Wir setzen hier 1 Mio. Euro ein und es bringt diese Maßnahme den erheblichen Vorteil der massiven Stromeinsparung und andererseits im Bereich der Verlängerung der Wartungsintervalle. Summa summarum ist das eine Investition, die sich für die Stadt sehr schnell rechnet, nämlich über einen Zeitraum zwischen fünf und sieben Jahren.

Etwas, das mich besonders freute – man sieht daran, dass die Zusammenarbeit zumindest in Teilbereichen sehr gut funktioniert – das betrifft das Gebäude Knorrstraße 24. Das ist ein Projekt, das mir genauso wie Silvia Huber schon seit längerem am Herzen liegt. Wir haben ganz klar gesehen, dass es bei diesem Gebäude einen Sanierungsbedarf gibt und wir haben gemeinsam mit dem Bürgermeister versucht, eine Lösung zu finden, ebenso mit Manfred Hochhauser als neuem Vorstandsdirektor der Welser Heimstätte. Jedenfalls haben wir zu einer Lösung gefunden, was mich persönlich sehr freut und es wird diese auch die Bewohner des Hauses Knorrstraße 24 sehr freuen, denn ohne unsere Unterstützung hätte es nie die Möglichkeit gegeben, dieses Haus zu sanieren, weil die ursprüngliche Schuldentilgung noch nicht entsprechend vorangeschritten war und man mit den jetzigen Mieteinnahmen nur knapp in der Lage war, die Zinsen zu bedienen. Es wurde also jetzt ein durchaus guter Schritt in die richtige Richtung gesetzt.

Wenn wir jetzt auch noch etwas weiter denken und einen Ausblick tun – das muss ebenfalls gestattet sein – dann ist eines für mich völlig klar. Wir brauchen uns nicht darauf zu verlassen, dass uns das Land oder der Bund hilft, denn die beiden sind selbst pleite. Wer selbst pleite ist, kann einem anderen kein Geld zur Verfügung stellen; das halte ich für völlig ausgeschlossen. Der Verkauf von Familiensilber stellt nur eine bedingte Alternative dar, denn man muss bedenken, dass uns dieses Familiensilber pro Jahr eine Dividende von 1,8 Mio. Euro liefert. Das sind also Dividendenzahlungen, die das E-Werk und sonstige Gesellschaften jährlich an die Stadt Wels leisten. Wenn wir also etwas verkaufen, muss uns bewusst sein, dass uns diese Ausschüttungen bei zukünftigen Investitionen fehlen.

Somit sind wir wieder bei der einzigen Alternative angelangt, die es dazu gibt. Sie besteht in einer Aufgabenkritik, einer Streichung mancher Aufgaben, durchaus verbunden mit einer Konsolidierung des Personals in diesen Bereichen. Damit soll die Stadt Wels in eine Zukunft mit einem ausgeglichenen Budget geführt werden. Andererseits, wenn wir so weitermachen, wird es über kurz oder lang nicht mehr möglich sein, entsprechend zu budgetieren. Wir brauchen also dieses ausgeglichene Budget, wir brauchen sogar Budgetüberschüsse, um möglichst rasch eine Tilgung der Schulden herbeizuführen.

GR. Bauer: Es ist natürlich sehr erfreulich, dass bereits früher als prognostiziert sowohl die Bundesertragsanteile als auch die Einnahmen aus der Kommunalsteuer wieder im Steigen begriffen sind.

Auch der angestrebte Sparkurs ist wichtig, jedoch leider noch viel zu wenig spürbar. Wir meinen ebenfalls, dass es einer Verwaltungsreform bedürfte, die diesen Namen wirklich verdiente. Vor allem bräuchte es bei dieser Reformarbeit mehr Tempo bzw. eine schnellere Umsetzung von Maßnahmen.

Die bereits mehrmals angesprochenen Indexanpassungen sind zwar richtig, jedoch stellt sich die Frage – hier schließe ich mich dem Kollegen Wiesinger an – warum diese Anpassungen nicht jährlich durchgeführt wurden, denn so stellen sie eine erhebliche Mehrbelastung für die Welserinnen und Welser dar.

Was die Investitionen betrifft, findet sich sowohl im Voranschlag als auch in der „Mittelfristigen Finanzplanung“ nach wie vor die Autobahnabfahrt Wimpassing mit insgesamt fast 7 Mio. Euro. Ursprünglich war in diesem Bereich ein Sportzentrum und ein Betriebsbaugelände in Planung. Obwohl beides offensichtlich doch nicht Realität wird, sondern in diesem Bereich vor allem der Wohnbau gefördert werden soll, frage ich mich, wozu es eine Autobahnabfahrt braucht, und zwar neben einem Wohngebiet, wo doch eine derartige Abfahrt mit einem entsprechenden Verkehrsaufkommen und mit Lärm verbunden ist, womit wiederum das neue Wohngebiet unattraktiv wird. Mehr Straßen verursachen mehr Verkehr, was mittlerweile allseits bekannt sein dürfte. Und so wird diese Mehrbelastung in Wimpassing vor allem die Römerstraße mit der angrenzenden Freizeitanlage treffen.

Wir brauchen endlich eine verkehrspolitische Wende hin zum öffentlichen Verkehr. Dass die Stadt eine riesige Summe für einen neuen Autobahnanschluss ausgeben will, ist ein Fehler. Es wäre viel besser, das Geld in einen neuen Bahnanschluss zu investieren. Eine neue Bahnstation im dichtbesiedelten Gebiet westlich der Wimpassinger Straße wäre für fast 10.000 Welserinnen und Welser in wenigen Minuten zu Fuß erreichbar. Laut Verkehrsplanung des Landes Oberösterreich wäre so eine Station nicht nur von Regionalzügen, sondern auch von Regionalexpresszügen zu bedienen. Mehr Geld also für den Ausbau und für die Attraktivierung des öffentlichen Verkehrs statt für neue Straßenbauprojekte wäre angebracht.

Mit dem Projekt „Energiehauptstadt Wels“ wurden im Übrigen auch Maßnahmen in Punkto umweltfreundlicher Verkehr beschlossen. Doch davon ist nur wenig spürbar und es macht offensichtlich, dass das Thema Energiehauptstadt sich für viele auf die Energiesparmesse, das Science-Center bzw. das Welios und die thermische Sanierung reduziert. Doch so lange wir nicht auch den Verkehrsbereich mit einbinden, also eine tatsächliche Wende erreichen, und zwar hin zu einem erhöhten Fahrrad- und Öfferverkehranteil, solange wir nicht ökologische Verkehrstechnologien in allen Bereichen fördern, anstatt Politik nur für Autofahrerinnen und Autofahrer zu machen und solange wir nicht davon abgehen, nur punktuelle Maßnahmen zu setzen, so lange wird auch das Thema Energiestadt nur ein punktuell spürbares sein. Und solange es im Stadtsenat bei einer Diskussion um beheizte Gastgärten von keinem einzigen Stadtsenatsmitglied einen Aufschrei gibt, und zwar dahingehend, dass so etwas völlig dem Energiesparkonzept der Stadt Wels widerspricht, so lange wird weiterhin Bewusstseinsarbeit nötig sein, so lange wird unsererseits das Pochen auf Umsetzung vieler Maßnahmen

nötig sein, weil wir bis dahin unser Ziel, eine Energiehauptstadt zu sein, nicht erreicht haben werden.

Das Thema Integration wurde bereits angesprochen. Im Zuge der Integrationsdebatte haben wir zahlreiche Maßnahmen beschlossen, leider finden sich aber bei den Investitionen der nächsten Jahre nur wenig Ansätze, beispielsweise was die Reaktivierung der Freizeitanlage Wimpassing und den Ausbau des dortigen Freizeitangebotes betrifft. Mit den veranschlagten Mitteln ist allenfalls die notwendigste Instandhaltung machbar. Ich frage mich, warum der Umweltreferent nicht vermehrt Mittel eingefordert hat, ist das doch einer der wenigen Punkte im Integrations-Maßnahmenkatalog, mit denen sich auch die Freiheitlichen anfreunden konnten.

Das Umweltbudget an sich ist viel zu gering. Von Seite des Umweltreferenten gibt es kaum Ambitionen, beispielsweise was den Bereich der erneuerbaren Energie betrifft. Hier ist etwa für die Bewusstseinsbildung nur ein minimaler Betrag veranschlagt. Auch in Punkto Freiflächen gibt es von ihm, wie schon erwähnt, lediglich Lippenbekenntnisse.

Ich nenne jetzt ein konkretes Beispiel aus dem Umweltbereich. Bereits 2009 hätte ein Bodenlehrpfad entlang der Traun umgesetzt werden sollen. Von Seite der Stadt gibt es allerdings bis heute kein Ansuchen auf Landesförderung und auch sonst keinen Ansatz im Budget. Die Landesförderungsmittel werden wohl schon bald von den anderen Gemeinden ausgeschöpft worden sein. Diese Vorgangsweise ist absolut nicht nachvollziehbar.

Ganz anders als im Umweltressort verhält es sich beim Sport. Für Investitionen im Sportbereich ist immer ausreichend Geld vorhanden. So krallt sich der Sportreferent Million um Million für prestigeträchtige Projekte, ohne bisher tatsächlich ein Konzept vorgelegt zu haben. Die Wunschliste der Vereine, die im Juli dem Gemeinderat vorgelegt wurde, kann wohl kaum als solches bezeichnet werden. So sollen in den nächsten Jahren mehr als 10 Millionen in die Sportstättenanierung und vor allem in diverse Hallen investiert werden. Dabei sind diverse Kosten wie jene für die Basketballhalle gar nicht mit eingerechnet, weil sie in eine Gesellschaft ausgelagert sind, aber dennoch von der Stadt finanziert werden.

An dieser Stelle möchte ich daran erinnern, dass unser Initiativantrag auf Projektprüfung für die Errichtung einer zweiten Freizeitanlage, ebenfalls am 1. Juli im Gemeinderat behandelt, unter anderem aus budgetären Gründen abgelehnt wurde. Vor einem halben Jahr gab es somit keinerlei Bereitschaft der anderen Parteien, Standorte, technische Varianten und Kosten vorerst auch nur prüfen zu lassen, aber jetzt sind die berühmten Millionen sehr wohl vorhanden, um den Vereinen unter die Arme zu greifen.

Ein weiterer wichtiger Punkt für uns ist weiterhin die Ordnungswache. Dafür gibt es nach wie vor keine der versprochenen Kostenbeteiligungen von Bund, Land und Wohnungsgenossenschaften bzw. Wohnungsgesellschaften.

Sehr positiv wird von uns allerdings der Umbau des Medien Kultur Hauses mit Einbau des Programmkinos gesehen. Endlich wird ein täglich bespieltes Kino in der Innenstadt, wie wir das seit langem fordern, Realität.

Natürlich stehen die GRÜNEN auch voll und ganz hinter dem Science-Center Welios, das bereits im April eröffnet werden soll und das im Jahr 2011 ebenfalls einen großen



Investitionsbrocken ausmachen wird. In diesem Zusammenhang ist weiterhin aufrecht unsere Forderung nach einer umweltfreundlichen Erreichbarkeit und nach Schaffung von zusätzlichen Busverbindungen in Wels. Auch dazu wird es finanzielle Mittel brauchen, um beispielsweise eine Bus-Rundlinie vom Bahnhof über die Ringstraße zum Science-Center schaffen zu können.

Ein letzter Punkt betrifft die längst überfälligen Schulsanierungen, die ebenfalls im Voranschlag ausgewiesen sind. Sehr erfreulich ist, dass damit nun endlich begonnen werden kann, was aber auch für alle anderen Sanierungsprojekte gilt.

In Summe gesehen fehlen uns GRÜNEN mutige Ansätze bezüglich Energiezukunft, öffentlicher Verkehr, Integration und Grünräume in diesem Voranschlag. Wir werden daher diesem Voranschlag nicht zustimmen.

StR. Kroiß: Der Bereich Verkehr mit all seinen Facetten – Straßenneubau, Straßensanierung, Verkehrssicherheit, Winterdienst – hat in der Bevölkerung einen sehr hohen Stellenwert. Er sollte auch in der Politik eine sehr hohe Priorität haben. Die Bürger von Wels, die Bewohner von Wels fordern mit Recht einen hochwertigen Straßenneubau, eine hochwertige Straßensanierung, eine perfekte Verkehrs- und Straßenplanung und einen perfekten Winterdienst. Sie fordern aber auch eine hochmoderne bzw. top ausgestattete Feuerwehr, die jederzeit in der Lage ist, jedem zu helfen.

Meine Grundsätze bei der Budgeterstellung waren Folgende. Erstens stellte ich die Frage, welche gesetzlichen Verpflichtungen die Stadt Wels hat, zweitens welche moralische und politische Verpflichtung hat die Stadt Wels gegenüber ihren Bürgern. Zum zweiten Punkt meine ich beispielsweise, dass wir dann, wenn wir nächstes Jahr das Welios eröffnen, die Pflicht haben, den öffentlichen Verkehr so nah wie möglich an das Welios heranzubringen. Dazu sind wir der Meinung, dass die Bahnhaltestelle im Messengelände, die derzeit eine Bedarfshaltestelle ist, als permanente Haltestelle eingerichtet werden sollte, weil das ganz einfach in Verbindung mit den Zuggästen die ideale Sache wäre.

Dann habe ich zum Dritten überlegt, welche Projekte im Jahr 2011 dringend sind und welche können wir noch verschieben. Und viertens ging es natürlich darum, welche finanziellen Möglichkeiten überhaupt die Stadt Wels zur Verfügung hat, um all diese Projekte finanzieren zu können.

Bevor ich jetzt auf verschiedene Punkte etwas konkreter eingehe, gilt mein Dank dem Herrn Finanzdirektor sowie seinen Mitarbeitern; weiters geht der Dank an den Herrn Baudirektor Dipl.-Ing. Pany, an Herrn Dr. Kröpl, Herrn Dr. Spitzer und an die Dienststellenleiter, die mich wieder mit den notwendigen Zahlen, Daten und Fakten unterstützten. Voriges Mal ging mein Dank auch an den Herrn Finanzreferenten Wimmer, nachdem ich damals noch etwas blauäugig und der Meinung war, dass dann, wenn das Budget schwarz auf weiß niedergeschrieben ist, diese Dinge nicht mehr so leicht geändert werden können. Nun, es werden sich aber noch alle gut daran erinnern können, dass kaum nach Beschlussfassung des Budgets schwupps eine Haushaltssperre da war und wir mussten mit den Planungen von vorne beginnen. Ich bin somit diesmal etwas zurückhaltender und sage: Ja, ich habe den Herrn Finanzreferenten davon überzeugt, dass Investitionen in den Verkehrsbereich sehr wichtig und notwendig sind, weil wir die Standortattraktivität der Stadt Wels sowohl für die Bewohner als auch für die Besucher und die Unternehmen aufrecht erhalten und sogar steigern müssen. Dazu

gehören nun einmal entsprechende Straßen. Was nützen denn die schönsten Betriebe, wenn keine Straßen hinführen? Und die Straße ist sozusagen der erste und vielleicht auch letzte Eindruck von einer Stadt, sozusagen die mobile Visitenkarte der Stadt.

Und wenn wir heute dieses Budget beschließen, können wir sehr viele Investitionen durchführen. Eine dieser Investitionen hat die Kollegin Bauer schon angesprochen, nämlich die Autobahnabfahrt Wimpassing. Wir haben dafür 250.000 Euro budgetiert und es ist dieser Betrag auch bedeckt. Wir stehen für diese Abfahrt Wimpassing und ich finde, diesbezüglich ist die Meinung der GRÜNEN etwas zwiespältig. Sie sagen einerseits, dass der Verkehr in diesem Bereich immer mehr wird – die Römerstraße wird immer mehr belastet – auf der anderen Seite wollen sie keine Abfahrt Wimpassing, obwohl wir genau dieses Wohngebiet damit entlasten könnten. Wenn also einerseits ein Betriebsbaugelände, andererseits ein Wohnbaugelände hinkommt, dann ist es möglich, mit dieser Abfahrt eine Entlastung herbeizuführen.

Bevor wir allerdings diese Abfahrt bauen, müssen wir schon wissen, was im Bereich Wimpassing überhaupt bebauungsmäßig geschehen wird. Diese Entscheidung hinsichtlich der Widmung sollte möglichst rasch fallen, denn es liegt ja eine große Zahl an Grundstücken brach, obwohl damit ein großer Wert verbunden ist. Wir sollten uns somit entscheiden, ob wir dort vielleicht nur ein Betriebsbaugelände widmen oder – das ist eine langjährige Forderung von uns Freiheitlichen – ob wir dort die Flächen als Baugrund für Jungfamilien widmen, damit, wie schon gesagt wurde, die Jungfamilien möglichst nicht mehr in die Umlandgemeinden abwandern. Das hat nicht nur mit gewissen Integrationsfragen zu tun, sondern speziell damit, dass in den Umlandgemeinden die Grundpreise doch noch um einiges billiger wie in Wels sind.

Dann haben wir 50.000 Euro als Planungskosten für ein Parkhaus in der Neustadt vorgesehen. Leider ist das Parkhaus im Norden des Bahnhofs schon als unendliche Geschichte einzustufen. Es gab schon sehr viele Verhandlungen mit den ÖBB, aber wir kamen noch immer nicht zu einem Abschluss, weil die ÖBB mit ihren Planungen noch nicht so weit sind, und das betrifft jetzt speziell den vierspurigen Ausbau der Westbahn. Dieser ist eng mit dem Parkhaus verknüpft oder umgekehrt. Wir bleiben aber drauf, denn dieses Parkhaus ist nicht nur für die Pendler sehr wichtig, sondern auch für die Bewohner der Neustadt. Hier gibt es immer wieder berechtigte Beschwerden, weil nämlich die Pendler aus Mangel an Parkplätzen beim Bahnhof in die umliegenden Gebiete ausweichen.

Weiters haben wir – das müsste den GRÜNEN besonders gut gefallen – 50.000 Euro für die neue Radgarage vorgesehen, welche dort hinkommen soll, wo früher das Gasthaus Kaiserkrone situiert war. Wir können damit eine unendliche Geschichte erledigen; diesbezüglich erhielten wir nun auch eine Förderzusage vom Land Oberösterreich. Wir können jetzt endlich eine adäquate Radgarage errichten.

Wir investieren 110.000 Euro in die Asphaltierung am Kaiser-Josef-Platz, was für die Innenstadtgestaltung sehr wichtig ist. Der Lückenschluss am KJ wird auch für die Fachdienststellen eine sehr große Herausforderung. Einerseits soll der Busverkehr möglichst nicht beeinträchtigt werden, andererseits erscheint es aber doch angebracht, eine Tempobremse einzubauen, damit die gefahrenen Geschwindigkeiten niedrig gehalten werden können.

Es gibt noch sehr viele größere und kleinere Projekte, die im Budget namentlich oder projektbezogen angeführt sind, aber viele laufen auch unter den Titeln „Straßenneubauten“ und „Verkehrssicherheitstechnik“.

Das Geld in den Bereichen Verkehr, Straßenneubau, Verkehrstechnik, kann eigentlich nie zu viel sein und es ist dort gut angelegt. Wenn uns 2011 eine Haushaltssperre wie im letzten Jahr erspart bleibt, können wir einiges mit den vorhandenen Mitteln umsetzen. Ich muss sagen – natürlich bekenne ich mich ebenfalls zur Rücksichtnahme auf die finanzielle Lage und zum Schuldenabbau – dass ich im Großen und Ganzen damit zufrieden bin und wir werden natürlich diesem Budget zustimmen.

StR. Huber: Als Sozialreferentin muss ich selbstverständlich zu diesem für mich bzw. für den Sozialbereich hervorragend gelungenen Budget etwas sagen.

Die Ausgangslage für diese Budgeterstellung war eine schwierige und ich werde jetzt sicher nicht detailliert darauf eingehen, wie das schon getan wurde, aber wenn man bedenkt, dass der Krankenanstaltenbeitrag neuerlich um 7,9 % steigt, und zwar von 13,69 Mio. Euro auf 14,8 Mio. Euro, dann ist doch festzuhalten, dass dieser Krankenanstaltenbeitrag einen ordentlichen Brocken darstellt.

Dennoch ist es insgesamt gelungen, ein Budget zu erstellen, das einerseits Einsparungen mit sich bringt, andererseits sehr wohl wichtige Impulse setzt. Gerade Sozialtransfers und öffentliche Investitionen haben die höchsten Konjunkturreffekte. Das heißt also, dass wir mit richtigen Maßnahmen zur richtigen Zeit die Wirtschaft ankurbeln, wobei ich aber jetzt nicht mehr konkret auf die Zahlen eingehe, denn diese hörten wir bereits.

Als Sozialreferentin darf ich mich beim Finanzreferenten bedanken, dass er wieder eine Absicherung des Sozialbereiches schaffte. Das geschah nicht wie beim Land Oberösterreich, wo praktisch in letzter Minute dem Sozialbudget noch Mittel zur Verfügung gestellt werden mussten, damit fertige Einrichtungen in Betrieb gehen können. Dabei geht es auch um die WG für beeinträchtigte Menschen in unserem Alten- und Pflegeheim in der Vogelweide.

Für ein neues Alten- und Pflegeheim am Standort Magazinstraße – das betrifft den Bau 1967 – sind in den nächsten drei Jahren die notwendigen Mittel vorgesehen und darüber freue ich mich. Damit schaffen wir die Rahmenbedingungen, die notwendig sind, denn im alten Haus wird aufgrund der hohen Pflegestufen der Bewohner die Betreuung immer mühsamer. Außerdem soll im neuen Haus eine moderne Pflegeservice-stelle eingerichtet werden, wo Welserinnen und Welser ihre Informationen rund um dieses Thema vorfinden.

Mit einer Beteiligung seitens der Stadt im Betrag von 1,2 Mio. Euro in den nächsten zwei Jahren – der Kollege Rabl hat es schon erwähnt – setzen wir bei der Sanierung des Seniorenwohnhauses in der Knorrstraße ein wichtiges und richtiges Zeichen. Im jetzigen Zustand ist dieses Haus schlichtweg kein Renomee für die Stadt.

Nun komme ich kurz zur Suchtprävention. Wir haben uns vor zwei Jahren für diesen Schwerpunkt entschlossen. Wir bekennen uns dazu und haben wieder knapp 100.000 Euro dafür vorgesehen. So werden wir auch im nächsten Jahr viele Multiplikatoren-schulungen vornehmen, an Schulen präsent sein und einen Präventionspreis vergeben.

Natürlich liegt unser Hauptaugenmerk auf der Prävention, wir müssen uns aber auch um die drogenabhängigen Menschen kümmern. Hier muss ich leider wieder eine Sparmaßnahme des Landes Oberösterreich erwähnen, die mich richtig traurig macht. Es ist so, dass Drogenpatienten künftig ihre Therapien nur mehr im Bundesland Oberösterreich durchführen dürfen. Und hier gibt es nur eine Einrichtung, nämlich den Erlenhof in Prambachkirchen. Was bedeutet das? Das bedeutet ewig lange Wartezeiten. Hier fordere ich sie um Unterstützung beim Land Oberösterreich auf, damit diese Maßnahme zurückgenommen wird.

Wenn wir schon beim Land sind, muss ich auch auf das Thema Gratiskindergarten zu sprechen kommen. Was wurde da den Gemeinden nicht alles versprochen? Ich kann mich noch gut daran erinnern, dass es hieß, die Ausgaben der Gemeinden und Städte seien mit den jeweiligen Rechnungsabschlüssen für 2008 gedeckelt. Für die Stadt Wels hätte das Folgendes geheißen. Wir hatten damals einen Zuschussbedarf im Ausmaß von 3,9 Mio. Euro, jetzt beläuft er sich allerdings auf 4,7 Mio. Euro. Und die 100-prozentige Abgangsdeckung bei den privaten Kinderbetreuungseinrichtungen durch die Gemeinden hat auch für die Stadt Wels zu einer Erhöhung des Aufwandes geführt, nämlich von 1 Million auf 1,5 Mio. Euro. Das Land hat den Gratiskindergarten als Wahlzuckerl verkauft und zahlen können wieder einmal die Gemeinden. Offensichtlich hat man die Mehrbelastung völlig falsch eingeschätzt.

Die Nachfrage in Bezug auf Kindergarten- und Krabbelstubenplätze ist nach wie vor ungebrochen. Es freut mich, dass im Budget der Kindergarten Wels-Nord mit fünf Kindergarten- und zwei Krabbelstubengruppen vorgesehen ist, und zwar unter einem Aufwand von 2,7 Mio. Euro. Außerdem werden noch von privaten Trägern weitere Kindergärten und Krabbelstuben errichtet.

Im Bereich der Jugendwohlfahrt darf ich wie bei der letzten Budgetsitzung über drei neue Einrichtungen Bericht erstatten. Es sind das der Schulverbindungsdienst, das sozialpädagogische Tageswohnen und Scout. Für diese Projekte haben wir wieder rund 400.000 Euro vorgesehen und unsere ersten Erfahrungswerte zeigen, dass wir auf dem richtigen Weg sind.

Erstmals haben wir mit den präliminierten Ansätzen für die Heimunterbringung das Auslangen gefunden. Das ist angesichts der gesellschaftlichen Entwicklung eigentlich schon ein kleiner Erfolg. Und für das Jahr 2011 sind bezüglich Heimunterbringungen sogar um 4,81 % weniger Mittel vorgesehen, also rund 182.000 Euro. Somit gehen wir davon aus, dass wir die Kosten in diesem Bereich etwas senken können, wobei ich allerdings schon anmerken muss, dass hier die Budgetansätze nicht unbedingt kalkulierbar sind.

Wir werden in unserer Stadt weiterhin den sozialen Standard halten können, aber wir stehen vor großen Herausforderungen. Die bedarfsorientierte Mindestsicherung ist in Oberösterreich noch immer nicht umgesetzt. Das Thema der ständig steigenden Kosten für die Pflege ist auf Bundesebene leider wieder nicht gelöst. Die Städte und Gemeinden – wir haben es vom Finanzreferenten gehört – sind bald den Anforderungen nicht mehr gewachsen. Daher braucht es gerade bei der Pflege einer schnellen Lösung hinsichtlich der Finanzierungsfrage und auf Sicht einen aus der Vermögenssteuer gespeisten Pflegefonds. Hier gilt es also, gemeinsam vorzugehen und den Bund zu treiben.

Im Jugendbereich freue ich mich, dass ein langjähriger Wunsch der Jugend in unserer Stadt in Erfüllung gehen kann, nämlich die Bereitstellung einer Skaterhalle, wofür Mittel im Voranschlag enthalten sind. Wir haben eine Messehalle im Auge, die dafür sehr gut geeignet erscheint. 115.000 Euro sind für entsprechende Maßnahmen vorgesehen. Im Zuge eines Jugendbeteiligungsprozesses soll diese Halle gestaltet werden.

Auch im Frauenbereich sind entsprechende Mittel vorgesehen, damit wir dieses Referat mit neuem Leben bzw. mit neuen Aktivitäten erfüllen können.

Da das Sozialbudget rund ein Drittel der Ausgaben umfasst bzw. belaufen sich in diesem Ressort ohne Personalaufwand die Ausgaben auf 44 Mio. Euro, könnte ich meinen heutigen Bericht endlos fortsetzen. Jedenfalls möchte ich aber hervorheben, welchen Stellenwert bei uns der Sozialbereich einnimmt.

Es ist insgesamt gelungen, ein ausgeglichenes Budget zu erstellen, aber ich muss ehrlich sagen, dass uns dieser Umstand nicht davon entlastet, die Finanzsituation der Stadt sehr genau im Auge zu behalten. Im Gegensatz zum Kollegen Rabl halte ich den Lenkungsausschuss für ganz, ganz wichtig, auch in dieser Konstellation. Ich finde es richtig, dass jetzt einmal die Beamten die Dinge aufbereiten und anschließend die Politik entscheidet bzw. zu Lösungen findet. Würde beispielsweise im Lenkungsausschuss so gearbeitet, wie jetzt hier im Gemeinderat diskutiert wird, dann käme es immer nur dazu, dass im Referat des anderen gespart würde. Dir, lieber Andreas, muss ich ganz einfach sagen: Du sparst beim Museum oder bei der VHS, wobei ich zur VHS anmerken möchte, dass es schon eine hervorragende Kooperation mit der Arbeiterkammer gab, ÖVP und FPÖ haben diese allerdings leider abgedreht. Du willst also woanders sparen, freust dich aber gleichzeitig über dein Affenhaus. Und dazu denke ich mir, dass wir auf solch einer Ebene nicht diskutieren können. Darum ist es gut, wenn die Beamten verschiedene Dinge vorbereiten und wir diese dann im Lenkungsausschuss abarbeiten können.

Über das Sportzentrum – es ist fälschlicherweise immer von einem Stadion die Rede – kann ich ja fast nicht mehr diskutieren. Trotzdem muss ich noch einmal betonen, dass beim Sportzentrum ein kleines, ein Ministadion für den FC Wels vorgesehen war, ebenso eine Basketballhalle, ein Rundkurs für Radfahrer und noch etwas, nämlich ein Parkplatzangebot für die Messe. Jetzt bauen wir woanders eine Basketballhalle und wir überlegen, ob wir nicht den Platz für den FC Wels doch woanders hingeben könnten, obwohl wir ja auch schon früher wussten, dass der jetzige Standort nicht ideal ist, dass er dort nicht bundesligatauglich sein kann, weil es Probleme bezüglich Flutlichtanlagen gibt und das Parkplatzproblem einfach nicht lösbar ist. Na schön, dass jetzt diese Erkenntnis da ist und ich freue mich, wenn wir auch im Sportbereich etwas bewegen können.

Wo ich der Kollegin Andrea Bauer nicht zustimmen kann, das ist ihre Aussage, wonach beim Sport weiter sehr viel investiert wird, anderweitig aber nicht immer das Geld vorhanden ist. Ich denke, Investitionen im Sportbereich kommen vor allem dem Nachwuchs zugute und dort passiert sehr viel an Integrationsarbeit. Es sind also aus meiner Sicht nicht nur im Sozialbereich Investitionen sehr wichtig, sondern auch im Sportbereich.

Ich glaube demnach, dass wir jetzt die Zeit nutzen sollten, um uns anzusehen, wo es vielleicht Doppelgleisigkeiten gibt oder mögliche Einsparungen im Zuge einer Verwal-

tungsreform. Dazu braucht es aber vor allem auch verantwortungsvolle Politikerinnen und Politiker, die gemeinsam für Wels arbeiten. Und es braucht keiner Ankündigungspolitik, um dort oder da eine Umsetzung herbeizuführen.

GR. Wartinger: Die Frau Kollegin Huber hat schon einiges ausgeführt, was auch meiner Meinung nach richtig ist. Über eines muss ich auch einmal ganz massiv meine Verärgerung zum Ausdruck bringen: Der Herr Kollege schimpft über Kultureinrichtungen, er schimpft über Kindergärten etc., wo halt überall zu wenig Geld vorhanden ist, aber 790.000 Euro für ein Affenhaus, die sind ihm offenbar ganz recht. Ich weiß nicht, aber sind ihnen vielleicht die Affen lieber wie die Bürger der Stadt Wels? Da kann man wohl genauso sparen. Ob das so wichtig ist, dass man es unbedingt hier und nicht für die Bürger einsetzen muss, das weiß man wirklich nicht.

Sport! Mein Lieblingsthema ist ganz einfach der Sport und in der „Mittelfristigen Finanzplanung 2011 bis 2013 sind wesentliche Summen für die Welser Sportvereine vorgesehen bzw. eingeplant. Das betrifft sowohl Sanierungs- als auch Um- und Neu- baumaßnahmen.

Die Sportvereine sind in einer Stadt wie Wels ein wesentlicher Bestandteil des gesellschaftlichen Lebens. Im ländlichen Raum ist es ganz normal, dass die Jugendlichen bei den Vereinen sind, aber in der Stadt ist die Anonymität doch sehr groß und man muss versuchen, die Kinder zu bewegen, Sport zu betreiben und sie damit in gewisser Weise von den Straßen wegzubringen. Gott sei Dank gibt es in Wels viele Vereine, wo jeder, der sich sportlich betätigen möchte, das Passende für sich findet. Sportvereine sind aber auch ganz wichtig für unsere Kinder und Jugendlichen. Sie erfahren dort gesellschaftliche Grundwerte wie beispielsweise das gegenseitige Respektieren, das Miteinander, aber auch Pünktlichkeit, Verlässlichkeit und Ordnung. Genauso geht es um die Erfahrung, gemeinsam Freude zu haben, ganz wichtig für Kinder und Jugendliche ist aber auch, mit Niederlagen fertig zu werden, um im späteren Leben damit ebenso zurecht zu kommen.

Die Integration unserer ausländischen Mitbürger ist ebenso ein wichtiger Bestandteil, der von den jeweiligen Vereinen gefördert wird. Was soll denn ein Sportler tun, wenn er die deutsche Sprache nicht beherrscht? Er kann sich weder mit eigenen Mitspielern, noch mit den Mitbewerbern unterhalten, er kann vom Trainer keine guten Ratschläge annehmen. Ich glaube jedoch, der Sinn liegt im Sport darin, besser zu werden, womöglich erster, und nicht irgendwo im Mittelfeld herumzuschwimmen.

Trotz all dieser positiven Aspekte für die Gesellschaft muss zwischen den Wünschen der Funktionäre und dem tatsächlich Nötigen oder dem Realistischen abgewogen werden. Ich finde, es gehört auch irgendwo die Gerechtigkeit dazu. Wenn ich beispielsweise einem Verein, der momentan ganz oben ist, dies und jenes verspreche, dieser Verein aber in weiterer Folge runterfällt, während ein anderer nach oben kommt, dann muss ich natürlich dem zweiten Verein auch Versprechungen machen. Man muss also, wie ich meine, von vornherein überlegen, was realistisch und finanzierbar ist, denn nach oben kommt man recht schwer, herunteren ist man aber ziemlich schnell.

Das bedeutet also ein grundsätzliches Ja zur Förderung von Sportvereinen, aber nur nach genauer Überprüfung der geplanten Investitionen auf Sinnhaftigkeit, Nachhaltigkeit und Finanzierbarkeit.

Ein kleiner Nachtrag ist mir noch wichtig. Herr Kollege Rabl, leider sind sie heute öfter dran! Einerseits sagen sie, dass es unmöglich sei, eine neue Sportanlage zu errichten, aber nachdem sie draufkommen, dass gründliche Sanierungen relativ teuer sind und dass der Platz vom FC Wels mitten in einer Wohnumgebung liegt – abgesehen davon, dass ich sie noch nie auf diesem Platz gesehen habe – heißt es jetzt auf einmal, dass man sehr wohl einen Neubau haben möchte und dass man nach einem geeigneten Grundstück suche, obwohl wir dafür schon eines hatten. Also, ich weiß nicht recht? Einmal ja, einmal nein, eigentlich gerade immer so, wie es die FPÖ gerade braucht!

GR. Zittmayr-Hacker: Ich spreche zu Planungsüberlegungen für ein Krematorium in Wels. In den letzten Jahren ist die Anzahl der Urnenbeisetzungen in Wels kontinuierlich angestiegen. Neben hygienischen Überlegungen dürfte der Hauptgrund dafür die Tatsache sein, dass zumindest die christlichen Kirchen zu dieser Art des letzten Weges ausdrücklich ihre Zustimmung erteilt haben.

Betrug der Anteil der Feuerbestattung im städtischen Friedhof verglichen mit den Erdbestattungen im Jahr 2005 noch ca. 35 %, so ist er im Jahr 2010 bis zum heutigen Tag bereits auf 46 % angestiegen. Die Tendenz ist steigend. Auch im Nachbarstaat Deutschland, wo in einigen Bundesländern bereits zwischen 75 und 80 % an Feuerbestattungen erreicht werden, ist eine entsprechende Entwicklung gegeben.

In Oberösterreich existieren derzeit zwei Krematorien, eines in Linz, das andere in Steyr. Bereits aufgrund der geografischen Lage ist ersichtlich, dass nicht nur Wels-Umgebung, sondern auch das Innviertel, das Salzkammergut sowie weite Teile des Traunviertels zu einem Krematorium in Wels wesentlich kürzere Anfahrtszeiten als zu den beiden anderen Krematorien hätten. Neben der reinen Zeitersparnis könnten auch wirtschaftliche Überlegungen die jeweils örtlichen Bestattungsunternehmen von der Nutzung eines derartigen Unternehmens in Wels überzeugen.

Mein Vorschlag lautet: Ergreifung von Planungsüberlegungen in Hinblick auf den Bau und die Inbetriebnahme eines Krematoriums. An dieser Stelle weise ich darauf hin, dass der zusätzliche Personalaufwand jedenfalls gering wäre. Linz beschäftigt hier ganz genau einen Vollzeitmitarbeiter.

Verbrennungsöfen weisen heute eine schadstoffarme Technik aus und die gesetzlich notwendigen Räumlichkeiten sollten genau kalkuliert werden, um im Endeffekt zu einer Entscheidung zu gelangen.

GR. Josseck-Herdt: Mit mir bewegen wir uns zurück in den Teil der Welt, der von den Lebenden bewohnt wird. Und hier möchte ich ganz provokant fragen, was sie zur Überschrift sagen: „Welser Schüler lesen besser!“ Was hieße das eigentlich? Wäre damit gemeint, dass sie besser als die anderen österreichischen Kinder lesen oder besser als die Schüler aus jenen Ländern, die bei der PISA-Studie gut abgeschnitten haben?

Letzte Woche wurde das Ergebnis der PISA-Studie 2009 veröffentlicht und seitdem ist das desaströse Abschneiden Österreichs in allen Zeitungen kommentiert worden. Trotz eklatanter Schwächen der Schüler vor allem beim Lesen kann sich die große Koalition auf keine gemeinsame Bildungsreform einigen; so in etwa lauteten die Schlagzeilen.

Man kann natürlich sagen, dass das nicht Angelegenheit einer Kommune ist, sondern jene des Bundes und der Länder. Wir meinen aber, dass das doch auch Angelegenheit

einer Kommune ist, in unserem Fall von der Stadt Wels. Es ist nämlich so, dass mehr als jeder vierte Jugendliche, genau 28 Prozent, zur Gruppe der Risikoschüler zählt.

25.000 Schüler verlassen jährlich die Schule, ohne sinnerfassend lesen zu können. Das bedeutet, dass diese Schüler auch diverse Rechenaufgaben nicht lösen können, weil sie die Angaben nicht verstehen. Das sind dann jene, die keine Lehrstelle bekommen, weil die Unternehmer sagen, dass sie mit diesen Jugendlichen nichts anfangen können. Und das sind jene, um die sich schlimmstenfalls die Allgemeinheit kümmern muss, weil sie keine Arbeit finden und das kostet dann richtig viel Geld.

Auch wenn sich die ÖVP und die SPÖ wider Erwarten im Bund und in den Ländern bald einigen sollten, muss uns trotzdem klar sein, dass eine Schulreform mindestens fünf bis zehn Jahre braucht, bis sie wirklich greift. Man braucht nicht zu glauben oder uns weiszumachen, dass eine Gesamtschule dieses Problem lösen würde, denn der Grundstein für wirklich sinnerfassendes Lesen wird schon in der Volksschule gelegt, ebenso im Elternhaus. Deshalb ist es ganz wichtig, dass wir als Stadt uns einbringen, einbringen mit unseren Möglichkeiten bzw. Einrichtungen, über die wir ja bereits verfügen. Und das ist beispielsweise die Stadtbücherei oder Mediathek. Wir haben sehr viel Geld in die Hand genommen, damit wir auch die Stadtbücherei im heuer eröffneten renovierten Herminenhof unterbringen konnten. Die Räumlichkeiten und das Medienangebot sind wirklich beeindruckend. Die Mediathek kostet uns im Jahr mehr als eine halbe Million Euro, die ausschließlich die Personalkosten betreffen. Insgesamt wurden dafür im Budget 564.000 Euro angesetzt.

Bezeichnenderweise ist die Mediathek im Budget unter dem Kapitel „Erwachsenenbildung“ eingereicht. Und so wird sie tatsächlich wahrgenommen. Viele Bekannte sagten mir: Du, wenn ich in Pension gehe, werde ich mich in der Stadtbücherei einschreiben. Meiner Meinung nach ist es aber viel wichtiger, dass sich die Mediathek bei den Kindern und Jugendlichen engagiert, ebenso bei den Eltern von Kleinkindern. Es ist erwiesen, dass dann, wenn Eltern ihren Kindern von klein auf regelmäßig vorlesen, das Interesse der Kinder auf „Abenteuer im Kopf“ geweckt ist und sie greifen dann selbst freiwillig zum Buch. Das muss aber vielen Familien erst bewusst gemacht werden und deshalb müssen wir handeln. Ich erwarte mir Vorschläge der Verantwortlichen aus diesem Bereich, etwa dahingehend, wie man an die sogenannten bildungsfernen Familien herankommt. Vielleicht kann das über Veranstaltungen in der Mediathek passieren, mit Lesewettbewerben usw. Möglicherweise kann das durch eine verstärkte Zusammenarbeit mit den Kindergärten geschehen, die den Kontakt zu den Eltern herstellen können. Genauso ist das im Wege des Einsatzes des Bücherbusses in den Stadtteilen vorstellbar, aber nicht nur in Form einer fahrbaren Entlehnstation, sondern als Zentrum für ein Lesefest und dergleichen. Möglichkeiten gibt es sicher genug, Fantasie und Kreativität sind dabei gefragt. Man muss sich nur damit beschäftigen und etwas Geld in die Hand nehmen, das sicher gut angelegt wäre.

Bei dieser Gelegenheit fordere ich aber auch mehr Kundenfreundlichkeit und Aktualität beim Internetauftritt. Es kann doch beispielsweise nicht sein, dass auf der Homepage der Stadt als Adresse für die Mediathek noch immer jene in der Stelzhamerstraße angeführt ist. Die dort angeführten Öffnungszeiten sind nicht mehr gültig und die Tarife sind schon lang überholt. Abgesehen davon reicht es sicher nicht aus, wenn solche Details nur auf der Homepage der Stadt präsentiert werden. Jedenfalls bitte ich darum, das zu ändern.



Was quatschen sie?

Zwischenruf: Die Homepage der Stadt Wels wird geändert!

GR. Josseck-Herd: Das hat aber nichts mit den Angaben über die Mediathek zu tun!

Eine weitere Chance, die Kinder für das Lesen zu interessieren, bietet die Lesetopia. Die Lesetopia war der innovativste Lesekongress Österreichs, der alle zwei Jahre in Wels vom Verein buch.zeit und der Kulturverwaltung ausgerichtet wurde. Das Land Oberösterreich und der Bund haben durch Förderungsmittel eine Mitfinanzierung durchgeführt. Im Jahr 2010 hat man nun die ganze Verantwortung dem Verein buch.zeit übertragen und darauf folgte gleich einmal eine Absage der Lesetopia 2010. Das mit der Begründung, dass der Bund nur dann Förderungsmittel leisten will, wenn die Lesetopia über die Grenzen Oberösterreichs hinaus präsent ist. Das bedeutet jedoch eine total neue Konzeption und damit, so hieß es, könne die nächste Lesetopia erst im Jahr 2011 stattfinden.

Die 75.000 Euro, die für die Veranstaltung im Jahr 2010 im Budget vorgesehen waren, wurden im Nachtragsvoranschlag auf 13.700 Euro reduziert, womit sich also der Finanzreferent 61.300 Euro ersparte, was ihn sicher sehr freute.

Zwischenruf Vzbgm. Wimmer: Das ist ja völlig falsch, Frau Josseck-Herd!

GR. Josseck-Herd: Doch! So ist es!

Zwischenruf Vzbgm. Wimmer: Im Einvernehmen mit der Frau Kulturreferentin wurde der genannte Teil der Mittel für die Lesetopia, die dafür allerdings nicht benötigt wurden, auf andere wichtige Projekte im Kulturbereich aufgeteilt!

GR. Josseck-Herd: Soll sein, aber der Lesetopia selbst gingen diese Mittel verloren. Und eigentlich ist es nicht in Ordnung, wenn dann Geld, das für die Lesetopia reserviert war, auf andere Kulturinstitute verteilt wird. Wenn sie nicht stattgefunden hat, dann darf ich das dafür reservierte Geld nicht ausgeben.

Jedenfalls müssen wir den Ausfall der Lesetopia mit großem Bedauern akzeptieren und ich habe damals schon große Bedenken geäußert, dass der Standort Wels gefährdet sein könnte. Die Kulturreferentin und Herr Lanzinger vom Verein buch.zeit haben versucht, diese Bedenken zu zerstreuen. In einem Zeitungsartikel versicherten sie sogar, dass im Jahr 2011 die neu konzipierte Lesetopia in Wels stattfinden werde. Im Budget für 2011 sind aber nur 18.000 Euro angesetzt und was bedeutet das? Auf meine Nachfrage hin habe ich erfahren, dass diese 18.000 Euro lediglich gewisse Vorlaufkosten betreffen. Dann fragte ich, was es mit diesen Vorlaufkosten zu bewenden hat. Darauf erhielt ich die Antwort, dass es sich deshalb nur um Vorlaufkosten handle, weil die Lesetopia nicht im Jahr 2011 stattfinden wird, sondern erst im Jahr 2012. Wieder ein Jahr verloren gegangen! So wird jedenfalls nicht der Stellenwert von Lesefähigkeit und Leselust entsprechend in den Mittelpunkt einer Gesellschaft gerückt. Im Gegenteil: Damit ist eine etablierte wichtige Veranstaltung, die das Lesen für Kinder und Jugendliche attraktiver machen kann, gefährdet.

Das ist nicht zum Lachen! Es ist wirklich nicht zum Lachen! In Zeiten, in denen das Lesen so wichtig geworden ist, kann ich über eine solche Tatsache nicht lachend hinweggehen.

Wir fordern von ihnen, Frau Kulturreferentin, mehr Interesse und Engagement sowie einfach mehr Durchschlagskraft. Sonst wird die Schlagzeile, „Welser Schüler lesen besser“, illusorisch bleiben.

GR. Haböck: Ich möchte jetzt wieder auf Grundsätzliches zurückkommen, weil einige Wortmeldungen bei mir schon ein gewisses Bauchweh auslösten.

Zum Ersten, Herr Finanzreferent Wimmer, ist es sicher so, dass Geld zum Ausgeben da ist, manchmal aber auch zum Abbau von Schuldständen.

Zwischenruf Vzbgm. Wimmer: Stellt sich nur die Frage, ob das die Referentin auch so sieht!?

GR. Haböck: Wenn ich dem Kollegen Reindl-Schwaighofer und der Kollegin Bauer so zuhöre, dann ist das schon etwas mit Bauchweh verbunden. Sie äußern da verschiedenste Ideen und ich höre die ganze Zeit, dass das eine das Land zahlen soll und das andere der Bund. Ja, was glauben sie eigentlich, wo das ganze Geld herkommt? Geld muss zuerst erwirtschaftet werden und das wird von den Betrieben erarbeitet, von Menschen, die von den Betrieben ein Einkommen erzielen. Dann höre ich, dass es mit den Steuern raufgehen soll. Aber da wird doch den Menschen wieder Geld weggenommen! Und dann höre ich auch noch, wie die GRÜNEN Infrastrukturprojekte verhindern wollen bzw. glauben sie, dass Betriebsansiedlungen mit dem Anschluss an die Öffis und mit Radfahrwegen zu bewerkstelligen sind. Angesichts dessen frage ich mich, ob sie schon ganz in der Realität angekommen sind, denn wir brauchen sehr wohl eine geeignete Infrastruktur, wir brauchen sehr wohl Autobahnab- und -auffahrten auch für die Betriebe. Wir brauchen in Wels Betriebe und in diesem Zusammenhang verweise ich auch noch auf das Flugplatzthema, wo die GRÜNEN ganz massiv versuchen, Infrastrukturmaßnahmen bzw. Betriebsansiedlungen zu verhindern. Wir brauchen jedoch Betriebe, damit Arbeitsplätze geschaffen werden können, die den Menschen zur Verfügung stehen, die dann ein Gehalt beziehen und auch Steuern zahlen.

Ich meine somit, dass man beim Zahlen nicht immer nur auf das Land und auf den Bund hinweisen kann, sondern dass man auch selbst an der Produktion von Wirtschaftsgütern und an der Wertschöpfung arbeiten muss. Es ist sehr wichtig, dass in Betriebe investiert wird und Wels als Betriebsstandort attraktiv bleibt bzw. noch attraktiver gemacht wird. Hier ist die Stadtentwicklung sehr wohl gefordert. Wenn ich aber andererseits immer wieder höre, dass beispielsweise Infrastrukturmaßnahmen verhindert werden sollen, dann frage ich mich, wie alles, was man so aufzeigt und sich wünscht, bewerkstelligt werden soll.

Herr Reindl-Schwaighofer sagt dann ideologisch besetzt – da bin ich direkt froh, dass der Herr Finanzreferent Wimmer etwas besonnener ans Werk geht – dass man halt gewissen Leuten mehr Geld wegnehmen müsse, aber so wird es halt auch nicht gehen, dass man den Bürgern immer mehr Geld wegnimmt. So würde ich eben meinen, dass es sehr wichtig ist, in Betriebe zu investieren bzw. Wels als Betriebsstandort attraktiv zu erhalten, denn das bedeutet das Erzielen von Wertschöpfung. Wertschöpfung wird nicht

im Frauenausschuss erzielt, in irgendwelchen Lenkungsausschüssen etc., sondern direkt in den Betrieben, von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern.

Vzbgm. Eisenrauch: Ich muss jetzt auf den Stadtrat Rabl eingehen bzw. sonst auf diverse Wortmeldungen.

Ich finde es immer höchst interessant, wenn sich andere Referenten über mein Ressort große Gedanken machen. Ich weiß nicht, ob da irgendwelche Neidkomplexe vorhanden sind oder Gelüste, aber grundsätzlich würde ich jedem Referenten empfehlen, sich zuerst einmal im eigenen Ressort umzuschauen, ob alles in Ordnung ist und dann kann man auf andere Ressorts übergreifen.

Wie arm wäre die Welser Kulturszene, ginge es nach der FPÖ: Da gäbe es vieles nicht. Ich denke, es ist auch Aufgabe einer Kommune, Einrichtungen zu erhalten, die nicht unbedingt immer nur kostendeckend sind.

Um jetzt auf die Lesetopia einzugehen, Folgendes. Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Land Oberösterreich hat in Wels das Lesekompetenzzentrum angesiedelt, und zwar für ganz Oberösterreich. Und das Lesekompetenzzentrum ist natürlich in allen Bereichen wie Kindergärten, Schulen, im Freizeitbereich tätig. Und unsere Kinder lesen höchstwahrscheinlich wirklich besser wie andere. Dafür ist der Verein buch.zeit verantwortlich, genauso wie für die Lesetopia. Es fand heuer als Ersatz für die Lesetopia ein großes Lesefest in Wels statt. Und die Lesetopia selbst findet alle zwei Jahre statt. Heuer gab es demnach das große Lesefest und im Jahr 2012 wird die Lesetopia österreichweit durchgeführt. Also, keine Sorge, es ist alles auf Schiene und wir machen das sicher ordnungsgemäß. Sie brauchen sich keine Sorgen zu machen!

Und du brauchst auch nicht immer in meinem Ressort herumzuschneffeln und mir gute Ratschläge zu geben.

Ich wurde bezüglich Kindergärten angesprochen. Nun, hier gab es einen Beschluss auf Landtageebene, der nicht nur von der ÖVP getragen wurde, das heißt, alle anderen Parteien haben ebenfalls mitgestimmt. So ist das eben und es sind halt die Kindergärten in meinem Referat angesiedelt. Ich komme damit sehr klar zu recht. Wir haben bezüglich Kindergärten ein gutes Einvernehmen mit dem Finanzreferenten.

Mein Referat heißt „Generationen, Bildung und Kultur“ und wie sie schon aus den Wortmeldungen zuvor hörten, ist das ein Referat, das breit aufgestellt ist.

Die Subventionskürzungen bei den Seniorenverbänden tun natürlich ein bisschen weh, weil diese Verbände eine gute Arbeit für unsere älteren Mitbürger leisten. Sie kommen also ein bisschen zum Handkuss.

Dass die sieben Tagesheimstätten erhalten bleiben können, das ist natürlich sehr erfreulich. Es bieten diese für unser Seniorinnen und Senioren ein wertvolles Angebot und beugen vor allem der Vereinsamung der älteren Menschen vor. Die Frauen und Männer fühlen sich dort gut aufgehoben, vor allem auch dank der guten Betreuung durch die Leiterinnen dieser Tagesheimstätten.

Unter das Kapital Bildung fallen ebenso die Krabbelstuben, Kindergärten und Horte. Sowohl die städtischen als auch die privaten derartigen Einrichtungen verlangen der

Stadt Wels im Jahr 2011 sicherlich viel Geld ab. Es wurde schon gesagt, dass sich die Mehrkosten von 2010 auf 2011 im privaten Bereich auf rund 550.000 Euro belaufen. Ich bin jedoch insgesamt davon überzeugt, dass diese Gelder gut in unsere Kinder investiert sind. Eine entsprechende Ausbildung unserer Kleinsten lohnt sich bestimmt später einmal. Die Kommune profitiert davon zumeist schon beim Übertritt der Kleinen in die erste Schulstufe. Da wird man sehen, wie gut sie in unseren Kindergärten ausgebildet werden.

Der Investitionsplan bis zum Jahr 2013 sieht Ausgaben von rund 7 Mio. Euro vor, und zwar für die Neuerrichtung eines städtischen Kindergartens in Wels-Nord mit fünf Kindergartengruppen und zwei Krabbelstubengruppen. Zusätzlich werden auch noch von vier privaten Einrichtungen Krabbelstuben und Kindergärten errichtet, das heißt, es kommen hier sechs Kindergartengruppen und sechs Krabbelstubengruppen hinzu. Der Bedarf hierfür wurde bereits geprüft und für notwendig befunden. Es steht hier also in unserer Stadt ein großes Investitionsprogramm zur Umsetzung an.

Im Schulbereich ist neben dem schon bestehenden Sanierungskonzept der Aus- und Umbau der HS 8, Lichtenegg, geplant. Und für die weitere Sanierung der VS 11 wurde ein zusätzlicher Betrag von 496.800 Euro zur Verfügung gestellt. Ebenso ist im Investitionsplan für die nächsten Jahre der Neubau einer Dreifachturnhalle für die VS 10 und die VS 11 vorgesehen.

Jetzt komme ich zum Kulturbereich. Das Angebot in unserer Stadt ist derart vielfältig und breit gefächert, dass sich Kulturinteressierte ihre Zeit schon einteilen müssen – wann sie wo hingehen – weil wir eben ein derart großes Angebot haben.

Als Referentin schmerzt es mich, dass die nichtvertraglichen Subventionen für die Vereine um 10 Prozent gekürzt werden. Die Vereine sind es ja, welche das Kulturangebot in Wels derart verbessern oder aufmöbeln, denn die Stadt selbst könnte es sich gar nicht leisten, was hier von den Vereinen erbracht oder auf die Beine gestellt wird. Ich nehme hier nur ein oder zwei Bereiche heraus. So haben wir im Musikbereich eine riesige Vielfalt, wobei die Palette von der Blasmusik bis hin zu speziellen Instrumenten reicht. Man darf auch die Angebote der Landesmusikschule nicht übersehen. Oder wenn ich an die Galerien denke, darf ich festhalten, dass es neben der städtischen Galerie zwölf weitere private Galerien gibt, die alle ihre Angebote machen. Das soweit nur zwei Bereiche aus dem überaus großen Kulturangebot, das sich natürlich auch auf das Theater oder das Kabarett bezieht.

Eine große Summe fließt weiters in das neue Programm kino bzw. in die Sanierung des Medien Kultur Hauses. Zusammengezählt wurden dafür im Jahr 2011 € 1,1 Mio. veranschlagt.

Geschätzte Damen und Herrn, werte Kolleginnen und Kollegen! Ich danke all meinen Abteilungsleiterinnen und Abteilungsleitern, allen Dienststellenleiterinnen und Dienststellenleitern sowie insgesamt allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die sozusagen in meinem Referat arbeiten. Darüber hinaus danke ich all jenen Damen und Herren, die ich im Laufe eines Jahres des öfteren kontaktiere. Ich denke hier beispielsweise an die Baudirektion, an die Sozialabteilung, aber auch an das Wohnungsamt und dergleichen. Ich danke dem Herrn Finanzdirektor Dr. Barth und seinen Mitarbeitern für die umsichtige Finanzgebarung. Die Erstellung des Budgets war sicher nicht sehr einfach, wenn ich an die verschiedenen Wünsche der Referenten denke, wobei ich mich selbst gar

nicht ausnehme. Vor allem danke ich aber auch dem Herrn Finanzreferenten Vizebürgermeister Hermann Wimmer, der immer ein offenes Ohr nicht nur für den Sport, sondern auch für den großen Bereich der Kultur, der Kindergärten und der Schulen hat. Hier ist er mir wirklich eine große Hilfe. Trotz der gegebenen strengen Überwachung der Finanzsituation hoffe ich natürlich, dass ich bei ihm ein offenes Ohr finde, wenn in meinem Referat immer wieder Nöte auftreten.

Zwischenruf Vzbgm. Wimmer: Aber der Herr Haböck sieht das nicht so!

Vzbgm. Eisenrauch: Ach, das mache ich mir mit ihm schon aus.

Alles in allem kann ich in meinem Referat mit der Budgeterstellung zufrieden sein. Ich kann ordentlich wirtschaften, Neues gestalten, aber auch Bestehendes verbessern.

GR. Pernkopf: Wenn man sich die Budgetplanung in Bezug auf die Verkehrsaspekte ansieht, fallen einige Bereiche besonders auf. Es wurde bereits der Autobahnanschluss Wimpassing angesprochen, der auf Kosten in Höhe von insgesamt 7 Mio. Euro geschätzt wird. Er stellt eine große Herausforderung dar, wobei aus Sicht der Welser ÖVP auf die sekundäre Straßenführung unter Einbindung der betroffenen Anrainer besonders Rücksicht zu nehmen ist. Ich sehe das nicht so wie die GRÜNEN. Ich glaube, es ist die Chance vorhanden, den in diesem Bereich entstehenden Verkehr auf kurzem Wege abzuführen, nämlich über die Westspange, wenn ich sie so bezeichnen darf. Damit können auch sehr stark belastete Innenstadtbereiche bzw. Straßen entlastet werden.

Die Vogelweide-Unterführung steht anteilig mit 220.000 Euro im Budget, wobei man aber sagen muss, dass sie im Jahr 2009 ebenfalls aufschien. Die Sanierung dieser wirklich schlechten Unterführung – ich nenne sie einen Schandfleck – ist schon lange überfällig. Wir wissen diesbezüglich, dass nicht nur die Stadt hierfür zuständig ist und offenbar ist noch nicht alles ganz klar ausgedet.

Die Sanierungsmaßnahme im Ostteil des Kaiser-Josef-Platzes steht ebenfalls bevor.

Und wir werden aufgrund der Erfahrungen spätestens im nächsten Jahr wissen, wie sich die eingeschränkte Öffnung des KJ in Richtung Westen ausgewirkt hat. Eventuell wird man Nachbesserungen durchführen müssen.

Weitere Kreisverkehre sind in Planung, womit sich die Verkehrssicherheit verbessern lassen sollte. Auch für mich als Polizist erscheint die Verbesserung der Verkehrssicherheit als ganz wichtiger Punkt.

Die von uns geforderten Verbesserungen im Radwegenetz zeigen ebenfalls Ansätze in die richtige Richtung, wenngleich ein wichtiger Abschnitt fehlt. Ich meine damit die Strecke von der Kreuzung mit der Vogelweiderstraße in Laahen entlang der Neinergutstraße bis hinaus nach Wimpassing. Dieser Lückenschluss wäre für Wels mit hoher Priorität verbunden. Durch den starken Zuzug im Bereich von Laahen und Wimpassing ist hier dringend etwas zu machen.

Die schon angesprochene Park-and-ride-Anlage in der Neustadt im Bereich nördlich des Bahnhofes stellt auf Neudeutsch ein „Must have“ dar, das heißt, solch eine Anlage

muss ganz einfach kommen. Die Pendler, die Anrainer bzw. in letzter Konsequenz die ganze Umwelt werden für ein entsprechendes Ergebnis dankbar sein.

Zum Bereich der Feuerwehr hätte ich ebenfalls einige Anmerkungen. Die Feuerwehr Wels ist die größte Freiwillige Feuerwehr Österreichs und es kommt hier ebenfalls zu notwendigen Anschaffungen. Eine neue Drehleiter steht mit stolzen 730.000 Euro zu Buche. Bei diesen Anschaffungen handelt es sich jedenfalls um notwendige Investitionen in die Sicherheit unserer Bevölkerung.

Zum Schluss darf ich die Hoffnung aussprechen, dass auch die Lösungen für den öffentlichen Verkehr in Wels mit Mut und auf die Zukunft abgestimmt versehen sein werden. Der Verkehrsreferent wird hier besonders gefordert sein. Die Zentrumslinie mit Welios-Anbindung brennt unter den Nägeln und bedarf einer guten Lösung.

GR. Prof. Mag. Teubl: Es ist ja üblich, dass im Zuge einer solchen Budgetdebatte alle möglichen Themen zur Sprache kommen und so ist es auch heute. Es fließen die verschiedensten, zum Teil sogar skurrile Themen in die Debatte ein und so ist es praktisch gar nicht möglich, auf alles einzugehen. Ich denke mir aber, dass wir in den entsprechenden Ausschüssen noch die Gelegenheit haben werden, über das eine oder andere zu reden.

Nicht unwidersprochen möchte ich jedenfalls lassen, was Herr Stadtrat Rabl sagte. Nebst vielem, wo er sehr wohl Recht hat, kommt bei ihm immer die Sprache auf die Kultur und auf mögliche Einsparungen, die er dort wittert. Es ist geradezu ein Kulturkampf, der von Seite der FPÖ-Fraktion geführt wird und der mich schön langsam aufregt. Insbesondere war es heute zum wiederholten Male das Programmkinos, gegen das Herr Stadtrat Rabl auftrat. Und obzwar es im Laufe der Debatte schon erwähnt wurde, möchte ich ebenfalls noch einmal darauf hinweisen, dass man sich doch die Relation ansehen sollte. Es geht bei diesem Projekt um 1,8 Mio. Euro und auf der anderen Seite haben wir 800.000 Euro für das Affenhaus. Herr Kollege Rabl! Ich bin ihren Affen aus vollem Herzen dieses Haus vergönnt, aber vergönnen sie bitte den Anhängern eines kulturell hochwertigen Kinos auch eine Spielstätte, die diesen Namen verdient.

Genauso verstehe ich ihre Seitenhiebe auf andere kulturelle Institutionen dieser Stadt keineswegs. Sie haben beispielsweise die Museen angesprochen und es ist schon wahr, dass man noch mehr tun kann, um Museen zu attraktiveren und noch mehr Besucher anzulocken. Und auch wenn es die Führung des Welios nicht so gerne hört, würde ich doch sagen, dass wir im kommenden Jahr mit dem Welios ein „Museum der neuen Art“ bekommen. Dass wir auch für die anderen Museen mehr tun müssten, ist klar, aber nur deshalb, weil der Besucherandrang nicht ganz dem entspricht, was wir uns vorstellen, in diesem Bereich noch mehr Sparmaßnahmen zu fordern und sie damit eigentlich kaputtzusparen, das kann doch wohl nicht die Lösung sein.

Sie haben weiters das Welser Stadttheater angeführt und schließlich sogar die Volkshochschule, eine Erwachsenenbildungseinrichtung, die meines Erachtens unverzichtbar ist, ja sogar ausgeweitet gehörte. Damit haben sie bis auf die Stadtbücherei, die quasi gerade noch ihre Gnade fand, so ziemlich alles kritisiert, was im kulturellen Bereich in Wels existiert. Ich möchte behaupten, dass das kulturelle Angebot in Wels tatsächlich nicht so großartig ist und wir noch einiges verbessern könnten, falls wir dafür das Geld hätten und wenn entsprechende Initiativen da wären, aber andererseits kommen sie praktisch in jeder Sitzung wieder damit, dass sie genau in diesem Bereich sparen

wollen, in keinem anderen. Und das ist jetzt meines Erachtens wirklich einmal endgültig genug.

Auf der anderen Seite bin ich verwundert darüber, welchen Schwenk sie in Bezug auf Sportanlagen vollzogen haben. Seinerzeit waren sie gegen das Stadion und man fragt sich, ob das Stadion sozusagen in kleinen Segmenten durch die Hintertür wieder reinkommt. Es wird also Million um Million für das eine oder andere Projekt bereitgestellt. Ich meine halt, dass wir, wenn wir schon den Bau dieses Stadions in Wimpassing ablehnten, nicht dieselbe Investitionssumme, sicher zeitlich etwas mehr verteilt, anderweitig bereitstellen können. Irgendwo muss man nun einmal Prioritäten setzen.

Ich möchte an dieser Stelle schon festhalten, dass wir GRÜNEN keinesfalls sportfeindlich sind, nur glauben wir, dass es nicht darum geht, irgendwelche spektakulär wirkende Prestigeprojekte zu bauen, sondern vielmehr darum, für unsere Vereine anständige Bedingungen zu liefern und selbstverständlich die nötigen Erhaltungsmaßnahmen durchzuführen, wobei es aber vorrangig um die Förderung des Breitensports gehen müsste. Auch jenseits der Vereine müssten mehr Möglichkeiten geschaffen werden, dass Bewegung und Sport durchführbar sind. Es geht um die Schaffung von Möglichkeiten, die Freizeit sinnvoll und bewegt verbringen zu können. Hier wären Investitionen nötig, die ich aber in diesem Budget vermissem.

GR. Zaunmüller: So ein Budget-Gemeinderat bietet Gott sei Dank die große Möglichkeit, dass wir einerseits von der Weltwirtschaftskrise, andererseits von den Welser Bartaffen sprechen können. Aber genau das macht es ja aus. Es kommt die Vielfalt der Meinungen aller hier im Gemeinderat vertretenen Mandatäre und damit die Vielfalt der Meinungen der Welser Bürgerinnen und Bürger zum Ausdruck.

Ein ganz besonderes Thema, das mir sehr gut gefällt und das gerade in die Advent- oder Weihnachtszeit hineinpasst, das ist eben der Welser Adventmarkt. Eigentlich war ich schon verwundert, dass dieses Thema heute noch nicht besprochen wurde, denn das ist etwas, das mir besonders gut gefällt; es ist ein urtypisches Welser Thema. Blenden wir etwas zurück. Vor ein paar Jahren war der Welser Weihnachtsmarkt, wie ich sagen möchte, suboptimal. Was hat Wels, was haben die Verantwortlichen daraus gemacht? Es wurde eine tolle Geschichte daraus gemacht. Da gibt es den Kunstweihnachtsmarkt in einem phantastischen Ambiente, nämlich in der Burg. Zu moderaten Preisen haben wir dort einen tollen Branchenmix und ich darf Herrn Ingenieur Brunnbauer ein Kompliment aussprechen, der in der Hauptsache dafür verantwortlich ist.

Dann haben wir in Bezug auf den Weihnachtsmarkt diesen Relaunch am Stadtplatz mit den einheitlichen Hütten und dem tollen Angebot. Das hat sich mehr als bewährt.

Und jetzt haben wir noch ein Highlight bekommen, nämlich den neuen Adventmarkt im Pollheimerpark, der lange gefordert wurde und endlich Wahrheit geworden ist. Die Frau Stadträtin nickt mir wohlwollend zu. Es freut mich ganz besonders, dass wir hierin übereinstimmen. Das ist eine tolle Sache und ich würde mir wünschen, dass dieser Adventmarkt noch etwas mehr in die Freieung hineinginge. Ich weiß, dass es diesbezüglich noch den einen oder anderen Widerstand gibt.

Bei diesem Adventpark ist nun das Highlight schlechthin – sie wissen es alle, meine Damen und Herren, denn sie waren alle dort – die Welser Schipiste. Das gefällt mir

ganz besonders gut, weil damit Wels eine überregionale Bedeutung gewinnt, was man gar nicht oft und hoch genug loben kann.

Mit dieser Schipiste sind aber auch gewisse Probleme verbunden, speziell in Hinblick auf die Öffnungszeiten. Natürlich wird das von einem Verein betrieben – ich glaube, die Christkindl GmbH ist dafür maßgeblich verantwortlich – aber ich hörte von vielen Welserinnen und Welsern, speziell von solchen mit kleinen Kindern im Vorschulalter oder im Volksschulalter, dass die Öffnungs- oder Betriebszeiten nicht ganz optimal sind. Daher gab es ja diesen dankenswerten und gutgemeinten Aufruf von Herrn Direktor Jungreithmair, dass sich Freiwillige melden und ihre Zeit für eine ordnungsgemäße Abwicklung zur Verfügung stellen sollten. Ich halte dies für ein wenig problematisch, denn unter Umständen ist auch eine gewisse Haftungsfrage damit verbunden. Passiert ein schwerer Unfall auf dieser Schipiste, dann möchte ich nicht Freiwilliger gewesen sein, der das zu überwachen hatte.

Mir gefällt es auch gar nicht so gut, wenn sich eventuell eine politische Partei in den Dienst der guten Sache stellt und einige Vertreter einer Partei sozusagen die Aufsicht übernehmen. Ich glaube, dass die Übernahme solcher Dienste nicht ganz ehrlich gemeint ist bzw. dass das eher in Richtung Effekthascherei geht. Und darum gefällt mir das nicht.

Was mir aber sehr gut gefallen würde, das wäre Folgendes. Vielleicht könnten Organe der Welser Ordnungswache die eine oder andere Stunde nutzen, um diesen Schi- oder Rutschverkehr etwas zu beobachten. Das ist sicherlich eine etwas schräge Idee – ich merke das an den Reaktionen des einen oder anderen hier herinnen – aber warum soll nicht auch so etwas zugelassen sein?

Das war somit Lob und auch etwas Tadel. Dem Grund nach denke ich mir, dass der Welser Adventmarkt eine gelungene Sache darstellt, ein ordentliches Highlight.

GR. LAbg. Dr. Csar: Ich melde mich ebenfalls zu Wort und hoffe nicht, dass ich einen skurrilen Beitrag liefere, so wie der Kollege Teubl zuvor meinte nämlich, dass heute auch schon skurrile Meldungen gekommen sind. Ich werde mich jedenfalls bemühen, nicht in diese Kategorie eingeordnet zu werden.

Ich möchte mit einem Zitat aus der letzten Budget-Gemeinderatssitzung am 22. Februar 2010 beginnen. Hier sagte Herr Finanzreferent Vizebürgermeister Wimmer, nachzulesen auf Seite 61: „Herr Dr. Csar, es wird zumindest mit einem Finanzreferenten Wimmer das, was sie als Zukunftsbudget bezeichnen, nicht geben, also nicht in den Jahren 2011 und 2012.“ Nun, heute liegt wieder ein Budget vor, das offensichtlich auch kein Zukunftsbudget ist, sondern wieder ein Verwaltungsbudget und wir hörten bereits, dass es ein Pro-Kopf-Verschuldungsbudget ist, das heißt, die Verschuldung steigt und steigt und steigt.

Wir hörten auch sehr viel Lob für dieses Budget, teilweise Selbstlob durch den Herrn Finanzreferenten, genauso wie von anderen Referenten. Blicken wir aber zuerst einmal auf das Jahr 2010 zurück, das ja noch gar nicht vorbei ist.

Das Jahr 2010 war von der schweren Finanzkrise geprägt, geprägt aber auch von fehlenden Zukunftsszenarien und von einem sehr vorsichtigen Agieren der verantwortlichen Politiker so nach dem Motto: Man weiß nie, was gerade richtig ist.



Am Beginn des Jahres 2010 stand das Wimmer-Sportstadion, wenn ich es einmal so nennen darf. Die Umsetzung dieses Projektes wurde aufgrund vehementer Intervention der FPÖ abgesagt. Die SPÖ hat nachgegeben, mittlerweile wird aber doch wieder hierüber nachgedacht und man denkt schon an ein „Sportstadion neu“ nach. Oh frohe Weihnachtszeit! Ich glaube, es wird ganz interessant, was da noch auf uns zukommen wird. Warum hat es nicht gleich funktioniert und warum sagte man nicht von vornherein, dass man noch überlegen möchte, bevor man sich festlegt? Wir als ÖVP forderten schon damals die Erstellung eines Gesamtkonzeptes und dieses wurde in weiterer Folge Gott sei dank schon gemacht, zum Teil. Es wurde erhoben, wie hoch der Sanierungsbedarf bei einzelnen Sportstätten ist und es wurde darüber verhandelt bzw. wurde uns das vorgelegt. Es wird noch weiterhin darüber zu verhandeln sein, was davon in welcher Zeit und in welcher Form umgesetzt wird.

Wir hatten im letzten Jahr noch ein anderes Highlight, nämlich das AC/DC-Konzert. Das ist ja auch etwas chaotisch abgelaufen. Nach langem Hin und Her sowie nach verschiedenen politischen Aussagen hat dieses Konzert Herr Dr. Spitzer gerettet bzw. wurde es Gott sei Dank doch durchgeführt. Die ÖVP hat hier von vornherein eine klare Meinung vertreten. Wir als ÖVP traten für das Konzert ein, die FPÖ war ein bisschen gespalten bzw. meldete sich der FPÖ-Naturschutzlandesrat diesbezüglich zu Wort, die GRÜNEN waren dagegen, auch wegen des Brachvogels oder wegen der drei Brachvögel. Jedenfalls wurde das Konzert letztlich durchgeführt.

Zum Hotel an der Traun gab es ebenfalls unterschiedliche Reaktionen. Die Diskussion verlief eigentlich recht interessant. Ich muss sagen, dass wir als ÖVP zu diesem Thema ebenfalls eine ganz klare Position bezogen haben. Das war irgendwo zum Wohle des Projektanten, der damit wusste, worauf er sich einlässt.

Nun steht das Flughafengelände hinsichtlich der künftigen Flächenwidmung in Diskussion und ich hoffe, dass wir ehestens zu einem guten Ergebnis kommen bzw. dass das nicht zu einer endlosen Reise wird. Wir brauchen dringend eine positive Entscheidung, damit es mit dem Wirtschaftsstandort Wels gut weitergeht.

Wir haben im letzten Jahr aber auch sehr viele positive Sachen erledigt. Hier möchte ich ergänzen, was die Frau Vizebürgermeisterin Anna Eisenrauch schon sagte. Das Kulturleben in Wels kann sich sehen lassen und es ist das ein Verdienst der Kulturreferentin. Es gibt sehr viele Kulturaktivitäten beispielsweise auch den Sommer über, wobei ich die Burggartenkonzerte erwähne, die Aufführungen von WAKS, aber genauso ist erwähnenswert, dass das Programmkinos umgesetzt bzw. geplant wird. Ich glaube, Letzteres war ebenfalls ganz wichtig. Es wurde mit Konsequenz betrieben. Das hat die Frau Vizebürgermeisterin Anna Eisenrauch gemacht, ebenfalls gegen den Widerstand der FPÖ. Gemeinsam mit der SPÖ haben wir eine Initiative gesetzt, damit diese Planung für das Programmkinos möglich wurde.

Auch in Zeiten des Finanzdebakels, der Krise oder der angespannten Finanzsituation werden wir uns im nächsten Jahr bemühen, Initiativen zu setzen. Dabei wird es auch notwendig sein, die Verwaltungsreform anzugehen und ganz konsequent durchzuführen. Hier muss ich Herrn Dr. Rabl darin Recht geben, dass es sich um eine politische Entscheidung handelt, nämlich dahingehend, was von den Aufgaben übrig bleiben soll und wo tatsächlich Einschnitte erfolgen müssen. Trotzdem ist es ganz wichtig, nämlich dass Vorschläge von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, von den Beamtinnen und Beamten des Magistrates kommen, denn die wissen ganz genau, wie die Ab-

läufe aussehen, wo sie der Schuh drückt, welchen Handlungsbedarf sie haben und welche Veränderungsmöglichkeiten sie selbst sehen. Es erscheint also ganz wichtig, dass man mit den praxisorientierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern redet und auf gute Vorschläge hört. Die Politik muss dann aber entscheiden und sagen, was sie weiter haben möchte bzw. wo sie Einschnitte machen will. Wichtig ist jedenfalls, dass man nicht von vornherein politisch diskutiert und von vornherein nur schaut, wo man denn in Ressorts der anderen Einsparmöglichkeiten erkannt. Ich verweise hier auf das Museum, das Programm kino und all die anderen Einrichtungen, die in den Mund genommen wurden und was in dieser Weise schon einige Male kritisiert wurde.

Ich habe mir das Affenhaus aufgeschrieben, kann es mir aber ersparen, dazu noch etwas zu sagen. Ich möchte nicht noch weiter in deine Wunde hineinstecken. 800.000 Euro stellen aber wirklich einen beträchtlichen Brocken dar, welcher dafür ausgegeben werden soll. Dieser Bereich hat natürlich ebenfalls seine Berechtigung, aber man muss schon abwägen, was mit diesem vielen Geld gemacht werden soll. Eines ist aber sicher nicht gut, nämlich ein Ausspielen des einen mit dem anderen.

Lob wurde heute ebenfalls viel gespendet, speziell seitens der FPÖ an den Herrn Finanzreferenten, Herrn Vizebürgermeister Hermann Wimmer.

Zwischenruf Vzbgm. Wimmer: Von der Frau Vizebürgermeisterin Anna Eisenrauch ist aber auch Lob gekommen!

GR. LAbg. Dr. Csar: Auch von der Anna Eisenrauch wurde Lob ausgesprochen, aber ganz beträchtliches Lob kam von Herrn Dr. Rabl, was einfach unerwartet war, aber man nimmt es so zur Kenntnis. Das ist schön und ebenso schön ist, dass man offenbar auch beim Stadion wieder etwas näher zusammenkommt. Die weitere Entwicklung für nächstes Jahr ist, glaube ich, gewährleistet.

Bgm. Dr. Koits übergibt den Vorsitz an Vzbgm. Eisenrauch.

Vzbgm. Dr. Wieser: Ich hätte eigentlich mit etwas anderem begonnen, aber der Kollege Csar hat mich jetzt irgendwie provoziert und so muss ich zuerst einmal dazu etwas anbringen.

Bisher war ich es von ihm gewöhnt, dass er sehr sachliche Vorträge bringt, aber heute konnte er es sich nicht verkneifen, wieder etwas vorzubringen, das schon vor einem Jahr einen Unsinn darstellte, nämlich dass die FPÖ in Sachen AC/DC-Konzert gespalten gewesen wäre. Schon lange vor diesem Konzert gab es eine Parteiendeklaration – da waren auch die GRÜNEN dabei – und es wurde damit erklärt, dass die großen Parteien in Wels sehr wohl ein solch großes Konzert am Welser Flugplatz begrüßen und auch, wenn es sein muss, finanziell unterstützen werden.

Leider kapierte aber die ÖVP von Anfang an Folgendes nicht. Neben dieser politischen, eventuell auch finanziellen Unterstützung ist es unbedingt notwendig, für solch ein Konzert eine Genehmigung nach dem Oö. Veranstaltungsgesetz zu bekommen. Ich weiß jetzt nicht genau, ob der Kollege Csar schon in den Landtag eingerückt ist oder nicht, aber ich glaube, auch du tätest gut daran, dich an die oberösterreichischen Landesgesetze zu halten und die Welser Bezirksverwaltungsbehörde mit ihrem Leiter, Herrn Dr. Spitzer, hat das jedenfalls so gemacht. Es wird somit nicht richtiger, wenn du nach einem Jahr diese Dinge wiederholen oder nochmals darstellen möchtest.

Was jetzt im Laufe der Debatte übersehen wurde – mir ist es schon am Beginn aufgefallen, als diese Zahlen vom Finanzreferenten vorgetragen wurden – ist, dass die Budgetzahlen noch vor wenigen Jahren sehr gut waren, speziell das Welser Budget betreffend, und so kann man auf alle Fälle doch feststellen, dass mit dem Jahr 2008, mit dem Ende der blauschwarzen Regierungszeit, auch die fetten Jahre für die Wirtschaft, für die Kommunen, für das Land und für den Bund zu Ende gingen. Das ist sehr bedauerlich, denn seit der darauf folgenden großen Koalition, angeführt von einem SPÖ-Bundeskanzler, brachen sehr schlimme Zeiten über uns herein. Und wenn man sich ansieht, was jetzt an Sparpaketen notwendig ist, stellt man fest, dass es wieder einmal die Bevölkerung ist, die das auslöffeln muss. Jedenfalls ist es auch historisch belegt, dass in den Jahren 2000 bis 2008 in Österreich eine sehr gute Politik gemacht wurde. Die Reformen können sich heute noch sehen lassen.

Herr Kollege Reindl-Schwaighofer! Wenn sie nun meinen, dass mit Einführung einer Vermögenssteuer das Ganze gerettet werden kann, ansonsten aber nicht, dann erinnert mich das schon ein bisschen an die klassenkämpferischen Töne von früher. Damals hieß es, Eigentum sei Diebstahl. Vielleicht sollen jetzt wieder Leute bestraft werden, die möglicherweise ihr Leben lang für sich bzw. im Haushalt ordentlich gewirtschaftet haben, sich ein bisschen was ersparten oder zu einem kleinen Vermögen gekommen sind. Nun sollen sie also dafür möglicherweise büßen. Wir werden diesen Weg sicher nicht gutheißen.

Es wundert mich etwas, aber vielleicht ist es bei all dem Lob in der heutigen Diskussion untergegangen, nämlich dass im Gegensatz zum Landtag heute die Welser Parteien eine 10-prozentige Kürzung der Förderungen für die Parteien beschließen werden. Das ist schon eine ganz ansehnliche Sache, wenn man bedenkt, dass der Landtag die Förderung für die Parteien im nächsten Jahr sogar neuerlich auffettet. Ich denke jedenfalls, dass es psychologisch richtig ist, dann, wenn viele Subventionen bzw. Förderungsmittel in der Stadt zusammengestrichen werden, auch bei den politischen Parteien solche Kürzungen vorzunehmen, womit diese ebenfalls einen gewissen Beitrag zur Besserung der Situation leisten.

Wir kommen nicht umhin, dass mit diesem Budget schlussendlich dieses heute mehrmals zitierte Stadion zu Grabe getragen wird. Von einem neuen Stadion in der Zukunft spricht ja nur der Kollege Csar, während Rabl und Wimmer eher davon sprachen, dass der Sportplatz verlegt werden sollte. Das sind dann schon ganz andere Dinge. Ich meine, es ist die Einsicht aufgekommen, dass solch Riesenprojekte der Sportstadt Wels gar nicht so sehr dienen und es wahrscheinlich wichtiger wäre, die verschiedenen dezentralen Sportstätten in Wels zu erneuern, sodass viele Vereine und ein breiterer Kreis der Bevölkerung davon profitieren können. Mit diesen Erneuerungsmaßnahmen soll im kommenden Jahr begonnen werden und es sind dafür insgesamt 4,1 Mio. Euro 2011 vorgesehen.

Es ist ja nicht unbekannt, dass ich als Obmann des WSC Hertha und damit als doch ziemlich stark Verantwortlicher für den Fußballbetrieb im Mauth-Stadion schon sehr glücklich darüber bin, wenn die 60 Jahre alte Baracke endlich einmal der Hacke zum Opfer fällt. Ich hoffe, dass wir im Februar nächsten Jahres eine entsprechende Förderung beschließen können, damit auch das Mauth-Stadion ein adäquates Sportheim bekommt. Dieses kann ja schlussendlich nicht nur vom Fußballverein benützt werden, sondern genauso bei diversen anderen Veranstaltungen, also nicht nur bei Fußballspielen. Ich denke, das ist dringend notwendig und ich darf alle Kolleginnen und

Kollegen aus dem Gemeinderat und aus dem Stadtsenat noch einmal einladen – möglicherweise haben sie kommenden Samstag Zeit – bei der Weihnachtsfeier von WSC Hertha um 19.00 Uhr teilzunehmen, wobei sie auch nochmals besichtigen können – vielleicht ist das zum letzten Mal möglich – in welchem Zustand sich dieses Gebäude befindet.

Im Gegensatz zur Kollegin Anna Eisenrauch bin ich fast ein wenig enttäuscht darüber, dass im Zuge der heutigen Diskussion nicht geschnüffelt wurde. Von den so wichtigen Teilen meines Referates wie Umweltschutz, Abfallwirtschaft – die haben wir allerdings schon am Beginn der heutigen Sitzung irgendwo angesprochen – Straßenreinigung, Stadtgärtnerei, kam praktisch nichts zur Debatte bzw. ging diese Debatte ohne irgendwelche Hinweise darauf einfach so vorbei. Ich darf sie aber doch daran erinnern, dass in diesen Bereichen sehr wichtige Dinge passieren. So erinnere ich auch daran und darf grundsätzlich lobend festhalten – das ist nicht das Geld des Herrn Wimmer, sondern es wird dieses ganz allgemein von den Steuerzahlern aufgebracht – dass es auch im nächsten Jahr wieder Fördermittel für das Setzen von Umweltmaßnahmen gibt. Diese werden zwar ebenfalls um 10 % gekürzt, aber sie sind immer noch ausreichend bzw. sind die Budgetposten weit besser dotiert wie in früheren Jahren. Wenn also die Welser Bürger Investitionen in Richtung Umweltschutz, Energieersparnis und dergleichen tätigen, dann fließt damit insgesamt sehr viel Geld in die Wirtschaft, was ja allgemein gesehen sehr gut ist.

Was die Straßenreinigung betrifft, so gibt es hier Ersatzbeschaffungen.

Bei der Abfallabfuhr ist mir etwas Besonderes geglückt, nämlich dass die vom Herrn Bürgermeister vor zwei Jahren geordneten Elektrostaubsauger im Jahr 2011 tatsächlich gekauft werden können. Ich denke, das ist speziell für die Innenstadt ganz wichtig. Wenn nämlich immer wieder davon die Rede ist, dass die Welser Innenstadt, sozusagen der Kernbereich, als ein Kaufhaus insgesamt zu sehen sei, dann meine ich, dass dieses um 9 Uhr früh, wenn die Geschäfte aufsperrten, blitzsauber sein sollte. Dazu ist es aber erforderlich, anders als bisher zu arbeiten und vor allem auch alle möglichen technischen Mittel zum Einsatz zu bringen. Mit Hilfe solcher Geräte wird mit Sicherheit das Stadtbild verbessert werden können.

Bezüglich Stadtgärtnerei darf ich ihnen berichten, dass wir im Fahrzeugbereich sieben Ersatzbeschaffungen vorhaben. Das ist natürlich deswegen so wichtig, weil über 80 Personen in der Stadtgärtnerei arbeiten und das ganze Jahr über ihre Arbeit leisten, wozu sie aber auch entsprechend mobil sein müssen. Diese Mitarbeiter leisten ganze Arbeit und wir sehen auch immer wieder bei der Blumenmesse im Frühjahr, welche hohe fachliche Kompetenz bei dieser Stadtgärtnerei vorhanden ist. Wenn etwas in Wels sehr lobend und als schön wahrgenommen wird, dann sind das jene Stellen oder Fleckerln in Wels, die von der Stadtgärtnerei seit vielen Jahren betreut werden. Ich denke, es ist als Stück Urbanität zu sehen, wenn eine solche Einrichtung vorhanden ist und meine, dass das auch so bleiben soll.

Was mir etwas leid tut – es sind über 11 Mio. Euro für die Landesgartenschau 2017 im Bereich der Stadtgärtnerei angesiedelt – ist die Situation, dass wir für nächstes Jahr noch einmal auf null gesetzt sind. Ich denke aber, dass man dieses Ziel nach wie vor verfolgen sollte. Mir ist bekannt, dass es sich bei der Deponie unten in der Schießstätte speißt und dass die Dinge noch nicht ganz abgeklärt sind, aber andererseits meine ich, dass wir auch im restlichen Wels mit unseren Parkanlagen in der Lage sein könnten,

eine Landesgartenschau durchzuführen. Das hätte den Vorteil, dass viele oder große Teile der öffentlichen Parkanlagen mit Hilfe von Landesförderungen neu gestaltet werden könnten, was sich in den kommenden Jahren sicher positiv für die Stadt Wels herausstellen würde.

Ich glaube, es ist vorgesehen – das sollte man unbedingt tun und man sollte sich vielleicht auch einmal in technischer Hinsicht darüber Gedanken machen – eine Brücke von Schleißheim herüber auf Welser Gebiet zu bauen. Eine Fußgeher- und Radfahrerbrücke wäre dort sicher angebracht und es könnte damit die gegenseitige Erreichbarkeit von Schleißheim und Wels verbessert werden. Denken sie etwa an die Verbesserung der Freizeitsituation für die Welser oder an die vielen Arbeitsplätze, die es im Osten unserer Stadt gibt. Ich weiß nicht, ob sich alle daran erinnern können, aber bis Anfang der 70er-Jahre hat es eine Überfuhr zwischen Wels und Schleißheim gegeben, eine Fähre, die von Herrn Wespl betrieben wurde. Speziell am Wochenende haben diese Fähre auch sehr viele Welser genützt. Diese Überfuhr hat es also schon einmal auf diese charmante Art gegeben und falls man etwas in der Richtung wieder herstellen könnte, hätten bestimmt viele eine Freude damit.

Was in den Bereich des Volksgartens fällt, hat auch etwas mit dem Bau des Welios zu tun. Es wird ja der nördliche Bereich des Volksgartens neu gestaltet und ich glaube, dass das ganz nett wird.

Worauf ich mich in diesem Zusammenhang ebenfalls freue – ursprünglich glaubte ich, dass es eigentlich eine Selbstverständlichkeit darstellt, es war dies aber dann genauso Gegenstand von Verhandlungen – das ist der Umstand, dass das wunderschöne historische Eingangstor zum Volksgarten nun doch renoviert werden kann und nicht ein Teil davon einfach abgerissen wird, so wie das von den Planern eigentlich vorgesehen war. Dies konnte aber verhindert werden und es gibt immerhin 25.000 Euro dafür, dass dieses schöne Volksgartentor erneuert werden kann. Ich nehme an, dass dieses Tor dann doch wieder einige Jahre auch als Eingang zum Welios in sehr schöner Form zur Verfügung stehen wird.

Insgesamt gibt es für jene Bereiche aus den städtischen Betrieben, die meinem Referat zugeordnet sind, Investitionen in Höhe von 869.000 Euro. Das ist nicht die Welt, aber es ist immerhin ein Betrag, mit dem man weiterarbeiten kann.

Die Einzige, die mir den Gefallen getan hat, mein Ressort anzusprechen, das war Frau Zittmayr von der ÖVP. Diese hat sich des Friedhofs erinnert, der ebenfalls in meinem Aufgabenbereich liegt. Ich habe den Friedhof vor 12 Jahren in mein Referat übernommen und konnte damals schon feststellen, dass ich 60.000 zufriedene Kunden unter mir habe und es ist mit Sicherheit so geblieben.

Gleich zu Beginn meiner Tätigkeit habe ich mich mit den verschiedenen Beisetzungsarten beschäftigt und natürlich verlockte mich die steigende Zahl an Urnenbeisetzungen dazu, mich an das heranzudenken, was heute gekommen ist. Ich selbst habe ja auch einige Adern in Richtung Wirtschaft und selbstverständlich sollte man in die Richtung denken, in Wels ein Krematorium zu errichten.

Ich habe mich im Internet über Krematoriumsneubauten in der Bundesrepublik Deutschland erkundigt, ich wurde aber leider Gottes ziemlich enttäuscht oder gedämpft. Ich habe nämlich sehr viele Standorte gefunden, bei denen dann, wenn ein Krematorium

neu errichtet werden sollte, ein derartiger Aufstand durch die Bevölkerung ging, dass sozusagen nicht alle tatsächlich umgesetzt wurden. Es ist nun einmal so, dass niemand in der Nachbarschaft ein Krematorium haben will. Auch wenn man vielleicht meint, dass sich die Rauchgasbelastung in Grenzen hält, ist es doch so, dass sich niemand in seiner Nähe eine solche Einrichtung wünscht.

Wir haben uns die Sache im Jahr 2003 bereits finanziell angesehen und ich muss sagen, dass es direkt unglaublich ist, was der Neubau eines Krematoriums kostet. Wenn man das auf die Zahl der Urnenbeisetzungen umrechnet, so geht sich das unter dem Strich nicht aus. Aber nachdem sie das so intensiv beleuchteten, werden wir uns das nochmals anschauen. Herr Dr. Kröpl kann Anfang nächsten Jahres noch einmal den Rechenstift zur Hand nehmen, aber ich glaube nicht, dass das in Wels jemals realisiert werden kann.

Dem Grunde nach bzw. insgesamt kann ich, was meine Ressorts betrifft, einigermaßen zufrieden sein und gut weiterarbeiten. Wir können in diesen Bereichen jene Arbeit leisten, die die Welser Bürger von uns verlangen.

GR. Dipl.-Ing. Haydinger: Ich bin entsetzt! Frau Eisenrauch, ich bin entsetzt darüber, dass sie einer Gemeinderätin, die in ihrem Ausschuss sitzt, im Kulturausschuss, nahelegen, in diesem Ressort nicht zu schnüffeln, wie sie das wörtlich ausgedrückt haben. Da haben wir offensichtlich ein unterschiedliches Demokratieverständnis.

Ich kann sie insofern beunruhigen, Frau Eisenrauch, dass wir weiter schnüffeln werden bzw. werden wir uns mit dem Thema Kultur weiter beschäftigen, weil uns Freiheitlichen die Kultur ein großes Anliegen ist. Ein Bereich, mit dem wir uns schon speziell beschäftigten, ist die Lesetopia. Sie sagten zuerst, Frau Eisenrauch, dass alles auf Schiene sei, aber das ist eben nicht auf Schiene. Es wurde nämlich heuer im Kulturausschuss beschlossen, dass die nächste Lesetopia 2011 stattfinden wird und nicht, wie sie jetzt sagen, erst im Jahr 2012.

Ein nächster Punkt, den ich hier ansprechen möchte, betrifft die sogenannten Standardsubventionen. Es wurden wie in den Jahren zuvor im Jänner diese Standardsubventionen beschlossen, wobei es um eine Größenordnung von über 200.000 Euro ging. Damit werden dann alle möglichen Vereine etwa in einer Größenordnung von 2.000 Euro pro Jahr subventioniert. Wir Freiheitliche fragten damals nach, ob es sinnvoll sei, wenn die meisten Vereine so ziemlich in der gleichen Größenordnung subventioniert werden oder ob es nicht doch sinnvoll wäre, etwas mehr zu recherchieren und zu schauen, ob es nicht Vereine gibt, die etwas aktiver als andere agieren und die man in der Folge etwas höher als andere subventionieren könnte. Ich hoffe, dass wir bei einem nächsten Gespräch dieses Gießkannenprinzip verhindern können.

Ein weiterer Punkt, der von allen Parteien sehr populistisch angesprochen wurde, betrifft die Museen. Es wurde ja zuvor in Zusammenhang mit einer Aussage von Herrn Stadtrat Rabl sogar behauptet, wir wollten die Museen abschaffen und dass es verschiedene Kultureinrichtungen gar nicht gäbe, würden wir Freiheitliche das Kulturressort innehaben. Also, ich möchte hier schon deutlich festhalten, dass Herr Stadtrat Rabl – das ist meines Erachtens sein gutes Recht – darauf hingewiesen hat, dass es gut wäre, sich über verschiedene Bereiche Gedanken zu machen. Wenn wir beispielsweise ein Museum haben, in das pro Tag 10 bis 20 Besucher gehen und bei dem wir im Jahr Kosten im Ausmaß von 300.000 Euro haben, dann sollten wir uns halt Gedanken darüber

machen, wie wir diese Museen attraktiver gestalten können. Es war aber keine Rede davon, dass wir dieses Museum abschaffen wollen.

Und der letzte Punkt, den ich noch erörtern möchte, betrifft das ebenso von allen Parteien sehr reißerisch angesprochene Affenhaus. Sehr geehrter Herr Teubl. Es gibt einen Masterplan „Tiergarten“, wobei ja im diesbezüglichen Ausschuss alle Parteien vertreten sind, auch die ihre, aber vielleicht klappt es in ihrer großen Partei mit der Kommunikation nicht so gut. Jedenfalls wurde im Rahmen des Masterplans „Tiergarten“ der Neubau des Affenhauses einstimmig beschlossen.

Abgesehen davon möchte ich für alle, also auch für jene, bei denen vielleicht die Kommunikation nicht so gut wie bei uns funktioniert, darauf hinweisen, dass es eine gesetzliche Vorgabe gibt, welche diesen Neubau erforderlich macht.

GR. Dipl.-Ing. Leitinger: Ich möchte dem Herrn Dr. Wieser einen Gefallen tun und doch noch ein bisschen in seinem Ressort herumstochern, auf das er so zufrieden schaut. Ich darf auf ein paar Aussagen seinerseits eingehen.

Herr Dr. Wieser ist also, wie er uns bekundete, zufrieden mit seinem Ressort. Ich frage mich allerdings, warum er es nicht schafft, bestimmte Projekte wie den schon lange geplanten Bodenlehrpfad endlich anzugehen. Dafür stehen derzeit noch Förderungsmittel des Landes zur Verfügung, aber wer weiß, wie lange das so sein wird. Mir ist bekannt, dass die Gemeinde Thalheim plant, einen Bodenlehrpfad umzusetzen, damit wäre dann aber das Projekt in Wels gefallen. Es läge halt am zuständigen Referenten, Herrn Dr. Wieser, endlich einmal ein Konzept vorzulegen.

Genauso sehe ich es kritisch, wenn er sagt, dass wir doch die Landes-Gartenschau auch in unseren wunderbaren Parks durchführen könnten. Mir ist bekannt – ich war schon bei einigen Landesgartenschauen dabei – dass auch damit zusammenhängend darauf gewartet wird, bis endlich ein Konzept oder ein Plan vorgelegt wird; meines Wissens nach ist das bisher nicht geschehen. Und unsere Parks sind keinesfalls dafür geeignet, darin eine Landesgartenschau durchzuführen. Mir wäre es lieber, würden die Parks so weit umfunktioniert oder hergerichtet, dass sie für die Bürgerinnen und Bürger eine angenehme Ergänzung in ihrem Lebensumfeld darstellen.

Damit bin ich jetzt mit meinen Anmerkungen fertig, aber es gäbe sicher noch einige Dinge, die man in Bezug auf das Ressort von Herrn Dr. Wieser ergänzen könnte.

GR. Raggl-Mühlberger: Die Stadt verliert ihre Einzigartigkeit. Immer mehr Filialisten und Konzerne drängen nach Wels, machen Wels vergleichbar und austauschbar. Die Frequenz geht zurück und die Kaufkraft lässt zu wünschen übrig.

Die Stadt investiert in das Instrument Stadtmarketing viel Geld, um diesem Trend entgegenzuwirken. An dieser Stelle sei an die dafür Verantwortlichen ein Dankeschön gesagt, weil den Kaufleuten bewusst ist, dass das keine Selbstverständlichkeit darstellt. Trotz allem erscheint es uns zu wenig, nur Geld fließen zu lassen. Viel wichtiger ist der richtige Einsatz der Geldmittel, die Nachhaltigkeit der Maßnahmen, die positive Auswirkung und das Feedback.

Das Welios öffnet im Frühjahr seine Pforten. Wels erwartet sich damit zusammenhängend ca. 250.000 Besucher jährlich. Ich frage allerdings, was sich Wels, im

speziellen das Stadtmarketing oder der Tourismusverband, überlegt hat, um etliche dieser Besucher in die Innenstadt hereinzubekommen. Wir haben in Wels das Glück, eine derartige Riesenattraktionen ganz nah am Innenstadtbereich zu bekommen und wie nutzen wir dieses Potential? Was haben wir uns dazu überlegt? Es ist reichlich wenig bis hin zu gar nichts!

Im Sommer machte der Wirtschaftsreferent die Umwidmung von Teilen des Flugplatzareals zum Thema Nummer 1. Seit Jahren diskutiert oder redet man und verteilt heiße Luft, aber schlussendlich bringt man nichts zustande. Den großen Ankündigungen müssen rasch Taten folgen. Kann es sich Wels wirklich erlauben, große und in aller Welt bekannte Firmen zu verlieren, nur weil man seitens der Politik nicht fähig ist, endlich Nägel mit Köpfen zu machen? Funktionierende Betriebe bedeuten Arbeitsplätze und wir als Politiker sind gefragt, es den Betrieben zu ermöglichen, dass sie expandieren und investieren können. Mit den großen und namhaften Betrieben in der Stadt Wels haben wir ein enormes wirtschaftliches Potential, das der gesamten Welser Bevölkerung zugute kommt. Wir von der FPÖ erwarten daher, dass mit den Betrieben und nicht gegen die Betriebe gearbeitet wird.

Die Ausweitung der ModernisierungEURO-Förderung liegt nach wie vor im Ausschuss. Jenen, die das Risiko eingehen, ein Unternehmen zu gründen, muss geholfen werden. Wir müssen die dafür nötigen Rahmenbedingungen möglichst rasch schaffen. Die Zuwendungen an das Stadtmarketing und an den Tourismusverband zeigen ein deutliches Bekenntnis der Stadt zur Wirtschaft. Daher fordere ich: Verwenden wir dieses Geld tatsächlich sinnvoll!

Vzbgm. Eisenrauch übergibt den Vorsitz wieder an Bgm. Dr. Koits.

Vzbgm. Wimmer: Zunächst sage ich einen herzlichen Dank für die wirklich intensive und oft sehr facettenreiche Diskussion zum Budget bzw. zu den Begleitpunkten, die ja ebenfalls auf der Tagesordnung stehen und im Rahmen dieser Debatte mitbehandelt werden sollten. Ich kann jetzt natürlich nicht auf all das Gesagte in meinem Schlusswort eingehen, denn das ist ja unmöglich. Außerdem war vieles dabei, das nur mittelbar das Finanzreferat betrifft, obwohl ja das Finanzreferat am Ende zumeist auch betroffen ist und so sehe ich die Funktion des Finanzreferenten als eine sehr umfassende. Ich darf aber nun doch noch ein paar Dinge herausgreifen, die mir sozusagen besonders aufgefallen sind, nämlich bei meinen Lieblingsdebattenrednern und hier steht an erster Stelle Herr Dr. Csar, der sich allerdings im Moment nicht im Raum befindet.

Ich muss sagen, dass ich mit seinen Wortschöpfungen – Verwaltungsbudget, Zukunftsbudget und was ihm sonst noch alles einfällt – nur sehr wenig anfangen kann. Ich kenne ein Budget, ich kenne einen Haushaltsvoranschlag, aber ich weiß nicht, was ein Zukunftsbudget ist, ein Verwaltungsbudget. Ich kann nur sagen, dass ich dem Herrn Landeshauptmann und Landesfinanzreferenten Dr. Pühringer dazu gratuliere, solch einen fachkundigen, profunden Mitstreiter im Landtag gewonnen zu haben und ich werde mich überraschen lassen, welches Zukunftsbudget der Landesreferent vorlegt. Ich selbst bin ja, wie sie vielleicht wissen – die Freunde von der ÖVP-Fraktion wissen das – in einem sehr engen Kontakt mit dem Landesfinanzreferenten, weil es ja immer wieder darum geht, Zahlungsflüsse zwischen Stadt und Land zu diskutieren, Förderungen zu beantragen und letztlich auch einzunehmen. Und ich weiß, dass sich die Budgetpolitik des Landes nicht sehr wesentlich von der Budgetpolitik der Stadt Wels unterscheidet, außer vielleicht in dem einen Punkt, den Herr Dr. Wieser dankenswerter-



weise angesprochen hat, nämlich dass auf Landesebene die Parteienförderungen massiv erhöht, bei uns aber gekürzt werden und dafür auf Landesebene die Förderungen im Kultur-, Sport- und Sozialbereich eine ganz drastische Kürzung erfahren. Wenn das das Zukunftsbudget sein soll, das Herr Dr. Csar meint, dann wünsche ich ihm viel Vergnügen bei seiner sicherlich sehr wichtigen Arbeit im Oö. Landtag.

Es bleibt in der heutigen Diskussion darüber hinaus dem Herrn Dr. Csar vorbehalten, wieder das Wort „Stadion“ zu prägen und öffentlich Stimmung zu machen. Ich weise das mit aller Entschiedenheit zurück. Auch beim Projekt in Wimpassing lautete der Arbeitstitel nicht auf „Stadion“, sondern auf „Sportzentrum Wimpassing“ und es geht beim heute Gesagten lediglich darum, einen Sportplatz zu verlegen. Hierüber gibt es noch keinerlei Absprachen, allerdings die berechtigte Sorge – hier teile ich die Einschätzung des Herrn Dr. Rabl – dass die Sanierung eines Altbaus möglicherweise fast so viel kostet wie die Verlegung des gesamten Sportplatzes, wobei man mit der Sanierung des Altbaus eigentlich kaum etwas gewonnen hat, weil ja die Umgebungssituation die gleiche ist, die Parkplatznot usw. Ich werde also diese Angelegenheit mit allen Fraktionen des Gemeinderates im Jahr 2011 sehr ernsthaft diskutieren und wir werden bis dahin keine Investitionen in den alten FC-Wels-Platz tätigen. Ich bitte die Verantwortlichen des Vereines um Verständnis dafür, dass wir nicht fehlinvestieren wollen. Schließlich könnte ja herauskommen, dass eine Verlagerung des Sportplatzes billiger ist als eventuell die Investition von 2 bis 3 Millionen in ein altes Haus.

An dieser Stelle gebe ich zu, dass ich, was das Pensionistenheim in der Magazinstraße betrifft, eines Besseren belehrt wurde. Ich habe lange Zeit die Auffassung vertreten, dass wir doch auch das alte Gebäude sanieren könnten, weil es ja noch gar nicht so schlecht ist – ehe wir vielleicht das alte Gebäude wegreißen und einen Neubau errichten – und ich sagte damals sogar, dass ein Wegreißen der Vernichtung von Volksvermögen gleichkomme. Ich habe mich aber von den Fachleuten überzeugen lassen, dass es gescheiter sei und auf Sicht gesehen billiger wäre, dort ein neues Haus für 122 Betten zu errichten.

Ich bin selbstkritisch genug, um einzugestehen, dass es auch andere Positionen geben kann, die sich später als richtig herausstellen.

Herr Dr. Rabl hat ja ebenfalls ganz dramatisch seine Meinung revidiert, nämlich zum Sport insgesamt. Vor einem Jahr wusste er noch gar nicht, was sich im Sport so tut in Wels, welche Vereine es gibt und welche Sportarten ausgeübt werden. Heute ist er aber ganz euphorisch, was das Sportstättenkonzept bzw. dessen Auswirkungen in finanzieller Hinsicht betrifft.

Wenn er allerdings immer wieder diesen Vergleich mit der deutschen Stadt Weißenfels bringt und sagt .....

Zwischenruf: Langenfeld!

Vzbgm. Wimmer: Na gut, da hab' ich das verwechselt. Es gibt aber auch eine Stadt Weißenfels mit einem Basketballverein in der 1. deutschen Bundesliga, den ich schon besuchte.

Nun, er verweist immer darauf, dass Langenfeld in etwa die gleiche Einwohnerzahl wie Wels habe, dass die Struktur ähnlich wie in Wels sei und somit mehr oder minder alles

vergleichbar wäre; dort, in Langenfeld, habe man das Budget bereits saniert und es sei dort sowieso alles super. Nun, Herr Dr. Rabl machte nur einen Fehler, indem er mich zu dieser Veranstaltung der FPÖ-Fraktion mit diesem Bürgermeister eingeladen hat. Ich war dort und ich führte auch ein Gespräch mit diesem Bürgermeister. Ich fragte ihn, wie er denn beispielsweise im kleinen Bereich der Altenbetreuung, der Seniorenheime vorgegangen sei und wie er denn diesen Bereich sanierte. Darauf sagte er mir, dass er mit Altenheimen nichts zu tun habe, weil Altenheime werden in Deutschland von einem anderen Rechtsträger bezahlt, nicht von der Gemeinde.

Anhand dieses einen Beispiels sieht man schon, welche gravierende strukturelle Unterschiede es gibt und ich warne davor, so einfach eine deutsche mit einer österreichischen Stadt zu vergleichen. Es ist ja sogar innerhalb Österreichs nicht immer möglich, diverse Gemeinden miteinander zu vergleichen, weil mehr oder minder jede Gemeinde eine andere Struktur hat, andere ausgegliederte Betriebe oder womöglich überhaupt keine Betriebe in ihrem eigenen Bereich führt.

Ansonsten bin ich aber sehr froh darüber, dass in Summe dieses Budget von der FPÖ-Fraktion als positiv gesehen wird, ebenso wie von der ÖVP-Fraktion.

Dass ich dem Kollegen Reindl-Schwaighofer in Bezug auf seine Ausführungen nicht widerspreche, wird sie jetzt wenig überraschen. Ich bedanke mich ganz ausdrücklich für seine Wortmeldung und unterstreiche jede Zeile, jeden Satz, den er sagte.

Was mich am heutigen Tag etwas bedrückt, das ist die fast schon sture sportfeindliche Haltung der GRÜNE-Fraktion. Für mich ist diese absolut nicht nachvollziehbar. Es wird hier vernachlässigt, dass es nicht etwa darum geht, Prestigebauten zu errichten, wie das der Kollege Teubl meinte, sondern es geht bei all diesen Investitionen vielmehr um die Unterstützung des Breitensports. Möglicherweise hat er das deshalb nicht erkannt – ich habe ihn noch nie auf einem Sportplatz gesehen – weil er nicht weiß, dass beispielsweise beim FC Wels 500 Jugendliche in Betreuung stehen, bei WSC Hertha 200 Jugendliche, dass beim Welser Turnverein 3.000 Mitglieder tätig sind, dass der Alpenverein 3.000 Mitglieder hat usw. Auch der TVN hat 1.800 Mitglieder. So könnte man das fortsetzen. Was ist es denn anderes als Breitensport, wenn wir die Tennishalle kaufen, ein neues Vereinsheim fördern etc.?

Der Gesundheitsaspekt wurde noch nicht angesprochen, der hier eine ganz besondere Rolle spielt.

Und was mich ganz besonders stört und ärgert, ist der Umstand, dass die GRÜNEN wider besseren Wissens nicht erkennen, dass die wichtigste Integrationsarbeit in den Sportvereinen passiert. Dass sie das nicht erkennen, ärgert mich wirklich. Ich weiß allerdings, dass sie das wissen, nur ignorieren sie das ganz einfach wider besseren Wissens.

Natürlich hat der Kollege Lehner Recht damit, dass auch in den Betrieben ganz maßgeblich im Bereich der Integration gearbeitet wird. Aber – um wieder einen Fußballverein zu nennen, den größten in Wels – stellen sie sich vor, dass allein beim FC Wels 500 Jugendliche spielen oder trainieren, die Hälfte mit Migrationshintergrund. Sie werden dort betreut, angeleitet, sie lernen dort das soziale Zusammenleben und es gibt keine Probleme zwischen den unterschiedlichen Ethnien in diesem Sportverein. Wenn dann das so pauschal abgetan wird, nämlich mit dem Hinweis darauf, dass mehr für den

Breitensport getan werden müsse, so halte ich das für eine völlig abwegige Argumentation. Ich lehne diese Argumentation ab und weise diese zurück.

Ich danke auch der Frau Zittmayr-Hacker. Wir haben schon im Vorfeld darüber gesprochen und ich meine, die Idee bezüglich Krematorium ist eine ganz ausgezeichnete und ich teile nicht die Ansicht des hier zuständigen Referenten. Daher habe ich mich in die Gespräche schon eingeschaltet und wir werden uns in der nächsten Woche zu einem weiteren Gespräch treffen. Ich teile die Auffassung nicht, dass es völlig unmöglich sei, in Wels solch eine Einrichtung zu bauen. Möglicherweise könnte das auch in Zusammenarbeit mit einem Privaten passieren. Ich bin der Meinung, dass hier einiges möglich ist und in Bewegung gebracht werden kann. Eine Stadt wie Wels sollte sich eine solche Einrichtung leisten können. Schließlich wäre auch das ein Dienst und im Sinne der Welser Bürgerinnen und Bürger gelegen.

Frau Josseck-Herdt! Dass sie die Homepage der Stadt für die Welser Bürgerinnen und Bürger nicht kennen, überrascht mich jetzt nicht. Aber andererseits beschäftigen sie sich so intensiv mit der Kultur und wissen dann nicht, dass wir gerade in dieser Woche einen Quantensprung im Bereich der Stadtbücherei schafften.

Zwischenruf GR. Josseck-Herdt: Ich weiß nicht, was sie meinen. Was soll da gewesen sein?

Vzbgm. Wimmer: Schauen sie heute drauf! Heute wurde diese Seite freigeschaltet!

Zwischenruf GR. Josseck-Herdt: Ach so! Heute!

Vzbgm. Wimmer: Es ist jedes einzelne Produkt der Stadtbücherei online abrufbar und das unterscheidet uns von vielen anderen Städten Österreichs. Wir sind hier außerordentlich weit fortgeschritten. Die Frau Vizebürgermeisterin ist technischen Neuerungen gegenüber außerordentlich aufgeschlossen und hat das Projekt nach besten Kräften unterstützt.

Dass der Herr Haböck dagegen ist, wenn ich Umwidmungen im Bereich des Kulturreferates vornehme, nämlich über Ersuchen der Frau Kulturreferentin, das müsst ihr euch untereinander ausmachen; ich möchte das nicht weiter kommentieren.

Eines möchte ich aber festhalten und da können wir gleich bei der Kultur bleiben. Wenn ein bestimmtes Projekt nicht realisiert wird und die Budgetziele auch in Zusammenhang mit einer Haushaltssperre eingehalten werden, dann bin ich schon der Meinung, dass die Welser Kulturtreibenden oder die an Kultur Interessierten gewissermaßen einen Anspruch auf dieses Geld haben. Diese Differenz ist ja nicht etwa in der Repräsentationskasse der Frau Eisenrauch verschwunden, sondern wir haben das Triolino zusätzlich gefördert. Wir wussten bei der Budgeterstellung im Vorjahr noch nicht, dass über 1.000 Kindergartenkinder für diese Konzertreihe angemeldet würden. Dann haben wir den Kauf von Einrichtungsgegenständen für das Kulturzentrum Herminenhof vorgezogen und vieles andere auch noch. Es wurden somit durchaus sinnvolle Ausgaben getätigt und ich meine, dass die Menschen, die davon profitierten, förmlich einen Anspruch darauf hatten.

Ich weise darauf hin, dass bei uns das Jahr 2011 das „Jahr der Ehrenamtlichkeit“ ist. Vom Landeshauptmann bis hin zu den Gemeinderatsmitgliedern dort und da predigt

jeder dieses Jahr bzw. die Ehrenamtlichkeit und so meine ich, dass wir die Rahmenbedingungen für diese Ehrenamtlichkeit besorgen sollten. Wir sollten versuchen, dort, wo wir entsprechend eingreifen können, diese ehrenamtliche Tätigkeit so weit wie möglich erleichtern.

Natürlich gäbe es noch sehr viel zu sagen, ich möchte das Ganze aber nicht unbedingt in die Länge ziehen. Ich glaube, ich habe das Wichtigste beantwortet.

Ich danke für die Diskussion, speziell natürlich für die vielen positiven Wortmeldungen, die zu diesem Budget gefallen sind. Andererseits nehme ich die gekommene Kritik zu Kenntnis. Ich habe jedoch in meinen einleitenden Worten schon deutlich darauf hingewiesen, dass es nun einmal kein Budget gibt, das jedem einzelnen Gemeinderat, jeder einzelnen Fraktion zu 100 Prozent entspricht. Das kann es halt nicht geben, auf keiner Ebene der Gebietskörperschaften. Persönlich meine ich, dass man das Ganze unter dem Strich betrachten und sehen sollte, was in einzelnen Bereichen an Wichtigem vorgesehen ist. Dazu zähle ich selbstverständlich auch das Affenhaus im Welser Tierpark. Und ich lehne es ab – ich sagte das in der Vergangenheit schon des öfteren – Projekte oder Investitionsvorhaben gegeneinander auszuspielen. Ich kann das ganz leicht machen, beispielsweise bezüglich Sport und Kultur, Integration und Straßenbau, was auch immer. Ich kann sagen, dass ich mehr Integrationsmittel brauche und diese nehme ich halt dem Kollegen Kroiß weg. Der wird dann entsprechend aufschreien, obwohl auf der anderen Seite der Rabl mehr Geld für die Arbeit im Bereich der Integration fordert. Wir sollten also dieses Auspielen gegeneinander in Zukunft bleiben lassen. Wir dienen damit nicht der Sache, nicht den Institutionen und schließlich auch nicht der Welser Bevölkerung, wenn wir uns in diesen Kleinkrieg des Auspielens wichtiger Projekte gegeneinander begeben.

In Summe ersuche ich sie um Zustimmung zu diesen drei Tagesordnungspunkten, nämlich dem Voranschlag für das Jahr 2011, die „Mittelfristige Finanzplanung“ und die Darlehensaufnahme.

Bgm. Dr. Koits: Ich darf zum Abschluss auch noch dem Referenten danken, nämlich für die Vorbereitung und die ganzen Gespräche im Vorfeld. Natürlich danke ich auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Haus. Ebenso danke ich den politischen Referenten, die sich heute auch als Diskutanten – insgesamt waren es 19 an der Zahl – zu Wort meldeten.

Jetzt kommen wir aber zur Beschlussfassung.

Der Antrag zu Punkt 6. der Tagesordnung wird mit

32 Ja-Stimmen (SPÖ-, FPÖ- und ÖVP-Fraktion)  
bei 3 Stimmenthaltungen (GRÜNE-Fraktion)

angenommen.

7.)

Mittelfristige Finanzplanung 2011 – 2013;  
Beschlussfassung  
FD-Fin-50-2010

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Finanzausschuss am 15.11.2010:

Die „Mittelfristige Finanzplanung“, bestehend aus dem Voranschlag 2011 und den Planjahren 2012 und 2013 (Broschüre siehe Anlage 7), wird beschlossen.

Der Antrag zu Punkt 7. der Tagesordnung wird mit

32 Ja-Stimmen (SPÖ-, FPÖ- und ÖVP-Fraktion)  
bei 3 Stimmenthaltungen (GRÜNE-Fraktion)

angenommen.

8.)

Voranschlag der Stadt Wels für das Rechnungsjahr 2011;  
Darlehensaufnahme  
FD-Fin-901/2-2010

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Finanzausschuss am 15.11.2010:

Für zukünftige Investitionen bzw. Ausgaben im a.o.H. inkl. des Voranschlages 2011 und folgende Jahre wird auf Basis der für die Umsetzung/Durchführung erforderlichen Sachbeschlüsse der jeweiligen zuständigen Organe die Aufnahme von Darlehen bis zu einem Betrag von € 18,253.000,-- genehmigt. Der Finanzreferent wird ermächtigt, nach Angebotseinholung bei den verschiedensten Instituten das jeweilige Darlehen an den jeweilig wirtschaftlichsten Anbieter zu vergeben. Die tatsächliche Darlehensaufnahme erfolgt entsprechend des notwendigen Finanzbedarfes für die Ausgaben des a.o. Haushaltes in Abstimmung mit der Kassenliquidität. Zur Zwischenfinanzierung von Ausgaben des a.o. Haushaltes wird die Aufnahme von Barvorlagen genehmigt.

Der Antrag zu Punkt 8. der Tagesordnung wird mit

32 Ja-Stimmen (SPÖ-, FPÖ- und ÖVP-Fraktion)  
bei 3 Stimmenthaltungen (GRÜNE-Fraktion)

angenommen.

9.)

FC Wels;

Haftungsübernahme der Stadt Wels für die Aufnahme eines Kredites durch den Verein  
FD-Fin-1616-2010

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Finanzausschuss am 15.11.2010:

Die Übernahme einer Haftung gem. § 1357 ABGB in Höhe von € 85.919,69 samt allfälliger Zinsen und Nebenkosten für den FC Wels auf Basis des Kreditangebotes der Sparkasse Wels vom 14.09.2010 wird beschlossen.

Einstimmig angenommen.

10.)

NORIKUM Wohnungsbaugesellschaft m.b.H., Wels, Kalkofenstraße 25;  
Verkauf einer stadteigenen Liegenschaft (Grdst. Nr. 726/1, KG. Lichtenegg,  
Pulverturmstraße)  
DI-LV-56-2010

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Finanzausschuss am 15.11.2010:

An die Norikum Wohnungsbaugesellschaft m.b.H. wird das stadteigene Grundstück Nr. 726/1, KG. Lichtenegg, unter nachstehenden Bedingungen verkauft:

Als Kaufpreis wird ein Quadratmeterpreis von € 140,-- festgelegt.

Sämtliche mit der Errichtung und grundbücherlichen Durchführung des Kaufvertrages verbundenen Kosten, Gebühren und Abgaben aller Art, insbesondere die Grunderwerbssteuer, gehen zu Lasten der Käuferin.

Einstimmig angenommen.

Bgm. Dr. Koits dankt für die Berichterstattung.

Berichterstatterin Vizebürgermeisterin Anna Eisenrauch

11.)

Beschluss des Gemeinderates der Stadt Wels, mit dem eine Tarifordnung für die Anmietung des Stadttheaters und des Kornspeichers beschlossen wird (Tarifordnung für Anmietung Stadttheater und Kornspeicher – Anmietungstarifordnung 2010)

KB-K-57-2010, miterledigt:

KB-K-70-2010

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Generationen-, Bildungs- und Kulturausschuss am 22.11.2010, der Gemeinderat möge die als Anlage 8 beigefügte Tarifordnung für die Anmietung im Stadttheater und Kornspeicher (Anmietungstarifordnung 2010) beschließen.

Einstimmig angenommen.

Bgm. Dr. Koits dankt für die Berichterstattung.

Berichterstatter Stadtrat Dr. Andreas Rabl

12.)

Welser Tierheim;

Genehmigung des „Masterplan Tierheim“ sowie

Beschluss des Gemeinderates der Stadt Wels, mit dem die Tarife zur Abgabe von Tieren aus dem Welser Tierheim festgesetzt werden (Tierheim-Tarifordnung)

SB-TGH-59-2010

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Bau- und Wohnungsausschuss am 21.10.2010:

1. Der „Masterplan Tierheim“ (Anlage 9) samt Maßnahmen und budgetärer Planung von insgesamt ca. € 110.000,-- wird genehmigt.
2. Die beiliegende Tierheim-Tarifordnung (Anlage 10) wird beschlossen.

GR. Haböck: Um gleich einmal die Spannung herauszunehmen, darf ich sagen, dass wir diesem Antrag zustimmen werden, weil diese Vorgangsweise als sinnvoll erscheint. Eine kleine Anmerkung hinsichtlich der Finanzierung hätte ich noch. Es wird hier von einer budgetären Planung im Ausmaß von ca. 110.000 Euro gesprochen, wobei für 2011 60.000 Euro eingeplant sind und 50.000 Euro für 2012. Warum steht hier ein Cirka-Betrag? Das Ganze ist sozusagen dehnbar bzw. wissen wir auch noch nichts

Genaueres über eine eventuelle Förderung seitens des Landes Oberösterreich. Es steht im Amtsbereich: „Es ist daher zu erwarten, dass ein Teil der erforderlichen Mittel aus Fördergeldern bedeckt werden kann.“ Diesbezüglich soll es also noch Gespräche mit dem Land Oberösterreich geben, aber insgesamt erscheint diese ganze Finanzierung schon ziemlich vage. So viel also zur Kritik an der Vorgangsweise.

Auf der anderen Seite ist es rein inhaltlich schon sehr wichtig und richtig. Die Einrichtung der Quarantänestation ist erfreulich und entspricht hohen Standards, auch modernen Standards.

Wir werden somit zustimmen und unterstützen die Sache.

StR. Dr. Rabl: Es stimmt, dass die Förderungsmittel als noch unklar drinstehen. Ich würde mir ebenfalls eine klarere Formulierung wünschen, aber es liegt dies an Herrn Landesrat Kepplinger, der schlichtweg aufgrund der Budgetsituation des Landes keine fixen Förderungszusagen macht, sondern je nach Bedarf entscheidet. Lieber wäre es uns natürlich, hätten wir eine langfristige Vereinbarung, weil wir dann mehr Planungssicherheit bekämen. Trotz mehrerer Gespräche, die wir auch mit dem Herrn Landesrat führten, ist diesbezüglich aber nichts möglich. Andererseits ist dieses Vorgehen verständlich, denn auch die anderen Mitglieder der Landesregierung geben kaum konkrete Auskünfte, was auch für Herrn Landesrat Haimbuchner gilt, der zur Zeit über Wohnbaugelder nur wenig sagen kann, weil er halt ebenfalls aufgrund der allgemeinen finanziellen Situation gewisse Probleme hat. Das Ganze stellt also kein Spezifikum des Landesrates Kepplinger dar bzw. kann man nicht sagen, dass wir vielleicht schlechter als andere behandelt werden.

Diese „ca.“ 110.000 Euro resultieren daraus, dass sich die Baumaßnahme auf zwei Jahre erstreckt. Bekanntlich gibt es einen Baukostenindex, der die Kosten von Baumaßnahmen von Jahr zu Jahr steigen lässt bzw. ist meines Erachtens der Index noch nie gefallen. Wir können also derzeit nicht so genau sagen, wie sich der Baukostenindex innerhalb von zwei Jahren auswirkt. Theoretisch könnten dann beispielsweise 112.000 Euro herauskommen und deshalb erscheint es doch besser, diese Cirka-Zahl zur Beschlussfassung vorzulegen. Im Übrigen wird es zu den jeweiligen Maßnahmen einen Amtsbericht geben, der dann in den Stadtsenat, eventuell auch in den Gemeinderat zur Abstimmung kommt.

Der Antrag zu Punkt 12. der Tagesordnung wird

einstimmig angenommen.

13.)

Initiativantrag der FPÖ-Gemeinderatsfraktion betreffend Bewerbung für  
Landesgartenschau Wels-Schleißheim  
DI-Verf-359-2010



StR. Dr. Rabl: Im nächsten Tagesordnungspunkt geht es um die Landesgartenschau Wels-Schleißheim. Ursprünglich gab es eine Bewerbung der Stadt Wels für die „Interkommunale Landesgartenschau Wels-Schleißheim 2015“, aber aufgrund verschiedener Probleme im Bereich der AVE wurde diese Gartenschau von 2015 auf 2017 verschoben. Sollte der Zeitplan bis dahin eingehalten werden, wären dafür verschiedene Schritte erforderlich. Es gab hierzu ein sehr umfangreiches Konzept, das Herr Dipl.-Ing. Haslmayr gemeinsam mit Herrn Dr. Kröpl und verschiedenen Mitarbeitern erstellte und dieses Konzept hätte vorgesehen, dass es bereits 2010 zu einer Gesellschaftsgründung kommt sowie zu Vorplanungen. Nachdem im Jahr 2010 nichts passierte und im Jahr 2011 keine Mittel dafür vorgesehen sind, dachten wir uns, dass es wohl zielführend wäre, bezüglich dieser Landesgartenschau einen Beschluss zu fassen. Es gibt nämlich bis heute keinen diesbezüglichen Beschluss weder im Gemeinderat noch im Stadtsenat, aber eine Beschlussfassung ist aus meiner Sicht sehr wohl erforderlich, insbesondere auch dann, wenn man bedenkt, dass es sich hier um ein Projekt handelt, bei dem es um eine Investitionssumme von 10 Mio. Euro geht, wobei uns angeblich das Land 5 Millionen dazuzahlen würde.

Ich glaube daher, dass es geboten erscheint, in Bezug auf die Abhaltung der Landesgartenschau rasch einen Beschluss zu fassen, wobei das Projekt an sich im Stadtsenat bereits besprochen wurde und es fand dieses Projekt die Zustimmung aller Fraktionen. Würden wir also jetzt auf Basis dieses ohnehin schon allen Parteien bekannt gegebenen Konzeptes diesen Beschluss fassen, so glaube ich, dass das ein erster Schritt in die richtige Richtung wäre. Da könnten die Beamten endlich losschlagen und natürlich würde es auch notwendig sein, das Ganze mit den entsprechenden Mitteln auszustatten. Wir glauben, dass es sich bei diesem Beschluss um ein Formalerfordernis handelt, das auch insofern notwendig ist, um weiterzukommen.

GR. Zaunmüller: Die Welser Volkspartei bekennt sich zur Abhaltung einer Landesgartenschau in Wels, und wenn das im Jahr 2017 stattfinden soll, dann wird uns dieser Zeitpunkt selbstverständlich sehr recht sein. Warum? Solch eine Landesgartenschau bietet die Möglichkeit, Wels so zu präsentieren, wie wir das gerne sehen, nämlich als moderne, weltoffene, freundliche, als ordentliche Stadt. So möchten wir sicher gern in den Fokus der öffentlichen Betrachtung kommen.

Allerdings – hier gebe ich Herrn Stadtrat Rabl durchaus Recht – liegt hier eine Menge an Arbeit vor uns, denn die Vorarbeiten sind, außer dass gewisse Absichtserklärungen abgegeben wurden, bisher doch sehr bescheiden ausgefallen.

Geht man davon aus, dass die Landesgartenschau in der Pernau, wahrscheinlich auf dem Gelände der WAV bzw. der AVE zur Errichtung gelangt, so meine ich, dass es eine gute Idee wäre – um auch für die Innenstadt eine Wertschöpfung zu lukrieren – eine grüne Meile oder einen grünen Bogen von der Pernau bis hin zur Innenstadt anzudenken. Was meine ich damit? Ich meine damit einen Themenweg – auch der wurde heute schon kurz besprochen – und ich glaube, dass wir das Juwel an unserer Stadtgrenze, nämlich die Traun, in diese Landesgartenschau einbinden sollten. Das benötigt natürlich unmittelbare Maßnahmen wie die Kultivierung des Traunufers, eine Renovierung der Bänke, die Einrichtung von WC's an der Traun und das benötigt unbedingt auch einen Themenweg.

Somit würden wir über den Volksgarten und das neue Welios diesen Bogen schließen, letztlich hin zum Ledererturm. Vielleicht ließe sich auch in Bezug auf den Ledererturm

etwas machen, der mir, wie sie wissen, sehr am Herzen liegt. Dieser erstrahlt zwar momentan wieder im Weihnachtsglanz, allerdings nur äußerlich, denn innerlich zerfällt er. Also, auch hier sollten wir nachdenken, wie wir dem Ledererturm wieder mehr Glanz das ganze Jahr über verschaffen könnten. Spätestens bis zur Landesgartenschau sollte unser Lederer ordentlich hergestellt sein.

Ein Kulturpavillon an der Traun würde die Landesgartenschau ebenfalls unwahrscheinlich bereichern.

Wissen sie übrigens, dass die Traun ein Teil des Jakobsweges ist? Es gibt also einen Streckenabschnitt an der Traun, der offiziell als Teil des Jakobsweges geführt wird. Auch das könnte man in die Landesgartenschau einbringen.

Und in Hinblick auf die Landesgartenschau wird auch die Verkehrsabwicklung eine Rolle spielen. An dieser Stelle möchte ich darauf hinweisen, dass ich außer Wels nicht sehr viele Städte kenne, die bei den Öffis keine „Haltestelle Rathaus“ haben. In Wels ist das leider der Fall. Ich denke mir, dass es immer wieder recht kreative Ideen gibt und so könnte man auch dieses Thema spätestens bis zur Landesgartenschau abarbeiten. Insgesamt glaube ich, dass es nicht an Ideen und Vorschlägen mangelt, sondern eher manchmal an der Entscheidungsfreudigkeit und an Visionen. Die Politik muss mehr sein als das Abarbeiten von Alltagsgeschäften, denn das würde zum Stillstand führen.

Was diesen Antrag der Freiheitlichen Partei betrifft, fand ich diesen beim ersten Durchlesen etwas unpräzise, es hat diesen aber der Kollege Stadtrat Rabl doch etwas präzisiert. Es soll damit die Gründung einer Gesellschaft zur Planung, Errichtung und Durchführung der Landesgartenschau empfohlen werden. Wir von der ÖVP vertreten die Meinung, dass das noch etwas präzisiert werden müsste, denn immerhin sind damit sehr hohe Kosten verbunden.

Ich stelle daher den Antrag zur Geschäftsordnung, diesen Initiativantrag der Freiheitlichen dem Präsidial- und Integrationsausschuss zur weiteren Beratung zuzuweisen.

Bgm. Dr. Koits: Es wurde jetzt schlussendlich ein Antrag zur Geschäftsordnung gestellt, wobei ich für die Zukunft darum ersuche, sich bei der Absicht, einen Geschäftsordnungsantrag zu stellen, sofort mit dem „Ruf zur Geschäftsordnung“ und dann auch gleich, ohne weitere bzw. ohne längere Ausführungen, eben diesen geplanten Geschäftsordnungsantrag zu stellen. Ansonsten arten solche Anträge in einen ganz normalen Debattenbeitrag aus und eigentlich ist dann dieses Instrumentarium in Bezug auf das Stellen eines Geschäftsordnungsantrages hinfällig. Für jetzt lasse ich aber diesen Geschäftsordnungsantrag trotzdem zu, weil wahrscheinlich die richtige Vorgangsweise beim Stellen eines Geschäftsordnungsantrages nicht so gut bekannt war.

Der Geschäftsordnungsantrag von GR. Zaunmüller auf Zuweisung gst. Initiativantrages (Anlage 11) an den Präsidial- und Integrationsausschuss zur weiteren Beratung wird mit

24 Ja-Stimmen (SPÖ-, ÖVP- und GRÜNE-Fraktion)  
gegen 10 Nein-Stimmen (FPÖ-Fraktion)

angenommen.

Vzbgm. Dr. Wieser ist bei der Abstimmung über o.a. Geschäftsordnungsantrag nicht im Sitzungssaal anwesend.

Bgm. Dr. Koits dankt für die Berichterstattung.

Berichterstatter Stadtrat Peter Lehner

14.)

Beschluss des Gemeinderates der Stadt Wels, mit dem die Richtlinien zur Kleingewerbeförderung 1998 (KGF 1998) abgeändert werden (3. Novelle zu den Richtlinien zur Kleingewerbeförderung 1998)  
FD-WF-4001-2010

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Wirtschafts- und Stadtentwicklungsausschuss am 23.11.2010:

Die als Anlage 12 beigefügte 3. Novelle zu den Richtlinien der Kleingewerbeförderung 1998 (KGF 1998) wird beschlossen.

GR. Manfred Wiesinger: Es spricht nichts dagegen, wenn man auch im Wirtschaftsreferat überlegt, wo man Einsparungen durchführen kann. Sicher – Herr Stadtrat Lehner hat zuvor schon davon gesprochen – braucht man gelegentlich auch Mut, weil man immer wieder Dinge machen muss, die nicht jedem gefallen. Nur, was mir an dieser Vorgangsweise nicht gefällt, das ist ganz einfach die Situation, dass man überlegt, wo Einsparungen möglich sind und dann wurde eine Unternehmensgruppe definitiv herausgenommen. Sicher kann man darauf hinweisen, dass ein Taxiunternehmen auch andere Dinge braucht, für die man ja weiter eine Förderung in Anspruch nehmen kann, aber das ist insofern leicht gesagt, weil das Wichtigste für ein Taxiunternehmen ein entsprechendes Fuhrwerk ist; aber diese Förderung bei Anschaffung eines Fuhrwerks wird jetzt herausgenommen.

Die Argumentation für die Herausnahme dieser Förderung im Amtsbericht und auch im Ausschuss war jene, dass man nur mehr die Anschaffung von Elektrofahrzeugen bei Verwendung als Taxifahrzeug unterstützen möchte, das heißt, es wurde dem Ganzen ein grünes Mäntelchen umgestülpt. Im Ausschuss wurde aber auch auf die Situation hingewiesen, dass die Taxiunternehmer weniger an Kommunalsteuer zahlen als sie bisher durch diese Förderung lukrierten. Auch hier wäre ich noch diskussionsbereit und auch zu sagen, dass jemand, der keine Kommunalsteuer zahlt, nicht das Recht haben soll, von der Stadt Wels eine derartige Förderung zu erhalten. Auf der anderen Seite muss man sich aber meines Erachtens die Vorgangsweise in solchen Fällen doch sehr genau überlegen, weil über 50 % der Unternehmen österreichweit EPU's sind, also Ein-Personen-Unternehmen, die also keine Kommunalsteuer zahlen. Angesichts dieser Situation meine ich doch, dass man genauer überlegen sollte, ob dies der richtige Weg ist.

An dieser Stelle möchte ich nur kurz darauf hinweisen, wie unser Sozialsystem bei einer ähnlichen Vorgangsweise funktionieren würde. Damit meine ich, dass man auch hier die Meinung vertreten könnte, dass nur diejenigen etwas bekommen, die Einzahlungen leisten.

Möchte man also in diesem Fall erreichen, dass nur jene, die Kommunalsteuer leisten, eine Investitionsförderung erhalten, dann müsste man das fairer machen bzw. klar und deutlich hineinschreiben, dass – das ist jetzt nur ein Formulierungsvorschlag – nur jene Unternehmer, die mindestens eine Ganztagskraft beschäftigen, förderungswürdig sind. Oder es könnte auch möglich sein, dass jemand durch diese Investition eine Ganztagsbeschäftigung schafft. Das wäre meines Erachtens eine faire Änderung dieser Richtlinie und es würde diese vielleicht genauso das, was man einsparen möchte, hereinbringen.

Abgesehen davon gibt es auch Taxiunternehmer, die mehrere Angestellte haben und die entsprechend Kommunalsteuer zahlen. Diese wären dann sowieso nicht ausgenommen, so wie das jetzt wegen der ausschließlichen Förderung von Elektrofahrzeugen der Fall ist. Nach den Auskünften von Seite der Unternehmer ist es außerdem so, dass im Fall mehrerer Angestellter die Fahrzeuge viel mehr genutzt werden und man dementsprechend früher neue Fahrzeuge benötigt, das heißt, es entstehen viel schneller neue Kosten.

Was nun die Argumentation in Bezug auf das grüne Mäntelchen betrifft, das man diesem Antrag umhängt, ist meines Erachtens zu sagen, dass diese auch ein bisschen hinkt. Nach Auskunft der Taxiunternehmer ist es nämlich zur Zeit nicht möglich, ein Elektrofahrzeug zu beschaffen, das auch den Bestimmungen über die Ausstattung von Taxifahrzeugen entspricht. Und ich kann mir vorstellen, dass es für einen Taxiunternehmer nur sehr schwer möglich ist, ständig mit einem Elektroauto zu fahren, weil ja sehr viele Autos Tag und Nacht im Einsatz stehen und sich somit die Frage ergibt, wann solch ein Elektroauto wieder aufgeladen werden soll. Hat man dafür nur kurz Zeit, so ist bekannt, dass unter den kurzzeitigen Aufladungen die Akkus sehr stark leiden. Und wenn einer vielleicht eine Überlandfuhr bekommt, kann er diese möglicherweise gar nicht annehmen, weil er so weit nicht mehr fahren kann. Es sind anscheinend gewisse Dinge doch nicht so richtig überlegt worden.

Wenn es darum geht, etwas Gutes für die Umwelt zu tun, bin ich immer wieder dazu bereit, darüber zu diskutieren, nur meine ich, dass es hier auch andere Möglichkeiten gäbe. Vor ein oder zwei Wochen, glaube ich, wurde in Sattledt eine neue Wasserstofftechnik vorgestellt und anscheinend soll es schon in ein bis zwei Jahren Fahrzeuge geben, die mit Hilfe dieser neuen Technik betrieben werden können. Eigentlich gehört das ebenfalls eingebaut und man sollte darüber noch diskutieren. Ich habe schon im Ausschuss darum gebeten, dass man sich die Sache doch noch anders überlegen und dementsprechend diesen Beschluss anders gestalten sollte.

StR. Dr. Rabl: Ich habe mir in Zuge der Behandlung dieses Amtsberichtes die Förderungen der Stadt Wels im Wirtschaftsbereich generell angeschaut, vor allem auch deshalb, lieber Peter, weil du ja einer von jenen bist, die gern die Frage der Verwaltungsvereinfachung in den Vordergrund stellen. Jedenfalls hat es mich verwundert, was es eigentlich in Wels so gibt.

Da haben wir  
die Nahversorgungsförderung – NVF,  
die Wirtschaftsförderung nach der Subventionsordnung,  
die Ein-Personen-Förderung – EPU,  
die Jungunternehmerberatungsförderung – JUB,  
die Kleingewerbeförderung – KGF,  
die Regionale Investitionsförderung – RIF,  
die Richtlinien zur ModernisierungEuro-Förderung – MEF etc.

Ich meine, diese Förderungen machen zum Teil weniger als 1.000 Euro aus und sie sollten überdacht werden. Ich möchte überhaupt sagen, dass dieser Förderdschungel, den es hier gibt – es sind neun verschiedene Förderungen – überarbeitet gehörte.

Ich verweise auch darauf, was Gemeinderat Manfred Wiesinger sagte, nämlich dass in dieser Förderrichtlinie eine Regelung steht, obwohl es gewisse technische Voraussetzungen noch gar nicht gibt; das ist in gewisser Weise ein willkürlicher Rechtsakt. Und dann gibt es noch etwas anderes, das aus meiner Sicht ohnehin EU-rechtswidrig ist und auch Herr Dr. Kitzmantel schreibt das, wie ich meine, völlig richtig hinein, abgesehen davon, dass er die Angelegenheit innerhalb der kurzen Zeit, die ihm zur Verfügung stand, ohnehin nicht genauer prüfen konnte. Jedenfalls gibt es sehr wohl Bedenken, wenn man den Zahlungsverkehr auf Welser Kredit- und Geldinstitute beschränkt. Das ist aus meiner Sicht heraus EU-widrig und nicht zu verstehen. Du bist doch auch dafür, dass wir mehr international und nicht so eng denken dürfen, aber dann beschränkst du den Zahlungsverkehr auf die Welser Geldinstitute.

Ich glaube somit, dass diese heute vorgelegten Richtlinien in zweierlei Hinsicht rechtswidrig sind und deshalb wäre es sinnvoll, würden wir sie an den Ausschuss zurückverweisen.

GR. Josseck-Herdt zur Geschäftsordnung: Wir hörten jetzt, dass es einige Unklarheiten gibt und dass anscheinend noch gewisse Hausaufgaben zu erledigen sind.

Deshalb stelle ich den Geschäftsordnungsantrag auf Rückverweisung gegenständlichen Antrages an den zuständigen Ausschuss zur nochmaligen Beratung.

Der Geschäftsordnungsantrag von GR. Josseck-Herdt auf Rückverweisung gst. Antrages an den zuständigen Ausschuss zur nochmaligen Beratung wird bei

14 Ja-Stimmen (FPÖ- und GRÜNE-Fraktion)  
gegen 21 Nein-Stimmen (SPÖ- und ÖVP-Fraktion)

abgelehnt.

Bgm. Dr. Koits: Aufgrund der Ablehnung dieses Geschäftsordnungsantrages kämen wir jetzt eigentlich zurück zur Debatte. Ich sehe allerdings keine weiteren Wortmeldungen und wir kommen deshalb zum Schlusswort des Referenten.

StR. Lehner: Es ist sicher wichtig, gelegentlich zu überprüfen, ob man etwas möglichst effizient und einfach durchführt. Bei den Wirtschaftsförderungsmaßnahmen hat die

jetzige Aufteilung insofern einen Sinn, weil es ja für jede Wirtschaftsförderungsmaßnahme konkrete Förderziele gibt. Diese Richtlinien wurden im Gemeinderat, wie ich erwähnen darf, auch mit deiner Stimme beschlossen. Aufgrund der Vielfältigkeit der Maßnahmen gibt es also diese Vielzahl an Förderungen, wobei sich natürlich die Zeiten ändern und es manchmal des Sparens bedarf; auch die Bedürfnisse der Wirtschaft ändern sich. Es ist also notwendig, richtig und wichtig, dort und da Modernisierungsschritte durchzuführen.

Eine der vielfältigen Maßnahmen bezieht sich auf die Förderung von Ein-Personen-Unternehmen, wenn der erste Mitarbeiter eingestellt wird. Da bin ich jetzt schon bei den Ausführungen von Manfred Wiesinger. Es ist nicht nur für die Stadt, sondern speziell auch für die Welser Bevölkerung wichtig, dass möglichst viele Arbeitsplätze geschaffen werden. Und genau die Schaffung von Arbeitsplätzen ist auch Ziel dieser Kleingewerbeförderung, welche auch die Förderung der heute zur Diskussion stehenden Anschaffung von Taxifahrzeugen beinhaltet. Es ist wichtig, Arbeitsplätze zu schaffen, aber wenn wir sehen, dass wir von den Taxiunternehmen insgesamt eine viel geringere Kommunalsteuer erwirtschaften als jenen Betrag, den wir an Fördergeldern ausgeben – als Stadt Wels haben wir somit ein Defizit – dann müssen wir uns das irgendwo zu Herzen nehmen und uns die Sache genauer anschauen, um in weiterer Folge die richtigen Schlüsse daraus zu ziehen, also diese Förderungsart hinterfragen. Genau das machen wir heute und das werden wir so beschließen.

Es war von der EU-Widrigkeit die Rede, weil nur Welser Banken in diese Förderungsmaßnahme der Unternehmen einbezogen sind. Nun, die Welser Banken sind hier Partner auch der Stadt Wels und sie führen die Förderungsberatung durch. Aufgrund dieser Beziehung zwischen den Unternehmen und den Banken gibt es eben die Abwicklung über die Welser Banken. Ich bin aber kein Jurist und kann das in Bezug auf eine eventuelle EU-Rechtswidrigkeit nicht beurteilen. Nachdem es sich hier aber um eine sehr lange zurückliegende Vorgangsweise oder Partnerschaft handelt – auch du hast früher schon mitgestimmt – frage ich mich, warum diese Frage jetzt auf einmal so im Vordergrund steht.

Dann war vom grünen Mäntelchen die Rede und davon, dass die Elektrofahrzeuge im täglichen Betrieb nicht so recht funktionieren. Nun, mit der Technik geht es wahnsinnig schnell voran. So wurde am Wochenende ganz groß der neue OPEL mit einer Reichweite von 500 Kilometern präsentiert. Das heißt also, dass uns die Technologie bezüglich E-Taxifahrzeuge im nächsten Jahr sicher einholen wird. Und wir als Energiehauptstadt wollen schon im Vorfeld die richtigen Impulse setzen, damit einerseits moderne Technologie zum Einsatz gelangt, andererseits Förderungsmaßnahmen darauf abgestellt werden. Es geht hier auch irgendwo darum, Verbesserungen oder Erneuerungen im Bereich der betrieblichen Strukturen zu erreichen, weil der ewig gleiche Diesel-Motor keine große Erneuerung einer betrieblichen Struktur darstellt. Es bedarf also einer neuen Technologie und der Innovation. Dazu bekennen wir uns und dazu wollen wir einen entsprechenden Beschluss fassen.

Der Antrag zu Punkt 14. der Tagesordnung wird mit

24 Ja-Stimmen (SPÖ-, ÖVP- und GRÜNE-Fraktion)  
gegen 11 Nein-Stimmen (FPÖ-Fraktion)

angenommen.

15.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels über die Änderung des Flächenwidmungsplanes Nr. 4/2003 (Änderung Nr. 131) und des Örtlichen Entwicklungskonzeptes Nr. 1/1997 (Änderung Nr. 99)  
BZ-BauR-3515-2010

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Wirtschafts- und Stadtentwicklungsausschuss am 23.11.2010, der Gemeinderat möge die als Anlage 13 beigefügte Verordnung über die Änderung des Flächenwidmungsplanes der Stadt Wels (131. Änderung des Flächenwidmungsplanes Nr. 4/2003) und des Örtlichen Entwicklungskonzeptes Nr. 1/1997 (99. Änderung) beschließen.

Einstimmig angenommen.

16.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels betreffend Bebauungsplan Nr. 110/1.11 (Stadtteil: Innenstadt)  
BZ-BauR-3707-2010

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Wirtschafts- und Stadtentwicklungsausschuss am 23.11.2010, der Gemeinderat möge die als Anlage 14 beigefügte Verordnung betreffend Bebauungsplan Nr. 110/1.11 (Stadtteil: Innenstadt) beschließen.

Einstimmig angenommen.

17.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt betreffend Bebauungsplan Nr. 302/2.8 (Stadtteil: Vogelweide)  
BZ-BauR-3712-2010

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Wirtschafts- und Stadtentwicklungsausschuss am 23.11.2010, der Gemeinderat möge die als Anlage 15 beigefügte Verordnung betreffend Bebauungsplan Nr. 302/2.8 (Stadtteil: Vogelweide) beschließen.

Einstimmig angenommen.

18.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels betreffend Bebauungsplan Nr. 617/1.6 (Stadtteil: Schafwiesen)  
BZ-BauR-3705-2009

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Wirtschafts- und Stadtentwicklungsausschuss am 23.11.2010, der Gemeinderat möge die als Anlage 16 beigefügte Verordnung betreffend Bebauungsplan Nr. 617/1.6 (Stadtteil: Schafwiesen) beschließen.

Einstimmig angenommen.

Bgm. Dr. Koits dankt für die Berichterstattung.

### Schlussworte des Bürgermeisters

Bgm. Dr. Koits: Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Nachdem das die letzte Sitzung im heurigen Jahr ist, die der Gemeinderat absolvierte, darf ich mich ganz, ganz herzlich bedanken. Dies zunächst einmal für die während des Jahres geleistete Arbeit. Trotz gegenteiliger Standpunkte zum einen oder anderen Thema, was selbstverständlich in der Natur der Demokratie steht, konnten wir am Ende doch verschiedene Dinge in positiver Weise erledigen. In einigen Fällen wurden mehrstimmige Beschlüsse gefasst, aber das muss man in einer Demokratie selbstverständlich zur Kenntnis nehmen. Besonders in Zusammenhang mit großen Entscheidungen ist es aber sicher den meisten am liebsten, wenn einstimmige Beschlüsse zustande kommen.

Ich darf mich aber auch für die gute Diskussion bedanken, die heute abgeführt wurde. Sie war über weite Strecken geprägt von sachlichen Beiträgen, wobei dort oder da ebenfalls unterschiedliche Auffassungen geäußert wurden. Letztlich zeigte sich aber – eine Partei konnte nicht zustimmen, was mir persönlich sehr leid tut – dass das Budget von einer sehr, sehr großen Mehrheit getragen wird, ebenso die anderen damit unmittelbar zusammenhängenden Beschlüsse. Dafür bedanke ich mich bei ihnen.

Ich weiß natürlich, dass in unserer Stadt nicht alles eitel Wonne ist. Es geschieht viel Positives und wenn man das Jahr 2010 Revue passieren lässt, wird das meines Erachtens doch jeder feststellen können. Wenn man wie sie an den Sitzungen teilnimmt oder wenn man mit offenen Augen durch die Stadt geht, sieht man, was alles geschieht und was sich in dieser Stadt so alles rührt. Insbesondere bestätigen uns das Menschen, die als Gäste in unsere Stadt kommen und sozusagen aus der Fremdeinschätzung heraus die Erkenntnis gewinnen, dass sich die Stadt sehr positiv entwickelt. Es gibt somit sehr positive Rückmeldungen, die sicher nicht nur ich erhalte, sondern bestimmt auch sie als Gemeinderäte.

Selbstverständlich ist die Eigeneinschätzung der Bevölkerung eine etwas andere. Wenn man in dieser Stadt lebt, wenn man vielleicht schon hier geboren ist und über Jahrzehnte hier lebte und wenn man vor allem die kleinen Dinge des täglichen Lebens sieht, an denen sich so manches aufhängt, dann ergibt sich da und dort selbstverständlich ein etwas anderes Bild. Und diesbezüglich sind wir eben aufgerufen, dieses Bild entsprechend zu korrigieren.

Auch wir da herinnen werden der Bevölkerung nicht immer alles recht machen können. Das werden wir nicht schaffen, aber wir müssen versuchen, das Gemeinwohl im Auge



zu behalten. Es ist unsere wichtigste Aufgabe, für die Bürger da zu sein und letztlich im Interesse der Bürger zu handeln.

Gewaltige Herausforderungen stehen an. Das Integrationsthema, das Wirtschaftsthema mit der Arbeitsplatzsicherung, das Kulturthema, der große Bereich der Bildung mit entsprechenden Chancen für die Jugend – es soll eine möglichst breite Teilhabe der Jugendlichen am gesamten Bildungsangebot geben – dass alles sind Aufgaben, die nicht vom Bund oder vom Land allein gelöst werden können, sondern wir müssen als Gemeinde ebenfalls unseren Beitrag leisten. Dazu sind wir aufgerufen.

Sie sehen also, die Arbeit geht nicht aus und wir haben auch im Jahr 2011 einiges vor uns. Aus meiner Sicht ist es ein vernünftiges Budget geworden mit einem entsprechenden Augenmaß bei den Investitionen. Mit dem außerordentlichen Haushalt lässt sich insgesamt doch sehr vieles anfangen oder umsetzen.

In diesem Sinn bedanke ich mich nochmals bei ihnen. Ich bedanke mich bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die Arbeit im Jahr 2010. Ein besonderer Dank gilt natürlich der Bevölkerung in Wels, die durch die Steuerleistung entsprechend beiträgt, dass wir einerseits verwalten können, andererseits aber auch gestalten. Mein Dank gilt selbstverständlich auch den vielen Unternehmen, die in unserer Stadt tätig sind, zusammen mit ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Was hier erarbeitet wird, stellt einen wesentlichen Grundstein dafür dar, dass eine Stadt leben, blühen und gedeihen kann.

Ich wünsche ihnen ein schönes Weihnachtsfest. Ihnen und ihren Familien wünsche ich besinnliche Stunden, aber auch ein frohes Fest. Und für das Jahr 2011 sage ich alles Gute, vor allem wünsche ich Gesundheit sowie persönlichen und beruflichen Erfolg, so wie sie sich das vorstellen.

Ein ganz besonderer Dank gilt auch Herrn Höpfl und seinen Mitarbeiterinnen, die uns während des Jahres immer perfekt betreuen, sozusagen in jeder Richtung; ihnen entgeht nichts. Daher mein spezieller Dank in diese Richtung, was ich wirklich extra betonen möchte.

In diesem Sinn wünsche ich ihnen einen schönen Abend und genießen sie die noch kommenden Adventtage. Danke, die Sitzung ist geschlossen!  
(Applaus!)

Der Vorsitzende:

Für die Fraktion der SPÖ:

Für die Fraktion der FPÖ:

Für die Fraktion der ÖVP:

Für die Fraktion der GRÜNEN:

Schriftführer: